59. JAHRGANG · NUMMER 2/3 · JUNI 2018 · EUR 3,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

KORRESPONDENZ:

Widersetzen – gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

Trotz des nasskalten Wetters versammelten sich unter diesem Motto am 14. April wenigstens 25.000 Menschen am Potsdamer Platz. Es waren mehr als doppelt so viele wie von den Organisatoren erwartet und ursprünglich angemeldet. Es wurde die größte Demonstration gegen Immobilienspekulation, Verdrägung seit zwei Jahrzehnten. Aufgerufen hatten über 250 Initiativen, Gruppierungen und Organisationen. Das zeigt die Breite der Initiativen, die sich in den letzten Jahren in den einzelnen Stadtteilen herausgebildet haben. Sie alle wehren sich mit unterschiedlichen Mitteln und Aktionen gegen die Praktiken ihrer Vermieter, seien es internationale Investoren, private oder auch kommunale Wohnungsbaugesellschaften, oder gegen die absehbare Verdrängung, wie beispielsweise durch den geplanten Google-Campus an der Grenze zwischen Kreuzberg und Neukölln. Bisher arbeiteten die einzelnen Initiativen relativ getrennt voneinander. Sie waren höchstens auf der Ebene einzelner Stadtteile lose vernetzt, wo sie sich – wie beispielsweise in Nord-Neukölln oder Kreuzberg – auf meist monatlichen Kiezversammlungen trafen.

Foto: heba/Umbruch Bildarchiv

Deshalb hieß es im Aufruf zur Demonstration u.a.: *»Lasst uns zu Tausenden zeigen, dass wir aus allen Kiezen der Stadt stark und vielfältig sind! [...] Wir wollen gemeinsam in einem breiten gesellschaftlichen Zusammenschluss auf die Straße gehen, denn Verdrängung und Mietenentwicklung gehen alle Menschen an, denen ein solidarisches Miteinander in der Stadt wichtig ist. […] Die Demonstration wird vorbereitet von vielen Initiativen, in denen sich Nachbar*innen außerparlamentarisch zusammenschließen. Wir möchten auf der Demo keine Parteifahnen und -symbole oder Partei-Blockbildungen. Wir organisieren gemeinsam eine Demo, die uns allen trotz und gerade wegen des Ernsts der Lage Spaß machen soll. Alle sollen sich wohlfühlen können, ganz gleich ob im Rollstuhl unterwegs, mit Kinderwagen oder nicht-so-gut-zu-Fuß.«*

Die gemeinsame Demonstration – vielfältig und kreativ

So zog am Nachmittag des 14. April ein langer Demonstrationszug vom Potsdamer Platz in Berlin Mitte durch Kreuzberg und Schöneberg vor das »Drugstore«, dem ersten, selbstverwalteten Jungendzentrum im damaligen Westberlin. Das Drugstore wurde 1972 gegründet und steht als Symbol für die Miet- und Hausbesetzerbewegung in den 70er und 80er Jahren. Auch das Drugstore ist zum Ende des Jahres von der Verdrängung bedroht.

»'Es war wirklich überwältigend', sagt Susanna Raab auch Tage später noch. Sie engagiert sich im 'Mieterprotest im Kosmosviertel' am südöstlichen Stadtrand. Beeindruckt hatte sie nicht nur die schiere Anzahl der Demonstranten, sondern auch die Vielfalt. Neben Mieterinitiativen seien auch Sozialverbände und Gewerkschaften vertreten gewesen. 'Sogar beide großen Mietervereine waren da, ich weiß gar nicht ob es das jemals schon gab', berichtet sie. Auch Senioren, viele Familien mit Kindern und selbstorganisierte Flüchtlinge seien zu sehen gewesen. Viele Teilnehmer seien das erste Mal auf so einer großen Demonstration gewesen. 'Der große Widerhall in der Gesellschaft macht mir Mut', erklärt Raab.« (ND vom 18.042018)

In der Demonstration spiegelte sich die Breite und Unterschiedlichkeit der politischen Vorstellungen wider. Von eher linksradikalen, autonomen Projekten, wie der Kiezladen »Friedel 54« oder »Zwangsräumungen verhindern«, bis hin zu Initiativen, die ihre Hoffnungen eher auf die Politik der aktuellen Senatskoalition setzen. So nahmen auch Politiker von SPD, Linkspartei und Grünen teil. Die Taktik der Koaltionsparteien: Die Ziele der Demonstration verbal unterstützen und die Verantwortung auf den Bund schieben mit dem Hinweis auf die begrenzten Möglichkeiten des Senats, die voll ausgeschöpft würden. Dass dem nicht so ist, zeigt der Redebeitrag der Bezirksgruppe Neukölln der Berliner MieterGemeinschaft. (Siehe: »bauen, bauen, bauen – sozial und kommunal!«)

Die Initiativen mussten in den letzten Jahren die Erfahrung machen, dass alle von der Bundesregierung und dem Berliner Senat beschlossenen Gesetze und Maßnahmen, die vorgeblich den Anstieg der Mieten bremsen sollten, keine Wirkung zeigten. Die vom Bundestag und Bundesrat beschlossene und im Juni 2015 in Kraft getretene Mietpreisbremse konnte weitere Mieterhöhungen nicht verhindern. Im Gegenteil, seither sind die Mieten in Berlin noch stärker gestiegen als in den Jahren vorher. Ähnlich verhielt es sich mit den Verordnungen der Berliner Bezirke zum Milieuschutz. Auch sie blieben weitgehend wirkungslos gegen Verdrängung und Umstrukturierung. Durch zahlreiche Ausnahmeregelungen und Schlupeflöcher konnten die Immobilienbesitzer die entsprechenden Gesetze und Verordnungen umgehen. Vor allem aber enthielten sie keinerlei Regelungen, welche die Eigentums- und Verfügungsrechte wirksam einschränkten. Der Berliner Wohnungsmarkt blieb ein Eldorado für die Finanzinverstoren.

Das schlug sich auch in der Stimmung der Berliner*innen nieder, von denen 84% in Mietwohnungen leben. *»74% befürchten durch Mieterhöhungen ihre Wohnung zu verlieren. 64% haben Anspruch auf eine geförderte Wohnung im sozialen Wohnungsbau – nur die Wohnungen gibt es nicht. Um 76% stiegen die Mieten in neu vermieteten Wohnungen seit 2008. 79% sehen das Risiko, wegen steigender Mieten in Armut zu geraten. 47% aller Berliner*innen befürchten, sich ihre Wohnung in den nächsten zwei Jahren nicht mehr leisten zu können.«* (aus dem Aufruf zur Demonstration von »Mietenwannsinn.info«)

Die Zeit war also reif für eine gemeinsame Aktion der zahlreichen, vielfältigen und unterschiedlichen Mietinitiativen. Die Organisierung und Mobilisierung war aber kein Selbstläufer, sondern Ergebnis wochenlanger Arbeit und Absprachen. So fanden in den letzten zehn Tagen vor der Demo in zahlreichen Stadtteilen Mobilisierungsaktionen statt, z.B. Kiezspaziergänge, Versammlungen oder Kundgebungen vor den entsprechenden Spekulationsobjekten. Träger der Mobilisierung waren nicht die üblichen linken Organisationen und Parteien, sondern ein Verbundprojekt, bei dem viele mieten- und stadtpolitische Gruppen aus Berlin zusammenarbeiten. Beteiligt waren u.a.: »Bündnis Zwangsräumung verhindern«, »GloReiche Nachbarschaft«, »Unser Block bleibt!« und der »Berliner Mieterverein e.V.«.

INHALT · Heft Nr. 2/3 · Juni 2018 · Jg. 59

Brexit, Syrien, Trump … *Schöne Neue Welt* 7

Italien
Wahlen angesichts von Wirtschaftskrise und Rassismus 8
Populisten an der "Macht"? 10
zur Diskussion: Italiens Krise und der Euro 11

Die »Reform« der französischen Bahn (SNCF)
Ein weiterer Schlag gegen die Arbeiterbewegung 13

Finnischer Gewerkschaftsbund ruft zum politischen Streik für die Rechte der Arbeitslosen auf 14

Tarifrunden
Metall- und Elektroindustrie: Verpasste Chance 15
Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 16
Unzufriedenheit unter den Postbeschäftigten 19

Zur Diskussion: Industrie 4.0 22

Der G-20 Gipfel
Vorstand sperrt Veranstaltungsräume im IGM-Haus 27
Dokumentiert: Gipfel der Grundrechtsverletzungen **28**
Erklärung gewerkschaftlicher Aktivist*innen 31

Wie kann die AfD bekämpft werden? 32

Buchrezension: An der Basis der Revolution 34

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

Foto: Monika v. Wegerer/Umbruch Bildarchiv

Die politischen Ziele rücken in den Vordergrund; Immobilienkonzerne enteignen

Eine beliebte und immer häufiger praktizierte Methode ist, die Mieten über Modernisierungen in die Höhe zu schrauben und so die Mieter*innen zu vertreiben. Bisher hatten die einzelnen Initiativen versucht, sich gegen die Vorhaben ihrer jeweiligen Vermieter zu wehren. Erfolge blieben oft aus. So ließ der rot-rot-grüne Senat im Juni 2017 den Kiezladen in der Neuköllner Friedelstraße 54 von der Polizei brutal räumen.[1] In einzelnen Fällen gelang es die Folgen der Modernisierungen für die Betroffenen abzufedern oder abzumildern – beispielsweise die anvisierten Mieterhöhungen zu reduzieren. Unberührt blieben die Eigentumsverhältnisse und damit auch die Gefahr, dass die Immobilienbesitzer ihre Renditeerwartungen mit anderen Mitteln und Methoden erneut versuchen durchzusetzen. Und bei einem möglichen Verkauf an einen neuen Investor droht dann das gleiche Spiel von vorne zu beginnen. Selbst die gesetzlich möglichen »normalen« Mieterhöhungen von 15% in drei Jahren sind für zahlreiche Berliner*innen kaum noch aufzubringen.

Die Initiativen hatten für eine Aktivierung und den Zusammenschluss der Mieter*innen in den einzelnen Immobilienobjekten und deren örtlicher Umgebung gesorgt. Mit der Demonstration vom 14. April brachten sie ihre gemeinsamen politischen Ziele zum Ausdruck. Im Vordergrund standen neben den Forderungen nach einer wirksamen gesetzlichen Deckelung der Mieterhöhungen, beispielsweise nach Modernisierungen, vor allem die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an Grund, Boden und Immobilien. Unter der Überschrift ***»Jetzt wird's radikal«*** schrieb die 'taz' am 16. April 2018: *»Der Kampf gegen den Mietenwahnsinn geht nach der Großdemo weiter. Aktivisten wollen streiken, enteignen und politische Änderungen erzwingen. Die Enteignung des größten Immobilienkonzerns der Stadt, der börsennotierten Deutsche Wohnen, mag eine absurd-unrealistische Forderung sein. Fakt ist, sie wird die wohnungspolitische Debatte der Stadt bald prägen. […] Mehr als 110.000 Wohnungen hat der Konzern in der Stadt, die Mehrzahl war bis zur Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaften Gehag und GSW im städtischen Besitz. Betroffene Mieterinnen sind seit Langem organisiert, auf der Demo am Samstag bildeten sie einen eigenen Block.«* Inzwischen wurde ein Bündnis gegründet mit dem Ziel, einen Volksentscheid zur Enteignung des Immobilienkonzerns einzuleiten – das Motto: *Spekulation bekämpfen! Deutsche Wohnen & Co enteignen!*[2]

Diskussionen über Mietstreik und Mietergewerkschaft

Ein Vorschlag, der innerhalb der Initiativen diskutiert wird, ist der Mietstreik. Zwar haben bisher in einzelnen Objekten die Hausgemeinschaften versucht, sich kollektiv zu wehren. Doch dem sind enge Grenzen gesetzt. Sie können über Versammlungen, Kundgebungen und Öffentlichkeitsarbeit ihren jeweiligen Vermeiter moralisch und politisch anprangern. Aber ein wirtschaftliches Druckmittel fehlt. Wenn, wie häufig, die Auseinandersetzungen auch juristisch ausgetragen werden müssen, bleiben die Mietparteien auf sich allein gestellt. Das Mietrecht ist ein Individualrecht, bei dem die Mieterorganisationen zwar den Rechtsschutz übernehmen können. Ihnen fehlt aber ein kollektives Schutz- und Klagerecht. In Berlin existieren zwei Mieterorganisationen: Der sozialdemokratisch ausgerichtete Mieterverein (ca. 160.000 Mitglieder), der eher als Lobbyverband gegenüber den Parlamentariern auftritt, und die Berliner Mietergemeinschaft (ca. 22.000 Mitglieder). Sie versteht sich als linke Alternative zum Mieterverein, die auch außerparlamentarisch aktiv wird. Mit ihrer monatlich erscheinenden Mitgliedszeitschrift, dem »Mieter Echo«, informiert sie über die Entwicklungen auf dem Mieten- und Wohnungsmarkt, berichtet über aktuelle Urteile zu Mietenfragen, gibt rechtliche Tips und informiert, von einem marxistischen

1 Wir berichteten darüber in der Arbeiterpolitik 3/4, 2017: www.arbeiterpolitik.de

2 Siehe auch Arbeiterpolitik Nr. 5, 2017, S.6, »Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt«

Grundverständnis, über die gesellschaftlichen Ursachen von Immobilienspekulation und Mietenwahnsinn.

Der Vorschlag des Mietstreiks wurde von der FAU eingebracht. Selbst die um ihr linkes Image bemühte Kreuzberger Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe (SPD) griff die Idee auf. Sie fordert ein Streikrecht für Mieter*innen. *»Denn, so ihre Argumentation in einem Gastbeitrag für die taz: 'Wenn kein Geld mehr fließt, sind Vermieter schnell bereit, sich auf Augenhöhe mit den Mietenden an einen Tisch zu setzen.' Nötig dafür seien Mietergewerkschaften, die sowohl die Verhandlungen führen können als auch die Mietzahlungen während eines Streiks auf einem Treuhänderkonto bündeln und nur im Falle einer Einigung ausbezahlen.'«* (taz, 16.04.2018)

Die Idee, Bestandteile des kollektiven Arbeitsrechts auf das Mietrecht zu übertragen, klingt plausibel. Aber solche Rechte werden uns von Regierungen und Parlamenten nicht geschenkt. Das Streikrecht und die Anerkennung der Gewerkschaften existieren nur, weil in der Geschichte der Gewerkschaften sich Beschäftigte diese Rechte nahmen, trotz Verbot und Verfolgung. Es kommt also darauf an, nicht allein an den Gesetzgeber zu appellieren, sondern zu gucken, ob und wo es Bedingungen dafür gibt, dass Mieter*innen sich diese Rechte nehmen.

Die »Berliner Linie« – Polizei räumt besetzte Häuser

Nur wenige Wochen nach der großen Demo fanden die Aktionen gegen den Mietenwahnsinn ihre Fortsetzung. Am Pfingstsonntag, den 20. Mai um 14.00 Uhr, wurden insgesamt neun Objekte besetzt. Die Besetzungen wurden in Kleingruppen vorbereitet und durchgeführt. Über Twitter, Facebook etc. wurden Unterstützer*innen und Sympathisant*innen aufgerufen, sich vor den besetzten Häusern zu versammeln. Während in sieben Häusern nur Transparente auf den Leerstand aufmerksam machten, gab es in zwei Projekten den Versuch einer dauerhaften Besetzung. Eine leerstehende Parterrewohnung in der Reichenberger Straße (Kreuzberg) sollte dem vor einem Jahr geräumten Kiezladen Friedel 54 als Exil dienen.
Politisch besonders brisant war die Besetzung des Seitenflügels in der Bornsdorfer Straße 37 (Neukölln). Das Haus gehört der städtischen Wohnbaugesellschaft »Stadt und Land«. Seit Jahren steht der Seitenflügel leer. Im Parterre befand sich eine Kita. Dort wollten die Besetzer*innen ein soziales Zentrum einrichten, die oberen Stockwerke sollten wieder als Wohnraum genutzt werden. Am Nachmittag begannen Verhandlungen mit Ingo Malter, Geschäftsführer der »Stadt und Land«. Die Verhandlungen, in die sich auch Baustaatssekretär Sebastian Scheel (LINKE) eingeschaltet hatte, wurden durch den Einsatz der Polizei beendet, die um 20.30 Uhr begann das Haus zu räumen. *»Am Ende sind die Gespräche gescheitert, weil es für uns Bedingung war, dass die illegalen Besetzer das Gebäude verlassen, um dann weiter zu verhandeln«, sagte der Stadt-und-Land-Geschäftsführer im Gespräch mit der Berliner Zeitung. »Die Besetzer wollten aber erst die Garantie, dass sie im Haus bleiben können. Über diese Hürde sind wir nicht hinweggekommen.«* (Berliner Zeitung, 22.05.2018) Die Besetzer*innen weigerten sich verständlicherweise aufgrund vager Absichtserklärungen, die Besetzung zu beenden und als politisches Druckmittel aus der Hand zu geben. (siehe Kasten)

Die »Berliner Linie« gerät zunehmend in die Kritik

Die »Berliner Linie« wurde 1981, auf dem Höhepunkt der Hausbesetzungen, vom damaligen Westberliner Senat un-

Vier Bemerkungen von einigen Besetzer*innen der Borni vom 21.05.2018

- Das »Angebot«, darin war sich das Plenum drinnen einig, war ein Witz. Etwas nach 20 Uhr kamen unsere Anwält*innen ins Plenum und kommunizierten den Stand von draußen. Angeboten wurde, eine handschriftliche Absichtserklärung zu unterzeichen, *nachdem alle Besetzer*innen das Haus verlassen* und damit jegliche Verhandlungsposition vorab aufgegeben hätten. Die Absichtserklärung sollte ein unverbindliches »Vorzugsrecht« signalisieren, Teile des Hauses – minus die für öffentliche Veranstaltungen nutzbaren Räume im Erdgeschoss, also den interessanteren Teil – nach »kooperativer« Instandsetzung (heißt, wir sollen die Bude großteils in unbezahlter Arbeit für Stadt und Land schick machen?) für 6 Euro pro Quadratmeter anmieten zu dürfen. [...]
- Unsere Entscheidung [...] wurde entgegen vorheriger Beteuerungen nicht abgewartet. Die Polizei stürmte gegen 20:30 Uhr das Gebäude und begann eine brutale Räumung, bei der Menschen die Treppen hinuntergetreten wurden und mehrere Personen später ins Krankenhaus mussten. Ein Polizist bemerkte grinsend: »Tja, war halt eine Finte.« Nicht mit uns war nicht zu reden, sondern mit Linkspartei, »Stadt und Land« und – welch Wunder – den Bullen.
- Eine brutale Räumung durchzudrücken, während mensch sich gleichzeitig *für* die Besetzungen und ihre politischen Ziele ausspricht, ist natürlich auch einer der ältesten Schachzüge linker Regierungsparteien. Hier halt bemerkenswert plump aufgezogen.
- Das muss Konsequenzen haben. Ob die Linkspartei-Elite sich hier von der SPD die Agenda aufzwingen lässt oder einfach längst selbst den Standpunkt der SPD einnimmt, während sie noch dreist linke Bewegungsarbeit für sich zu vereinnahmen sucht, – jetzt gilt es, dieses Verhalten auf allen Ebenen richtig unangenehm für die Verantwortlichen zu machen. Wir setzen auf den Einfallsreichtum solidarischer Strukturen, um dafür zu sorgen, dass sie sich die nächste Räumung zweimal überlegen.

Foto: Peter Homann

Foto: heba/Umbruch Bildarchiv

ter Hans-Jochen Vogel (SPD) beschlossen. Sie besagt, dass Hausbesetzungen innerhalb von 24 Stunden polizeilich zu räumen seien. Der Regierende Bürgermeister Müller und sein Innensenator Geisel (beide SPD) haben sich mit der Umsetzung der »Berliner Linie« in der Koalition gegen zaghaft formulierte Bedenken, vor allem aus den Reihen von Grünen und Linkspartei, durchgesetzt. Zwar konnte nicht verhindert werden, dass die Häuser geräumt wurden; der Druck auf den Senat ist aber weiter gewachsen, ein politischer Erfolg der Besetzer*innen.

Unter der Berliner Bevölkerung und in den regionalen und auch überregionalen Medien fanden Besetzungen und polizeiliche Räumungen ein breites Echo. *»Eine neue Umfrage zeigt überraschend deutlich, wie radikal viele Berliner inzwischen denken, wenn es um die Wohnungsknappheit in der Stadt geht. 53 Prozent der befragten Bürger halten mittlerweile gesetzeswidrige Hausbesetzungen für ein legitimes Mittel, um auf das Thema Wohnungsnot aufmerksam zu machen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa im Auftrag der Berliner Zeitung. Besonders deutlich für derart illegale Aktionen sprechen sich Linke-Anhänger (83 Prozent) und potenzielle Grünen-Wähler (77 Prozent) aus. Doch immerhin auch die Hälfte der SPD-Anhänger (49 Prozent) unterstützt ein solches Vorgehen.«* (berliner-zeitung.de, 03.06.2018)

Das doppelte Spiel der Koalitionsparteien

Unmitterbar nach den Hausbesetzungen hatte die Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) erklärt: *»'Die Aktion zeigt, dass es in großen Städten wie Berlin für Menschen mit niedrigen Einkommen immer schwerer wird, eine Wohnung zu finden.' Vor diesem Hintergrund sei die Motivlage der Besetzerinnen und Besetzer, 'ein deutliches politisches Zeichen zu setzen, nachvollziehbar'. Trotzdem stelle die Besetzung von Gebäuden einen Eingriff ins Eigentumsrecht dar und könne strafrechtliche Konsequenzen haben.«* (berliner-zeitung.de, 22.05.2018)

In den folgenden Tagen rückte die Linke, angesichts der Stimmung unter den eigenen Anhängern und Wählern, von dieser doppeldeutigen Haltung zunächst verbal ab. *»Die Linkspartei fordert inzwischen eine Abschaffung der Berliner Linie. Sie schlägt vor, stattdessen Besetzungen im Einzelfall zu prüfen, das heißt, die Gründe für den Leerstand des Hauses und die nötigen Maßnahmen, den Wohnraum wieder herzustellen, zu klären. 'Wohnungen sind zum Wohnen und nicht zum Leerstehen da', heißt es in dem Beschluss. Besetzungen könnten nach Sicht der LINKEN 'ein wirksames Instrument gegen Leerstand sein'. Um diesen zu bekämpfen fordert die Partei außerdem einen Aktionsplan, eine Sonderermittlungsgruppe und ein landesweites Leerstandsmonitoring.«* (ND, 25.05.2018) Auch aus den Reihen der Grünen, vornehmlich aus den Bezirken Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg, kamen Sympathiebekundungen mit den Besetzer*innen und die Forderung nach einer Abkehr von der »Berliner Linie«.

Selbst in den Reihen der Sozialdemokraten wuchs das Unbehagen und fand seinen Niederschlag auf dem Landesparteitag der SPD. Der Regierende Bürgermeister Müller fuhr sein schlechtestes Ergebnis bei der Wahl zum Parteivorsitz ein. Er wurde mit nur 65 Prozent wiedergewählt. Der Tagesspiegel vom 3. Juni berichtet über einen Beschluss des Landesparteitages u.a.: *»'Es war der größte organisierte zivile Ungehorsam gegen Verdrängung und Spekulation seit vielen Jahren. […] Die Besetzer wollten mit ihrer Aktion auf die dramatische Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt aufmerksam machen.' Spekulativer Leerstand, die Umwandlung in Eigentumswohnungen oder Scheinsanierungen auf Kosten der Mieter zeigten, 'dass die Politik viel zu lange eine wachsende Stadt gefeiert hat, ohne die richtigen Weichen zu stellen. […] Die Kritik der Besetzer an der aktuellen Situation auf dem Wohnungsmarkt teilen wir.' Heute herrsche große Einigkeit, dass insbesondere der Westteil Berlins ohne die Hausbesetzerbewegung der 80er Jahre anders aussehen würde.«*

Welche Bedeutung verbal-radikale Sympathieerklärungen, Resolutionen und Beschlüsse von Parteitagen haben, wurde zwei Tage später deutlich. *»Der Koalitionsausschuss hat sich auf einen Kompromiss zum Thema Hausbesetzungen und Leerstand geeinigt. Nach Informationen der Berliner Zeitung will Rot-Rot-Grün spekulativen Leerstand stärker bekämpfen, möglicherweise auch mit verschärften Gesetzen. Zugleich bleibt es aber bei der Berliner Linie, nach der Hausbesetzungen innerhalb von 24 Stunden notfalls durch die Polizei beendet werden.«* (berliner-zeitung.de, 05.06.2018)

Die Mitglieder und Anhänger von SPD, Grünen und Linke spielen die Statisten. Sie dürfen auf Versammlungen

und Parteitagen sagen, was sie wollen. Aber was sie sagen, hat nicht's zu sagen. Die Senatspolitik wird auch weiterhin vom Schutz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und den Renditeerwartungen der Immobilienbesitzer bestimmt werden. Es gilt daher, den Druck auf die Koalitionsparteien aufrecht zu erhalten und zu verstärken. Die politische Stimmung unter der Bevölkerung, deren wachsende Sympathie für die Aktionen der Initiativen gegen den Mietenwahnsinn bieten gute Voraussetzungen dafür.

Eine soziale und außerparlamentarische Bewegung von links könnte zugleich eine Barriere gegen die weitere Rechtsentwicklung bilden. Sie zeigt – im Gegensatz zur plumpen Propaganda von den fehlenden Arbeitsplätzen und Wohnungen durch Zuwanderung – die gesellschaftlichen Ursachen von Verdrängung durch steigende Mieten auf. Welche Wähler*innen wissen schon, dass die AfD in sozialen Fragen ein strikt neoliberales Konzept vertritt? *»Die AfD hebt sich von den meisten anderen Parteien darin ab, dass sie nicht noch mehr Gesetze zum Schutz der Mieter fordert. Im Gegenteil. »Wir verzichten auf planwirtschaftliche Eingriffe und lehnen scheinbar mieterschützende Maßnahmen wie die Mietpreisbremse strikt ab«, heißt es im Programm.«* (berliner-zeitung.de, 14.09.2016) Im Kampf gegen den wachsenden Einfluss der Rechtspopulisten sind die Aktionen gegen den Mietenwahnsinn genau so wichtig wie die Kundgebungen und Demonstrationen gegen den AfD-Aufmarsch in Berlin vom 27. Mai dieses Jahres.

Allerdings, wenn die realen sozialen Verhältnisse – nicht zuletzt auf dem Wohnungsmarkt – ihre Wirkung entfalten, wenn eine rot-rot-grüne-Regierung als derzeit im Parlament "linkeste" Option nicht in der Lage und Willens bzw. gezwungen ist, an den prekären Verhältnissen etwas zu ändern, dann werden einzelne Initiativen und Demonstrationen kaum einen weiteren Wahlerfolg der AFD verhindern – sowohl bundes- als auch landespolitisch. Voraussetzung wäre, dass aus den Einzelinitiativen und Aktionen eine Bewegung mit Anziehungskraft erwächst. Dann können sich auch politische Alternativen jenseits von Parlamentarismus und sozialer Partenerschaft herausbilden.

A.B. 13.06.2018 ■

Redebeitrag: Bauen, bauen, bauen – sozial und kommunal!

Hallo, ich möchte hier ein Thema ansprechen, welches unseres Erachtens kaum ernsthaft debattiert wird. Auch wenn es heißt, es würde soviel über das »bauen, bauen, bauen« geredet werden – de facto wird wenig gebaut und schon gar nicht bezahlbare Wohnungen – dies wäre aber von großer Dringlichkeit! Denn in der Stadt herrscht eine akute Wohnungsnot. In den letzten fünf Jahren ist die Bevölkerung von Berlin um über 330.000 Menschen angewachsen – das entspricht der Bevölkerung von Städten wie Bochum, Wuppertal oder Münster. Über 150.000 Wohnungen fehlen heute und die Verschärfung des Problems ist absehbar. Die Deutsche Bank Research spricht angesichts des beschleunigten Mietanstiegs 2017 von einem Berliner Superzyklus, der weit über das Jahr 2020 andauern könnte. Das scheint nicht ganz unrealistisch!

Angetrieben wird diese Entwicklung durch den Mangel an preiswerten Wohnungen, extrem steigenden Mietspiegelwerten sowie durch Mieterhöhungsmöglichkeiten, insbesondere der Umlage von Modernisierungskosten, die die Verdrängung von MieterInnen nach sich zieht. Der Schutz der BestandsmieterInnen beginnt folglich bei der überfälligen Streichung des § 559 BGB (Modernisierungsumlage) sowie einer Mietpreisbremse, die diesen Namen verdient.

Das dringlichste Problem des Wohnungsmarktes ist der akute Mangel an Wohnungen und die Neubauzahlen sind ernüchternd. Gebaut werden in erster Linie hochpreisige Wohnungen; nur hier lohnen sich die Investition für private BauherrInnen und gewinnorientierte Gesellschaften und allein hier funktioniert der »Markt« mit seiner Behauptung, die Nachfrage bestimme das Angebot.

Der Neubau preisgünstiger Wohnungen? Fehlanzeige. In den Jahren 2015 und 2016 sind gerade einmal 234 geförderte Wohnungen entstanden, d.h. mit Mieten ab 6,50 Euro – ein Tröpfchen auf den heißen Stein. Somit verschärft sich die Konkurrenz um die wenigen – noch bezahlbaren – angebotenen Wohnungen und begünstigt die Entstehung diskriminierender Vergabepraktiken. Unten auf der Leiter stehen grundsätzlich die Menschen mit wenig verfügbarem Einkommen und darunter noch diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe rassistisch ausgegrenzt werden. Wohnungssuchende Menschen oder Träger der sozialen Arbeit wissen ein Lied davon zu singen. In dieser Situation sollte sich also gar nicht die Frage stellen, ob gebaut werden muss, sondern wie es möglich ist, dass die öffentliche Hand für die Berliner Bevölkerung zügig und effektiv gute und bezahlbare Wohnungen in angemessener Anzahl errichtet.

Eine völlig inakzeptable Lösung hat uns der Berliner Senat Ende März präsentiert, als verkündet wurde, dass nun 25 Standorte für sogenannte MUFs (Modulare Flüchtlingsunterkünfte) festgelegt worden seien, in denen jeweils bis zu 500 Menschen verwahrt werden sollen. Nur am Rande, diese Schlichtbauten kosten uns über 400 Millionen Euro. Die Senatorin für Soziales, Elke Breitenbach, sowie die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Katrin Lompscher, erfreuen sich einhellig daran, dass diese Unterkünfte »später auch den Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung stehen« würden. Der Senat etabliert auf diese Weise ein Wohnungssegment des Substandards und orientiert damit auf eine residuale Versorgung der Armutsbevölkerung dieser Stadt. Der arme »Restbestand« der Gesellschaft soll faktisch den Anspruch auf eine gute Wohnung verlieren.

Was wir tatsächlich benötigen, ist ein integraler, d.h. integrierender Wohnungsmarkt, der allen hier Lebenden unabhängig von Herkunft oder Hautfarbe und inklusive der Einkommensarmen gute Wohnungen zur Verfügung stellt. Dies ist keine fixe Idee, wie die historischen Erfahrungen aus England und Wien der Nachkriegszeiten belegen. Was hier und heute fehlt, ist der politische Wille! Es benötigt erheblich mehr Geld zur Stärkung der Objektförderung, d.h. mehr Geld für den Bau guter Wohnungen, die den aktuellen Bedürfnissen entsprechen. Dafür muss das öffentliche Vermögen an Baugrund und Steuermitteln genutzt werden.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften müssen raus aus den betriebswirtschaftlichen Zwängen und nicht mehr gewinnorientiert wirtschaften. Vielmehr sind diese Gesellschaften auf das Grundrecht auf gute Wohnungen und darauf, das Mietenniveau in Berlin nach unten zu korrigieren, zu verpflichten. Der durch öffentliche Finanzierung errichtete Wohnraum muss stetig erweitert werden und dauerhaft in öffentlichem Eigentum verbleiben, um diese Aufgaben nachhaltig zu realisieren.

Deshalb sagen wir: bauen, bauen, bauen – sozial und kommunal!

Bezirksgruppe Neukölln
der Berliner MieterGemeinschaft

Brexit, Syrien, Trump … *Schöne Neue Welt*

Mit dem Untergang der Sowjetunion 1989 zerfiel zugleich das sozialistische Lager. Dass auch dessen weltpolitischer Gegner, das kapitalistische Lager unter Führung der USA, zerbrechlich werden würde, konnte sich damals kaum jemand vorstellen. Nun ist dies unübersehbar der Fall.

Im Nachhinein gesehen, gab es erste Anzeichen schon 1990 im ersten Irak-Krieg, als beispielsweise die deutsche Regierung eine direkte militärische Beteiligung verweigerte und stattdessen mit Milliardenbeträgen die US-Regierung unterstützte (oder sich frei kaufte). Den zweiten Irak-Krieg 2003 führten die USA nur noch mit einer »Koalition der Willigen«; den Krieg gegen Libyen 2011 führten die USA unter Präsident Obama dann »aus der zweiten Reihe« (in der »ersten Reihe« Frankreich, England und Italien). In keinem dieser Kriege stand das Nato-Bündnis politisch und militärisch geschlossen gegen den Gegner, wie es 1999 beim Jugoslawien-Krieg der Fall war.

Die weltpolitische Schwächung der Position der USA durch den wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas ist sicherlich ein wichtiger Punkt für die Hinwendung der herrschenden Klassen der USA zu einer stärker unilateral orientierten Politik. Die verbündeten westlichen Industrieländer – genauer gesagt: deren mächtige Industrie-, Handels- und Finanzkapitalisten – hatten die Weltkonjunktur, die wesentlich vom Aufstieg Chinas geprägt war, für ihre Profite genutzt. Die Lasten für die militärische Präsenz lagen aber nach wie vor überwiegend bei ihrem US-Verbündeten.

Der Fall des Eisernen Vorhangs nützte wirtschaftlich vor allem den westeuropäischen Industriestaaten, allen voran die Bundesrepublik mit ihren starken Exportpositionen bei Chemie, Automobil und Maschinenbau.

Zwei weltweite Finanz- und Wirtschaftskrisen (1998 – Zusammenbruch von wichtigen Hedgefonds – und 2009 – »Subprimekrise«), die ihren Ausgang von den Finanzmärkten der USA nahmen und die die Finanzinstitutionen Chinas kaum berührten, erschütterten den Welthandel, ohne indes den langen Aufschwung der Weltkonjunktur anhaltend zu gefährden. Neben dem Auftreten neuer, sich entwickelnder Märkte mit allerdings unterschiedlicher Nachhaltigkeit (BRICS), war es auch die Einführung der digitalen Technologien, die riesige Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen erzwang und eine eigene Sonderkonjunktur erschuf.

Wenn heute die Welt aus der Sicht des westeuropäischen Zeitungslesers krisenhafter als je erscheint, wenn die 44jährige Epoche der Blockkonfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg als relativ stabil und friedlich wahrgenommen wird, dann liegt es daran, dass heute die internationale Konkurrenz der Staaten und Unternehmen untereinander rapide zugenommen hat. Zugleich haben die Modernisierung der Produktionsmittel (Automation, Digitalisierung) und die Rationalisierung in Produktion (Lean Production, Just-in-Time Logistik) und Verwaltung die Qualifikationsanforderungen für viele Stellen verändert. Facharbeiter, Ingenieure und Techniker profitierten von diesem Wandel, ungelernte und angelernte Lohnabhängige sind in der Regel die Verlierer, weil ihre Tätigkeiten entweder wegfallen oder von Maschinen übernommen werden.

Die Verschärfung des weltweiten Konkurrenzkampfes, die Öffnung (fast) aller Märkte auf der Welt für das große Kapital, das auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten für seine riesigen Profite ist, ist nicht auf die Industrie beschränkt, sondern haben längst alle Wirtschaftsbereiche erfasst und spiegeln sich weltweit selbst in den Einkaufsstraßen mittlerer und kleiner Städte wider, in denen es immer weniger inhabergeführte Geschäfte gibt, sondern nurmehr Filialen großer Handelskonzerne.

In der Folge der Nachkriegskonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich auch die soziale Struktur in den Industriestaaten verändert. Aus Multimillionären – den seinerzeit Reichsten der Reichen – wurden Multimilliardäre, Eigentümerfamilien, die statistisch etwa ein halbes Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber über fünfzig Prozent des Eigentums besitzen. Eine neue Mittelschicht aus in der Regel akademisch gebildeten Lohnabhängigen und Selbständigen und qualifiziertem Fachpersonal entstand; dafür verschwand eine alte Mittelschicht aus Kleingewerbetreibenden und kleinen Unternehmern fast spurlos. Sodann ein breites Segment von Lohnabhängigen in Industrie, Handwerk und Handel, vor allem aber im Dienstleistungsbereich hauptsächlich durch Ausgliederung von Tätigkeiten aus den klassischen Industriezweigen und Gewerben zu spezialisierten Dienstleistern in der Logistik, im sogenannten Immobilienmanagement, in der Leiharbeit u. a. Am unteren Ende der sozialen Hierarchie dann die unständig Beschäftigten, die ungelernten und angelernten Lohnabhängigen und die Erwerbslosen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten weiter ab (von 1996 bis 2017 im Westdeutschland von 70 auf 49 Prozent und in den östlichen Ländern von 56 auf 34 Prozent; IAB nach FAZ v. 25. 5. 2018). Außerdem nimmt die Zahl der Mitglieder unter dem Dach des DGB unverändert ab, 2017 auf knapp unter 6 Millionen – trotz steigender Beschäftigtenzahlen.

Die politischen Parteien spiegeln die gesellschaftlichen Strukturveränderungen wider, am deutlichsten wohl die sozialdemokratischen Parteien. In den Industrieländern Westeuropas waren sie lange Zeit die Parteien des industriellen Proletariats, bis sie nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend zu den Parteien der sozial aufgestiegenen Teile des Proletariats wurden und ihren breiten Anhang in der Arbeiterschaft verloren. In Deutschland, wo das Verhältniswahlrecht gilt, führte dies zuerst zu abnehmender Wahlbeteiligung früherer Wählerschichten der SPD und schließlich zur Gründung der Linkspartei als zweiter sozialdemokratischer Partei. In vielen europäischen Staaten ist die Sozialdemokratie in die Krise geraten. In einem Land mit Mehrheitswahlrecht, in England, wo kleinere Par-

teien in der Regel keinen oder wenig Einfluss auf die Regierungsbildung haben, bewirkte diese Spaltung innerhalb der lohnabhängigen Klassen eine Spaltung innerhalb der Labour Party.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers – und das heißt gleichzeitig: der Sieg des Kapitalismus – hat sicherlich sehr dazu beigetragen, die Perspektive einer sozialistischen Alternative in den lohnabhängigen Klassen aller Länder zu verdrängen. Stattdessen erleben wir auch in den industrialisierten Staaten Europas die Hinwendung von Teilen der lohnabhängigen Klassen zu reaktionären gesellschaftlichen Lösungswegen für ihre sozialen Probleme: Die Ausgrenzung von anderen Teilen der eigenen Klasse, die Neudefinition von nationaler Zugehörigkeit und damit den Ansprüchen auf soziale Leistungen – insgesamt eine Selbstwahrnehmung in der Opferrolle und eine Betonung der Konkurrenz gegen alles Fremde oder fremd Wahrgenommene. Das ist der Boden, aus dem ununterbrochen neue nationalistische und auch nationalliberale Triebe sprießen. Das Beispiel des Brexit zeigt, dass auch die herrschenden Klassen von diesen Stimmungen überrascht werden konnten und jetzt nur unter großen Anstrengungen versuchen können, die negativen wirtschaftlichen und politischen Folgen des Referendumsergebnisses abzumildern (und am liebsten ungeschehen zu machen).

Der Sieg des Kapitalismus hat die Welt nicht sicherer gemacht, die Kriegsgefahr nicht geringer und die Lebensbedingungen von großen Teilen der lohnabhängigen Klassen auch in den entwickelten Ländern nicht besser.

16.06.2018 ■

Wahlen in Italien angesichts von Wirtschaftskrise und Rassismus

Italien wurde von den Auswirkungen der Finanzkrise mit am härtesten getroffen. Zwischen 2007 und 2014 sank die Industrieproduktion um 25 Prozent. Eine schwache wirtschaftliche Erholung ist erst seit 2015 festzustellen und beschränkt sich weitgehend auf den Norden des Landes. Doch noch 2017 lag das Bruttosozialprodukt 5,4 Prozent unter dem von 2007. In Deutschland ist das BSP im gleichen Zeitraum um 12 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenrate liegt noch immer über elf Prozent, bei Jugendlichen sind es mehr als 31 Prozent. Süditalien gilt innerhalb der Euro-Staaten als die Region mit der höchsten Arbeitslosenquote. Das Pro-Kopf-Einkommen in Süditalien liegt bei 18.000 Euro jährlich, während es im Norden 34.000 Euro sind. 200.000 junge Menschen mit Hochschulabschluss haben den Mezzogiorno verlassen. Zwar wurden seit 2015 auch neue Arbeitsplätze geschaffen, das aber vor allem im Niedriglohnsektor und mit befristeten Verträgen, vielfach befristet auf einen Tag. Trotz vieler Kürzungen im Sozialetat ist die Staatsverschuldung weiter gestiegen und beträgt mit 2,2 Billionen Euro 130 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Banken sitzen auf vielen faulen Krediten und sind sehr zögerlich, neue Kredite zu vergeben. Auch dadurch wird der Aufschwung gebremst.

Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist vor diesem Hintergrund weiterhin sehr hoch. Hinzu kommt eine weitverbreitete Ablehnung von Flüchtlingen, die über das Meer nach Italien kommen. Der EU wird vorgeworfen, ihre Zusage, einen Teil dieser Flüchtlinge über ein Umverteilungsprogramm in andere Länder aufzunehmen, nicht eigehalten zu haben. Kurz vor den Wahlen eskalierte der Streit um die Zuwanderung, als ein Anhänger der Lega Nord in einem norditalienischen Ort mehrere Flüchtlinge mit einer Pistole verletzte. Die Lega, die den Kampf gegen die Zuwanderung besonders aggressiv führt, distanzierte sich bezeichnenderweise nicht von dieser Tat, sonder nahm sie zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass die Geduld der Bevölkerung erschöpft sei. Es gab aber auch sehr große Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Strukturen.

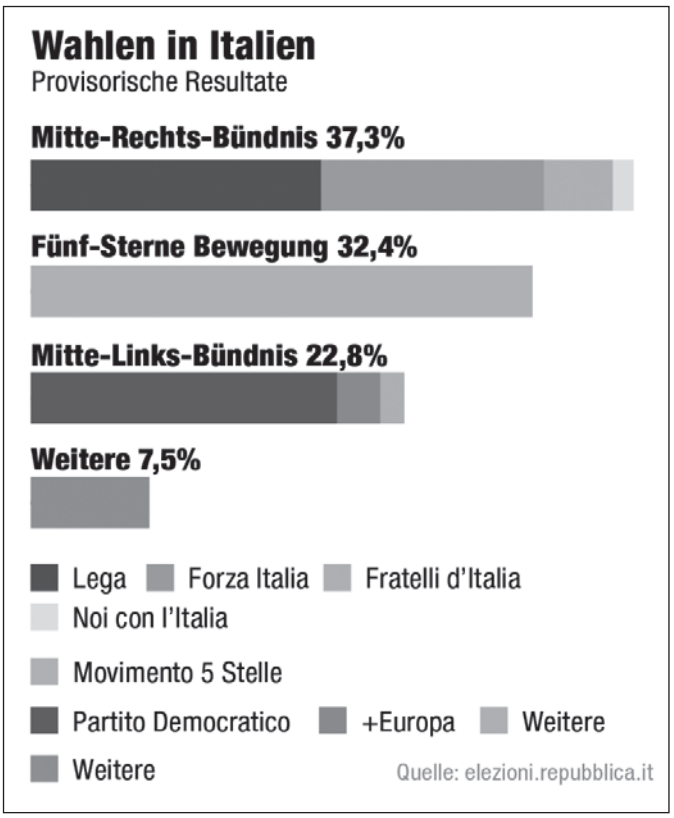
PD: Der Verschrotter wird verschrottet

Opfer der großen Unzufriedenheit wurde bei den Wahlen vom 4.März vor allem die bisherige Regierungspartei, der Partito Democratico mit seinem Führer Matteo Renzi. Der ehemalige Bürgermeister von Florenz trat etwa 2011 an, nicht nur seine Partei (ein Zusammenschluss der aus der PCI hervorgegangenen Linksdemokraten mit dem sozialliberalen Flügel der ehemaligen Christdemokraten) komplett umzukrempeln, sondern die ganze italienische Politik grundlegend zu erneuern. Dazu sollte die angeblich überalterte, korrupte und unfähige Politikerkaste »verschrottet«

werden. In seiner Polemik war er kaum zu unterscheiden von Beppe Grillo, dem Gründer der Fünf-Sterne-Bewegung. Nach den Wahlen 2013 scheiterte Bersani mit der Bildung einer stabilen Regierung. Daraufhin wurde Letta (PD) Ministerpräsident. Renzi kritisierte heftig dessen Politik und drängte die Partei, ihrem eigenen Ministerpräsidenten das Misstrauen auszusprechen. Daraufhin trat Letta zurück und machte den Weg für Renzi frei.

Renzi gab sich nun ganz als jugendlicher »Macher« und wollte jeden Monat eine große Reform durchbringen, um Italien zu erneuern. Großes Ansehen brachte ihm eine Steuerreform, durch die Einkommen unter zweitausend Euro monatlich um achtzig Euro entlastet wurden. Die folgenden Gesetze hatten aber vor allem das Ziel, die italienische Wirtschaft nach den Reformvorstellungen der EU-Kommission (»Europa 2020«) umzugestalten. Entsprechend folgten die Privatisierung von Staatsbetrieben, eine Reform des Schulwesens mit weitgehender Selbständigkeit der Schulen und der Möglichkeit, Lehrkräfte befristet einzustellen. Am bedeutendsten war jedoch die Reform des Arbeitsmarktes, der sogenannte »Jobs Act«. Der Kündigungsschutz wurde ausgehöhlt und für die Schaffung befristeter Arbeitsverhältnisse gibt es praktisch keine Grenzen mehr. Auch das Streikrecht wurde eingeschränkt. Renzi verweigerte sich Kompromissen mit den Gewerkschaften, die jedoch auch nicht in der Lage und zum Teil auch nicht bereit waren, dagegen einen effektiven Widerstand zu entwickeln. Dies führte jedoch zu wachsenden Spannungen innerhalb des PD. Einige Mitglieder der Fraktion traten aus und bildeten mit der kleinen SEL (Sinistra Ecologi Liberta) eine neue Partei, die Sinistra Italiana (SI).

Wie unbeliebt die Politik Renzis mittlerweile auch bei den eigenen Anhängern geworden war, musste er erkennen, als sein Vorschlag zur Reform des Wahlrechts bei einem Referendum im Dezember 2016 krachend durchfiel. Abgelehnt wurde aber weniger die vorgeschlagene Reform des Wahlrechts als die Politik der Regierung. Renzi trat als Ministerpräsident zurück, blieb aber Parteivorsitzender. Als deutlich wurde, dass er seine Spitzenkandidatur auch bei den Wahlen 2018 durchsetzen konnte, traten auch führende Persönlichkeiten des PD aus der Partei aus; so z.B. die ehemaligen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Bersani und D´Alema. Sie hatten allerdings selbst fast allen Gesetzen Renzis zugestimmt und ihr Protest richtete sich so weniger gegen die Politik als gegen den Führungsstil Renzis. Zusammen mit der neuen Linkspartei SI traten sie als »Freie und Gleiche« zu den Wahlen an. In Umfragen wurde ihnen ein Stimmenanteil von bis zu acht Prozent vorhergesagt. Tatsächlich konnten sie aber gerade so die Drei-Prozenthürde überwinden.



Die »Freien und Gleichen« konnten so in keiner Weise die Verluste des PD für sich verbuchen. Dieser sackte mit 18,7 Prozent auf ein historisches Tief und verlor gegenüber den vorangegangenen Wahlen etwa 2,5 Millionen Stimmen. Im »roten Gürtel«, den einstigen linken Hochburgen Mittelitaliens (Emilia-Romagna,Toskana, Umbrien) wurde die PD mit ihrem Wahlbündnis nur noch in der Toskana ganz knapp das stärkste Lager. Dies gelang sonst nur noch in Südtirol und ist dort der Südtiroler Volkspartei (SVP) zu verdanken, der Partei der Deutschsprachigen. Selbst im »roten Bologna« ging der Anteil des PD von 43 Prozent 2013 auf jetzt 28,2 Prozent zurück. 16 Prozent derjenigen, die 2013 den PD gewählt hatten, blieben 2018 zuhause, 14 Prozent stimmten für die 5-Sterne-Bewegung und 18 Prozent für andere Parteien. Sind die Verluste auch nicht so verheerend wie für die Sozialistische Partei in Frankreich oder die niederländische Arbeiterpartei, so liegt das Ergebnis doch im Trend: Die traditionellen sozialdemokratischen Parteien, die eine Modernisierung der Gesellschaft anstreben und darunter Privatisierungen und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verstehen, kommen zunehmend in Widerspruch zu ihrer angestammten Basis. Die enttäuschten ArbeitnehmerInnen gehen nicht mehr zur Wahl oder wählen Protest. Noch deutlicher fielen die Verluste für den PD in nachfolgenden regionalen Wahlen aus. Bei den Wahlen zum Präsidenten der Region Molise stürzte die Partei von 85.881 auf 28.267 Stimmen ab.

Rechtes Lager: Kein Comeback für Berlusconi – Lega (Nord) wird stärkste Kraft

Ein weiteres einschneidendes Ergebnis der Wahlen ist die Machtverlagerung im Rechtsblock. Silvio Berlusconi wollte noch einmal das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale werfen, um dem noch vor Monaten weit zurückliegenden rechten Lager zu neuer Stärke zu verhelfen. Dazu ging er auch wieder ein Wahlbündnis mit der Lega Nord ein. Er musste allerdings feststellen, dass sein Stern verblasst ist. Als Vorbestrafter durfte er selbst nicht kandidieren, wirkte altersgemäß oft erschöpft und musste vom Wahlkampf mehrere Auszeiten nehmen. Er versprach zwar wie in den früheren Zeiten das Blaue vom Himmel, trat aber betont moderat auf und wollte sich so von Salvini unterscheiden, der aus der alten Lega Nord eine stramm rechte Partei formte. Forderungen nach Autonomie für den Norden wurden aus deren Parteiprogramm gestrichen wie auch das »Nord« aus dem Parteinamen. Stattdessen heißt es nun »Italien zuerst« und der Front National in Frankreich wurde als Vorbild erkoren. Die Hetze gegen Flüchtlinge ist maßlos und mit haltlosen Versprechungen ging Salvini noch freigiebiger um als Berlusconi. Im Gegensatz zu Berlusconi ist die Lega gegen EU und Euro, was in der letzten Phase des Wahlkampfs allerdings etwas zurückgestellt wurde. Die Lega und Berlusconis Forza Italia gingen zwar ein Wahlbündnis ein, benahmen sich aber wie feindliche Brüder. So war Salvini von vornherein dagegen, dass sich Berlusconi wieder als Führer des rechten Lagers profilieren

wollte, da man sich *»nicht in Abhängigkeit von Persönlichkeiten begeben könne, bei denen die Pflegerin die Entscheidungen treff.«.* Die Lega trat erstmals landesweit zu den Wahlen an und errang mit 17,4 Prozent ein überraschendes Ergebnis. Berlusconis Forza Italia konnte nur 14 Prozent erreichen. Selbst in Mittelitalien konnte die Lega bedeutend mehr Stimmen gewinnen als Forza Italia. Zusammen mit den »Fratelli d´Italia« (»Brüder Italiens«, eine Partei mit Wurzeln in der neofaschistischen MSI) wurde das rechte Lager stärkste Kraft, aber nicht stark genug, um alleine eine Regierung zu bilden. Mit dem Triumph der Lega verschieben sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Bündnisses deutlich nach rechts, Ausdruck einer deutlichen Polarisierung in der italienischen Politik.

Strahlende Fünf Sterne

Zu den Wahlgewinnern kann sich auch die 5-Sterne-Bewegung zählen. Vor allem bei jungen WählerInnen (viele in prekären Arbeitsverhältnissen) konnte sie Stimmen gewinnen. Sie bezeichnet sich selbst als post-ideologisch. Diese Bewegung erscheint mal eher rechts (z.B. in der Frage der Zuwanderung), mal eher links und ist schwer zu fassen. Ein großer Teil der Wählerschaft kommt aus dem Lager der sog. linken Mitte« um den PD. Überdeckt werden die vorhandenen Widersprüche und Unklarheiten durch verbalradikale Angriffe auf die etablierten Politiker. In etwa 50 Kommunen stellen die 5-Sterne mittlerweile den Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin, ohne dabei auf Erfolge verweisen zu können. In Rom wurde im Juni 2016 Virginia Raggi mit Unterstützung der Rechten zur Bürgermeisterin gewählt, und das Chaos in der Stadt hat sich seitdem eher verstärkt. Der Popularität der Bewegung schaden solche Erfahrungen aber bisher nicht. Beppe Grillo, der bisher mit demagogischen Sprüchen das Bild der Bewegung prägte, hielt sich im Wahlkampf zurück. Im Vordergrund stand jetzt Luigi di Maio, der einen seriöseren Eindruck vermitteln sollte. Errang die Lega ihren Sieg hauptsächlich im Norden, so wurden die 5-Sterne im Süden unangefochten stärkste Kraft. In Sizilien verfehlte sie nur ganz knapp die absolute Mehrheit. Mit 32,7 Prozent der Stimmen wurde sie landesweit stärkste Partei. Im abgehängten Süden, wo die Menschen keine Perspektive mehr sehen, verfing vor allem das Versprechen eines sogenannten Bürgereinkommens, einer Art Sozialhilfe in Höhe von 780 Euro. Für Italien wäre dies ein echter Fortschritt, da es bislang nur für solche Arbeitslose eine Unterstützung gibt, die einen regulären Arbeitsplatz verloren haben. Arbeitslose Jugendliche und zuvor prekär Beschäftigte sind auf die Hilfe ihrer Familien angewiesen. Kommentatoren aus dem Norden warfen den angeblich faulen Menschen aus dem Süden daraufhin vor, sie wollten ihre Arbeitsstelle kündigen, das Grundeinkommen in Höhe von 780 Euro kassieren und dann durch Schwarzarbeit aufbessern. Wie wichtig diese Forderung im Süden ist, zeigte sich nach den Wahlen: Es kursierten anonyme Schreiben, in denen verkündet wurde, da die M5S bei den Wahlen stärkste Partei geworden sei, könne jeder bei den kommunalen Behörden den Antrag für das Grundeinkommen abholen. In mehreren Städten soll es daraufhin einen wahren Run auf die Rathäuser gegeben haben.

Populisten »an der Macht«?

Mit dem Verzicht von Berlusconis Forza Italia auf eine Regierungsbeteiligung wurde der Weg frei für eine Regierungsbildung aus der Lega (ehemals Lega Nord) und dem Movimento Cinque Stelle (M5S, Fünf Sterne Bewegung). Berlusconi trat bei den Wahlen zwar gemeinsam mit der Lega in einem Wahlbündnis an, eine Regierung mit seiner Partei wäre für die M5S aber undenkbar gewesen, war der Protest gegen dessen Politik doch der Ursprung dieser Partei. Als die Wahlsieger vom 4.März in Rom das erfolgreiche Ende ihrer Verhandlungen verkündeten, schrillten die Alarmglocken bei der EU und den maßgeblichen Regierungen Europas. Hatten die Lega und die Fünf Sterne Bewegung im Wahlkampf doch die EU, den Euro und die damit verbundenen Austeritätspolitik heftig kritisiert. Auch wenn das Regierungsabkommen der beiden Parteien den Ausstieg aus dem Euro nicht vorsah, so wurde doch befürchtet, dass die damit verbundene »Haushaltsdisziplin« nicht mehr oberstes Ziel der italienischen Finanzpolitik sein könnte. Vor allem zwei Punkte aus dem Koalitionsvertrag sorgten für Ängste: Die von der Lega eingebrachte Flattax und die damit verbundene Steuersenkung (15 Prozent für Einkommen bis 80.000 Euro und 20 Prozent für darüber liegende Einkommen). Der andere Punkt ist das sogenannte Bürgereinkommen für Arbeitslose in Höhe von 780 Euro.

Angst vor griechischen Verhältnissen

War die Kritik am Regierungsvertrag auch nicht so vehement wie drei Jahre zuvor im Falle der griechischen Regierung unter Tsipras, so wurde den Koalitionspartnern doch deutlich gemacht, dass eine solche Politik mit den Regeln der EU nicht vereinbar ist. Auch die Finanzanleger reagierten, verkauften italienische Staatsanleihen und der Zins stieg. Das steigerte die Unruhe bei EU, aber auch in Italien selbst. Der Vorsitzende des Industriellenverbandes CONFINDUSTRIA warnte davor, sich mit der EU anzulegen wegen ein paar Dezimalstellen beim Defizit und bei den Schulden. Als dann noch der EU- und Deutschlandkritiker Savona das Amt des Finanz- und Wirtschaftsministers in der zu bildenden Regierung erhalten sollte, meinte Staatspräsident Matarella die Notbremse ziehen zu müssen und verweigerte die Zustimmung zu Savona. Er beauftragte stattdessen den Ökonomen Carlo Cottarelli, einst ranghoher Mitarbeiter beim Internationalen Währungsfonds (IWF), mit der Regierungsbildung. Mit ihm sollte Italien wieder auf Sparkurs gebracht werden. Dabei wurde aber klar, dass er nicht einmal die notwendige Unterstützung erhalten würde, um mit einer »Expertenregierung« im Parlament den Haushalt beschließen und Neuwahlen einleiten zu können. Lediglich der PD und die von ihm abgespaltenen »Freien und Gleichen« wollten ihm das Vertrauen aussprechen. Bezeichnend für die Ratlosigkeit der Gewerkschaften ist, dass auch die großen Verbände CGIL, CISL und UIL Cottarelli ihren Respekt bekundeten.

Gezähmte Populisten

Cottarelli sah sich also zur Aufgabe gezwungen und die Koalition aus M5S und Lega kam wieder zum Zuge. Die hatten allerdings ihre Lektion gelernt, die ihnen vom Vorsitzenden der Industriellen mitgegeben wurde: »*Eine Politik kann nicht stark sein ohne eine starke Ökonomie. Und wenn die Politik meint, stark zu sein, indem sie die Konditionen für die Ökonomie verschlechtert, schadet sie sich selbst.«* Mit

"Das Wachstum ist langsam."
"Und unerbittlich." (il manifesto)

anderen Worten: Gegen Großkapital und Finanzmärkte können sich Parlament und Regierung nicht durchsetzen. Die Koalitionäre mussten erkennen, was Kurt Tucholsky einmal bezüglich der deutschen Sozialdemokratie gesagt haben soll: *»Sie dachten, sie seien an der Macht, aber sie waren nur an der Regierung.«*

Und dieser Erkenntnis folgten sie, als sie dem umstrittenen Savona einen weniger wichtigen Platz im Kabinett gaben und Giovanni Tria zum Finanzminister benannten. Tria aber ist ein eindeutiger Vertreter der alten Garde, der schon unter Craxi und Berlusconi Funktionen im Kabinett hatte. Mit ihm und anderen »Gemäßigten« sitzt nun de facto noch eine dritte Partei mit in der Regierung, die die Finanzmärkte beruhigen soll und auf die Einhaltung der EU-Regeln achten wird.

Das Regierungsprogramm

Dabei bietet das von der Lega und den Fünf Sternen verabschiedete Regierungsprogramm schon genügend Konfliktstoff. Die neue Regierung wird von den Parteien vertreten, die sich beide als Anti-Establishment-Bewegungen profilieren. Sie repräsentieren aber sehr unterschiedliche Spektren der Wählerschaft: Die Lega vor allem Händler, Handwerker, Facharbeiter und Angestellte, die Fünf Sterne hingegen vor allem prekär beschäftigte Jugendliche und arbeitslose Menschen, die für sich keine Perspektive sehen. Insgesamt hat sich in den Verhandlungen die Lega durchgesetzt. Die von ihnen propagierten Massenabschiebungen stehen an erster Stelle. Ein Punkt, der den AnhängerInnen des M5S weniger wichtig ist. Ein Pluspunkt für die Lega ist auch die bereits erwähnte Steuersenkung. Dies nützt Selbständigen und gut verdienenden Lohnabhängigen, die meisten WählerInnen der M5S zahlen aber wegen fehlendem oder geringem Einkommen sowieso keine oder nur geringe Steuern. Für beide Parteien dürfte die Rücknahme der Rentenkürzung der Regierung Monti wichtig sein. Das Bürgereinkommen, die Herzensangelegenheit der M5S, wird hingegen nach hinten verschoben, erst nach einer Reform der Arbeitsverwaltung. Die Einschränkung prekärer Arbeitsverhältnisse fehlt im Vertrag ebenso wie der Stopp verschiedener Großprojekte, die von den Fünf Sternen als umweltschädlich und zu teuer eingeschätzt werden.

Der neue Finanzminister Tria will nun auch die Steuersenkungen für Privathaushalte um zwei Jahre verschieben und durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenfinanzieren. Wer von der Steuersenkung nicht profitiert, würde also dennoch zu ihrer Finanzierung herangezogen. Die Gegensätze in der Regierung sind groß und das gemeinsame Regieren wird schwierig werden.

09.06.2018 ■

ZUR DISKUSSION:

Italiens Krise und der Euro

Die Angst vor dem Monster des Populismus greift um sich in Europa und erhält immer neue Nahrung. Die Bildung der neuen Regierung in Italien aus zwei sehr gegensätzlich erscheinenden populistischen Richtungen verstärkt die Diskussionen um einen möglichen weiteren Zerfall des Euro und der EU. Die Komplexität dieser Verhältnisse können wir in einem einzigen Artikel nicht wiederspiegeln. Wir beschränken uns hier vielmehr auf einige Thesen, um unsere Grundsatzpositionen zu diesen Fragen darzustellen. Die Aufgeregtheit, die wir in bürgerlichen und linken Lagern derzeit wahrnehmen, teilen wir so nicht, wollen aber auch nichts verharmlosen. Ob und wann wir hier angerissene Themen in eigenständigen Artikeln später vertiefen, wird sich zeigen.

I. Wir können feststellen, dass Italien nicht einfach ein Super-Griechenland ist. Zwar ist die Angst vor einer vergleichbaren Krise in Italien deshalb so stark, weil Italien die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone ist und der Euro-Rettungsschirm ESM daneben aussieht wie eine Portokasse. Mit 2,3 Bio. Euro hat Italien zwar den absolut höchsten, mit 132% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) den relativ zweithöchsten Schuldenberg in der EU. Demgegenüber beträgt das gezeichnete Gesamtkapital des ESM ca. 700 Mrd. Euro, das tatsächlich eingezahlte 80,5 Mrd.Euro. Aber die Verschuldung Italiens ist spezifisch, d.h. überwiegend bei den »eigenen Bürgern« (italienischen Banken, Pensionsfonds), weniger im Ausland (wie im Falle Griechenland). Zwar hat die EZB (Europäische Zentralbank) im Zuge ihrer Anleihekäufe auch 340 Mrd. Euro italienischer Papiere erworben, doch die liegen formal bei der italienischen Zentralbank. Was das rechtlich heißt, ist offen. Insgesamt folgt aus all dem, dass zwei Drittel der Schulden im Inland gehalten werden. In Griechenland dagegen standen französische und deutsche Banken als Inhaber griechischer Anleihen auf dem Spiel. Die sogenannte »Ansteckungsgefahr«, anders formuliert, die Interessen

auswärtiger europäischer Banken und Firmen wären also im Falle Italiens erheblich weniger betroffen.
So schreibt der österreichische »Standard« (5. Juni 2018): »*Insgesamt kann man aber davon ausgehen, dass Italien nicht aufgefangen wird, weil es zu groß ist und es nicht wirklich nötig hätte. Dazu kommt, dass die Ansteckungsgefahr in der Eurozone weitaus geringer geworden ist. Die Regeln des Maastricht-Vertrags würden hier daher wohl zur Anwendung kommen. Wenn Italien Zahlungsschwierigkeiten drohen* (durch Umsetzung der Regierungspläne, Anm. d. Verf.)*, werden die Renditen auf die Staatsschulden rasant steigen, was die Probleme weiter verschärft. Ein Horrorszenario, das die Regierung in Rom rasch beenden kann: indem es* (sic!) *auf die Steuer- und Ausgabenpläne verzichtet.*«

II. Deshalb gibt es natürlich einerseits Erwartungen, dass »nichts so heiß gegessen wie gekocht« wird, dass also im Falle, wenn Lega und M5S ihre Mondprogramme tatsächlich durchziehen und die Renditen italienischer Staatsanleihen durch die Decke schießen, schon irgendwer die Reißleine zieht (wie der Staatspräsident in der ersten Phase der Regierungsbildung). Andere verweisen darauf, dass diese Parteien ihre Wähler bedienen müssen. Wir wissen nicht, was letztlich überwiegen wird. Die »rechtspopulistische« Koalition in Rom könnte sich ebenso an Brüsseler Forderungen anpassen wie schon andere (etwa die »links«, nämlich von Syriza geführte Regierung in Athen). Ein Nachgeben oder gar Rücktritt Salvinis und di Maios könnte dann wieder ihren Anhängern recht geben, dass italienische Politiker nichts mehr gegen Brüssel, Berlin oder die Macht der Märkte bestimmen können. Erste Anzeichen gab es ja: die (Teil-) Rücknahme der Personalie Savona und der Verzicht auf den Euro-Austritt. Umgekehrt könnte eine harte Haltung gegen Brüssel dann zum Austritt Italiens aus der EU und dem Euro führen und eine große (finale?) Krise des gesamten Staatenverbundes auslösen. Andererseits führen die Schwierigkeiten des »Brexit« in Großbritannien den Populisten jedoch vor, dass der Abschied aus EU und Euro doch nicht so einfach ist. Alle diese Optionen liegen auf dem Tisch, doch sicher ist nichts davon.

III. Für eine EU-konforme Lösung der aktuellen Schieflagen und damit Weiterentwicklung im Sinne eines »handlungsfähigen Europas« gibt es eine ganze Reihe von strategischen Vorschlägen, darunter die des französischen Staatspräsidenten Macron (die zumeist nicht so neu sind, wie gerne vorgegeben wird, sondern eine Bündelung von früheren Vorstößen dieser Art). Maßgeblich gehören dazu eine Art Länderfinanzausgleich (wie innerhalb Deutschlands üblich) und eine Neuorganisation der Migrationsproblematik (Verteilung der Flüchtlinge, bisher einseitig nach dem Dublin-Abkommen). Eine wirkliche Lösung käme dabei freilich nicht heraus, sondern bestenfalls ein effektiverer und konsensfähiger »Lastenausgleich« unter den Mitgliedstaaten. Dies würde einerseits einhergehen mit einer stärkeren Zentralisierung, andererseits würden sich wie bisher die Mitgliedstaaten die letzte Entscheidung selbst vorbehalten, um nicht einfach »Macht an Brüssel« abtreten zu müssen. Selbstverständlich reicht das nur bis zur nächsten Krise.

IV. Sollte Italien aus dem Euro austreten? Maßgebend für uns sind die Interessen der Lohnabhängigen – überall in Europa –, an denen wir unsere Kritik und unsere Stellungnahmen ausrichten. Weil die EU ein Verband von bürgerlichen Nationalstaaten ist, verhält sie sich auch als solcher. Ihre politische, soziale, ökonomische Organisation entspricht den Kapitalinteressen. Soziale Belange der Lohnabhängigen werden nur so weit berücksichtigt, wie es notwendig ist, die Gesellschaft beieinander und funktionsfähig zu halten. Im Moment scheint es zur EU drei Haltungen zu geben, über die man reden muss: 1) Zustimmung zur EU, weil sie immerhin eine »Friedensordnung« (relativ gesehen zu den Jahrhunderten der vorherigen Geschichte) für Nachkriegseuropa darstellt; 2) eine Reform der EU; 3) Austritt aus der EU (bezogen auf ein Land) bzw. Auflösung der EU.

Zu 1): Es ist nicht der politische, ökonomische, soziale Charakter der EU, der dem Kontinent Europa eine lange und bisher stabile »Friedensordnung« beschert hat. Diese blieb auch nicht ohne Ausnahmen (Nordirland, Jugoslawien, Ukraine). Nach dem Zweiten Weltkrieg war das kapitalistische Europa zunächst am Ende und bedurfte zum Wiederaufbau und zur Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung des Schutzes der USA. Das sozialistische Lager im Osten Europas war der Garant für Begrenzung der imperialistischen Machtansprüche. Mit dessen Ende kamen neue weltweite Bedrohungslagen auf. Die ökonomischen und sozialen Widersprüche nahmen im weltweiten Maßstab zu. Insofern bedeutet »Europa« keine »Friedensordnung«, sondern trägt als Verband imperialistischer Staaten im Bündnis mit den USA zu den Kriegs- und Migrationsgründen weltweit bei. Andererseits ist es falsch, der EU dabei eine weit größere treibende Rolle zuweisen zu wollen, wie es in großen Teilen der Linken geschieht. Militärisch und politisch ist die EU dazu nicht in der Lage, auch keiner ihrer größeren Mitgliedstaaten. Sie ist ein hervorgehobener Teil der kapitalistischen Weltordnung, von der sie besonders profitiert und zu deren Fortbestand sie einen zentralen Beitrag leistet.
Zu 2): Für eine Reform der EU gilt prinzipiell dasselbe wie beim bürgerlichen Nationalstaat. Es mag bestimmte Verbesserungen geben, für die es sich zu kämpfen lohnt und die – für sich genommen – nicht gering geschätzt werden sollten. Aber sie verändern nicht die kapitalistische Grundlage, aus der immer wieder die Probleme entstehen, die eine Ausbeuterordnung und eine planlose, von egoistischen Motiven angetriebene Ökonomie mit sich bringen.
Zu 3): Ist es deshalb nicht besser, die EU zu verlassen (wie es ja im Falle Griechenlands diskutiert wurde)? Aus dem bisher Gesagten geht hervor, dass man so vom Regen in die Traufe kommt; schlimmer noch: Es ist die schlechteste aller schlechten Lösungen. Man kann nicht ernsthaft glauben, auf nationaler Ebene das durchsetzen zu können, was man im internationalen Rahmen nicht schafft. In all den Staaten, die sich jetzt schon von der EU weg entwickeln (Polen/Ungarn/Tschechien/Großbritannien) geht es den Arbeitern und den Linken schlechter als bisher. Die einzelstaatliche Orientierung ist unter gegenwärtigen Umständen in Europa eine des Nationalismus. Gerade das können wir nicht brauchen, gerade das schlägt auf uns zurück, wenn wir dem nachgeben. Populisten aller Länder sind letztlich nichts anderes als Nationalisten. Für sie ist Chauvinismus im Schulterschluss mit der Bourgeoisie angesagt, nicht Klassenkampf gegen die Herrschenden.

F.D. 7. Juni 2018 ■

■ DIE »REFORM« DER FRANZÖSISCHEN BAHN (SNCF)

Ein weiterer Schlag gegen die Arbeiterbewegung

Die »Reform« der französischen Staatsbahn, der SNCF, wurde am 13. und 14. Juni endgültig von Nationalversammlung und Senat beschlossen. Le Monde bezeichnet sie als die am weitesten gehende Reform der SNCF seit ihrer Gründung 1938, zur Zeit der Volksfront (Le Monde, 16. Juni 2018). Im Gegensatz zu anderen Vorhaben hatte sie Macron während seiner Präsidentschaftskampagne nicht angekündigt. Ziel ist die Schwächung einer streikstarken Belegschaft und ihrer Gewerkschaften, die 1995 immerhin die Regierung Juppé in die Knie zwingen konnten. Trotz ihres bisherigen Misserfolgs scheinen CGT-Cheminots und SUD-Rail auch im Juli weiter streiken zu wollen. Der bisherige, dreimonatigen Streik wurde von einem Bündnis aus CGT, SUD-Rail und den reformistischen Gewerkschaften CFDT und UNSA getragen und von der FO-Cheminots unterstützt, die aber bei der SNCF zu klein ist um »repräsentativ«, tariffähig zu sein. Auch wenn die Streikbeteiligung nicht das Niveau von 1995 erreichte, bewertete sie Le Monde am 16. Juni zusammenfassend als von historischem Ausmaß. Es liegt im Interesse aller Beschäftigten und Erwerbslosen in Europa, den Wettlauf um die schlechtesten Bedingungen zu behindern, so gut wir können. Und wir sollten alle Kräfte unterstützen, dass die extrem rechten Parteien wie Front National, AFD oder FPÖ die Resignation und Verzweiflung auf ihre Mühlen lenken. Um ein kleines Zeichen der internationalen Solidarität zu setzen, riefen die GEW und der verdi Fachbereich 08 (Medien) in Hessen zur finanziellen Unterstützung der Streikenden auf. Inzwischen haben sich der Bezirksvorstand ver.di Südhessen, der Landesvorstand ver.di Hessen und die Gewerkschaft NGG, LV Südwest der Erklärung angeschlossen. (Siehe Kasten.)

Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen bei der französischen Bahn SNCF!

Unsere Kolleginnen und Kollegen wehren sich gegen die Umwandlung der französischen Bahn, der SNCF, in eine Aktiengesellschaft und damit die Vorbereitung der Privatisierung, so wie wir uns gegen die Privatisierung und Ökonomisierung von Bildung wehren. Bereiche wie Bildung, Wasser oder Bahn müssen Gemeineigentum bleiben!

Der Streik bei der SNCF ist momentan ein wichtiger Bezugspunkt für andere soziale Auseinandersetzungen in Frankreich. Dazu gehört die Bewegung der Studierenden gegen erschwerte Zulassungsbedingungen an den Universitäten, aber auch der Kampf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen den in Frankreich neu eingeführten unbezahlten 1. Krankheitstag (Karenztag), eine Lohnsperre seit acht Jahren und den Abbau von 120.000 Stellen. Eine Niederlage der »cheminots«, der Bahner, hätte negative Auswirkungen auf die anderen sozialen Kämpfe, ein Erfolg wird sie stärken.

Den Kolleginnen und Kollegen der SNCF wurde versprochen, dass sie persönlich weitgehend ihren Status als »cheminots« behalten werden, auch wenn ihre Abteilung privatisiert wird. Die Verschlechterungen werden die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen betreffen. **Der Streik ist also der Kampf einer sozial abgesicherten Belegschaft für die Rechte der jungen Generation. Diese Haltung ist bemerkenswert und verdient den höchsten Respekt!** Die Cheminots und ihre Familien müssen für den Streik erhebliche finanzielle Opfer bringen. Le Monde berichtete am 3. Mai 2018 von einem jungen Kollegen, der im April schon die Hälfte seines Monatslohns von 1.500 Euro brutto verloren hat. Ein anderer Kollege hatte sich im letzten Moment entschlossen mitzustreiken: *»Ich möchte mir nicht in zehn Jahren sagen, dass ich nicht dabei war:«* Ein anderer Kollege betonte: *»Wenigstens kann ich mich im Spiegel ansehen und mir sagen, dass ich alles getan habe, um diese Reform zu verhindern.«* (www.lemonde.fr)

Wir werden das gesammelte Geld Ende Juni persönlich in Paris an die CGT übergeben.

Vive la solidarité internationale!

■ FINNISCHER GEWERKSCHAFTSBUND RUFT ZUM POLITISCHEN STREIK FÜR DIE RECHTE DER ARBEITSLOSEN AUF

Den DGB-Gewerkschaften ins Stammbuch

Am 2. Februar fand in Helsinki eine »Manifestation" der Finnischen Gewerkschaftszentrale (SAK) unter dem Motto »Eine Stimme den Arbeitslosen" statt (siehe Foto). Es nahmen über 10.000 Menschen teil, die sich aus allen Teilen des weiten Landes mit Bussen auf den Weg nach Helsinki gemacht hatten. Nach Angabe der Gewerkschaftszentrale waren landesweit über 200.000 Arbeiter und Angestellte, die die Arbeit an dem Freitag nicht aufnahmen.

Diese Aktion wurde von ca. 600 Mitgliedern der beschlussfassenden Versammlung der SAK am 23. Januar im Messezentrum Helsinki vereinbart. Ziel dieser Manifestation war die Aufhebung eines »Aktivierungsmodells", das weitere Sanktionen gegen die Arbeitslosen vorsieht. Dieses Gesetz trat bereits am 1. Januar in Kraft. Es lehnt sich an das Gesetz über die Regelung der Sanktionen gegen die Arbeitslosen in Dänemark an, ein Gesetz, das vom dänischen Gewerkschaftsverband für gut geheißen wurde.

Zum Inhalt: Senkung des Arbeitslosengeldes um 4,5% für 65 Ausbezahlungstage, wenn der Empfänger innerhalb der vorhergehenden Bezugstage nicht mindestens 18 Stunden entlohnt gearbeitet oder mindestens an fünf Tagen an beschäftigungsfördernden Maßnahmen teilgenommen hat. Ausgenommen sind Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen und Menschen, die Nahestehende oder Familienmitglieder pflegen.

Diese Sanktion ist bereits die zweite Strafmaßnahme während der Regierungsperiode; die einkommensbezogene Arbeitslosenunterstützung wurde bereits um 100 Tage verkürzt.

Dem Streikbeschluss vorausgegangen war die Unterschriftensammlung einer Bürgerinitiative, die nach der Verabschiedung des Gesetzes zur »Aktivierung der Arbeitslosen" am 19. Dezember 2017 durch den finnischen Reichstag[1], begann. Innerhalb von wenigen Tagen wurden über 50.000 Unterschriften (mittlerweile sind es 150.000) gesammelt, die zu einer erneuten Behandlung dieses Gesetzes notwendig sind. Der Streik entfachte erneut die Diskussion um die Berechtigung eines politischen Streiks, den die finnische Verfassung zulässt.

1 Die Regierung setzt sich zusammen aus der großbürgerlichen Nationalen Sammlungspartei, die auch den Präsidenten stellt, der Partei der vornehmlich finnischsprachigen Landbevölkerung, der Zentrumspartei, die als Wahlgewinnerin mit Juha Sipilä den Staatsminister (Ministerpräsidenten) stellt und den »Blauen", Regierungsmitglieder der »Wahren Finnen", die sich nach Drohen des Platzens der Regierungskoalition als eigene Fraktion formiert hatte, um weiter im Regierungsgeschäft verbleiben zu können.

Vorspann zu »Verpasste Chance«

Der nachfolgende Text, den wir aus der Arbeiterstimme Nr.199 übernehmen, zeichnet die diesjährige Metalltarifrunde auf. Wir teilen die Einschätzungen im Wesentlichen, haben aber Vorbehalte gegenüber de ‚verpassten Chance', weil damit eine historische Entwicklungsmöglichkeit angesprochen wird, die von den realen Kräfteverhältnissen innerhalb der IGM nicht gedeckt war und ist. Daran ändert auch die 68%-Mehrheit mit dem Wunsch einer generellen Arbeitszeitverkürzung nichts. Gerade die individualisierte Arbeitszeitverkürzungsmöglichkeit ohne Lohnausgleich weist nachdrücklich auf die derzeitigen Grenzen der Aktivierbarkeit hin. Von daher kann nicht von einer ‚verpasste(n) Chance' gesprochen werden, die Tarifrunde bewegte sich lediglich im üblichen Kompromisskorridor inklusive des unternehmerfreundlichen Entgegenkommens seitens der IGM wie beim Weiterbestehen der 18%-Quote bei 40 Std.-Arbeitsverträgen.

■ TARIFRUNDE IN DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE:

Verpasste Chance

In der diesjährigen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie kam es am 6. Februar zu einem Pilotabschluss in Baden-Württemberg, der inzwischen in allen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie übernommen worden ist.

Die Eckpunkte des Abschlusses sind im Wesentlichen:
- 4,3 Prozent mehr Entgelt ab dem 01.04.2018, 100 Euro für die Monate Januar bis März 2018, ein tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgelts sowie ein Festbetrag von 400 Euro ab 2019.
- Anspruch auf befristete Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für bis zu 24 Monate.
- Zusätzliche freie Tage für Kindererziehung und Pflege sowie Entlastung bei Schichtarbeit.

Der ausgehandelte Tarifvertrag ist sehr komplex und deshalb teilweise sehr schwer zu bewerten. Der Grund dafür liegt in den vielen Einmalzahlungen, die bis auf die Abschlagszahlung von 100,– Euro für die Monate Januar bis März in die Entgelttabellen eingehen. Da der Tarifvertrag eine Laufzeit von 27 Monaten hat, ist die tatsächliche Tariferhöhung nicht 4,3 Prozent, sondern sie liegt deutlich niedriger. Die tatsächliche prozentuale Erhöhung muss berechnet werden. Das geschieht mit der sogenannten Westrick-Formel. Diese wurde von dem Staatssekretär Westrick Anfang der 60er Jahre für Tarifverträge mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten entwickelt. Mit dieser Formel berechnet, kommen verschiedene politische Akteure bei der Bewertung des Tarifabschlusses auf eine tatsächliche Tariferhöhung zwischen 1,9 und 2,8 Prozent. Bei diesen Berechnungen wurde aber übersehen, dass das tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG) in Höhe von 27,5 Prozent des Monatsentgelts und der Festbetrag von 400,– Euro ab 2019 ebenfalls tarifliche Leistungen sind und damit tarifdynamisch wirken. Der genaue rechnerische Vergleich der einzelnen Entgeltmonate und Entgeltbestandteile der Jahre 2017, 2018 und 2019 ergibt die tatsächlichen Erhöhungsbeträge. Diese liegen dann für das Jahr 2018 bei knapp vier Prozent und für das Jahr 2019 bei ungefähr 3,5 Prozent. Anzumerken sei noch, dass der tarifliche Festbetrag von 400 Euro die erste Sockelerhöhung in der Metall- und Elektroindustrie seit vielen Jahren ist, was zur Folge hat, dass dies in die Zukunft wirkt und die unteren Entgeltgruppen, wenn auch geringfügig, stärker angehoben werden. Das sieht erst einmal nicht schlecht aus. Und man kann auch davon ausgehen, dass dieses Ergebnis von der Mitgliedschaft akzeptiert wird. Konkret hat eine KollegIn in der Ecklohngruppe 5 durch das tarifliche Zusatzgeld und die Lohnerhöhung ein jährliches Plus von ca. 1300 Euro. Im Jahr 2019 gibt es den Festbetrag von 400 Euro obendrauf.

Angesichts der konjunkturellen Lage der Metall- und Elektroindustrie ist das Entgeltergebnis allerdings nicht so glänzend, wie es seitens der IG Metall dargestellt wird. Die Gewerkschaft hatte einmal zur Erstellung einer Lohnforderung die Formel: Inflationsausgleich plus Produktivitätssteigerung plus Umverteilungsfaktor. Die Inflation liegt zurzeit bei rund zwei Prozent und die Produktivitätssteigerung 2017 bei 3,2 Prozent. Das reale Ergebnis der Tarifrunde liegt also deutlich unter diesen zwei Faktoren. Von einer Umverteilung von Teilen der Profite hin zu den abhängig Beschäftigten kann schon gar nicht die Rede sein. Damit reiht sich das Tarifergebnis ein in die Ergebnisketten der zurückliegenden Jahre. Die Ergebnisse lagen da oft nur gerade über dem Inflationsausgleich.

Die »Zugeständnisse« in der Entgeltfrage waren ein kluger Schachzug der Unternehmer. Damit bremsten sie die IG Metall in der Arbeitszeitfrage aus. Kaum war die Forderung der IG Metall bekannt, tönte es von Gesamtmetall, nur kostenneutrale und flexible Arbeitszeitregelungen wären möglich. Flächendeckende und unkompensierte Arbeitszeitverkürzung passe nicht in die Zeit. Abwanderungen wegen des bereits verbreiteten Fachkräftemangels wären die Folge. Wieder einmal stand der Untergang des Abendlandes vor der Tür. Die Argumentation von Gesamtmetall glich der der Jahre 1984 und 2003, als die IG Metall die 35-Stunden-Woche für die Metall- und Elektroindustrie (2003 in Ostdeutschland) anging. Gesamtmetall zeigte sich in der Arbeitszeitfrage auch ähnlich unnachgiebig wie 1984 in Baden-Württemberg und 2003 in Sachsen. Und es gab bei den Unternehmern auch offensichtlich die Bereitschaft, diese Frage zur Bruchstelle bei den Verhandlungen zu machen. Aber im Gegensatz zu den damaligen Forderungen hatte die Forderung der aktuellen Tarifrunde keinen rein kollektiven Charakter. Bei der Forderung zur Arbeitszeit handelte es sich um individuelle Ansprüche für eine Minderheit der Beschäftigten. Für den kollektiven Teil, also die Entgeltforderung, machte Gesamtmetall ein relativ gutes Angebot, das von der IG Metall akzeptiert werden musste. Damit aber waren die Forderungen zur Arbeitszeit nicht mehr streikfähig. Ein längerer, harter Streik wie der von 1984 kann nur erfolgreich geführt werden, wenn sich die überwiegende Mehrheit der Streikenden mit der Forderung identifiziert und sich einen Nutzen von ihr verspricht. Mit der Solidarität alleine kann keine wochenlange Auseinandersetzung geführt werden. Eigentlich eine Binsenweisheit. Und die IG Metall hat in der Vergangenheit auch immer eine solche Forderungsstruktur entwickelt, wenn es um tarifliche Verbesserungen von Teilen der Mitgliedschaft ging. Das heißt, die Forderung spaltete sich auf in einen kollektiven Teil, der alle Beschäftigten betrifft, und einen strukturellen Teil, der nur für Teile einer Belegschaft wirkt (z.B. Auszubildende).

Und so sieht das Ergebnis, die Arbeitszeit betreffend, dann auch aus. Der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann sieht in dem Abschluss »eine Umkehr bei der Arbeitszeit«. Viel zu lange wäre die Flexibilität ein Privileg der Arbeitgeber gewesen. Jetzt hätten die Beschäftigten erstmals verbindliche Ansprüche, sich für kürzere Arbeitszeiten zu entscheiden. Anzumerken ist, dass die »Entscheidung« für kürzere Arbeitszeiten mit entsprechenden Lohneinbußen verbunden ist, denn einen Lohnausgleich gibt es nicht. Das ist tatsächlich eine Umkehr bei der Arbeitszeit, denn in der Vergangenheit war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung immer mit dem Lohnausgleich verbunden. Entsprechend ist die Reaktion der Unternehmer. Überschwänglich lobt der Verhandlungsführer der Unternehmer im Südwesten, Stefan Wolf: »Wir haben sehr viel bekommen, nämlich sehr viel Öffnung bei den Arbeitszeiten nach oben«. Hier hält die IG Metall entgegen, dass auch weiterhin die Quote von maximal 18 Prozent der Belegschaft, mit denen Arbeitszeitverträge von 40 Stunden vereinbart werden können, erhalten bleibt. Will der Unternehmer diese Quote überschreiten, kann der Betriebsrat dieser Überschreitung wirksam widersprechen. Allerdings kann das erst geschehen, wenn die Quote um vier Prozent überschritten ist. Widersprü-

Warnstreiks in Salzgitter bei VW (links) und MAN (rechts)

che durch Betriebsräte wird es geben und zwar dort, wo es konsequente Betriebsräte gibt. Aber was geschieht in den Betrieben, wo sich Betriebsräte als »Co-Manger« verstehen? Selbst Jörg Hofmann stellt in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« fest, *»real arbeitet ein großer Teil der Belegschaft selbst in tarifgebundenen Unternehmen deutlich länger [als 35 Stunden/Woche]«*. Das kommt zustande, weil nicht wenige Betriebsräte großzügig Überstunden gewähren und Verstöße gegen Arbeitszeitgesetze und Tarifverträge stillschweigend dulden. Und da sollen sie ausgerechnet jetzt dieses neue Instrument zur Verhinderung längerer Arbeitszeiten nutzen?

Nein, dieser Tarifabschluss wird weiter mit dazu beitragen die 35-Stunden-Woche zu unterhöhlen. Dabei ist die Zeit überreif, grundsätzlich die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich in Angriff zu nehmen. Das hat nicht zuletzt die Beschäftigtenumfrage der IG Metall des vergangenen Jahres gezeigt. Daran haben 680 000 Beschäftigte teilgenommen. Eine große Mehrheit von 67,9 Prozent wünschte sich eine kürzere Arbeitszeit und 82,3 Prozent würden die Arbeitszeit zeitweise absenken, um beispielsweise Angehörige zu pflegen oder Kinder zu betreuen, wobei sie dafür einen finanziellen Ausgleich erwarteten. Dieser letztere Teil der Umfrage floss in die Forderung dieser Tarifrunde ein, mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis.

Wenn sich eine Mehrheit von fast 68 Prozent der Befragten eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit wünscht, kann das auf die Mitgliedschaft hochgerechnet werden. Die Voraussetzung für die Durchsetzung einer solchen kollektiven Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung wäre damit besser gewesen, als das 1984 der Fall war. Damals wurde die Forderung für die 35-Stunden-Woche erst während des Arbeitskampfes richtig in der Mitgliedschaft verankert.

Dass in diesem Jahr viel Druck in den »Belegschafts-Kesseln« war, hat sich auch bei der Mobilisierung der MetallerInnen gezeigt. Rund 1,5 Millionen Beschäftigte nahmen an den kurzzeitigen Warnstreikaktionen und den ganztägigen Warnstreiks teil. Alle Warnstreikkundgebungen waren gut besucht und die Stimmung zeigte eine große Kampfbereitschaft. Die Ankündigung ganztätiger Warnstreiks, die in der Streiktaktik der IG Metall neu waren, wurde mit tosendem Beifall beantwortet. Die Voraussetzungen für einen Erzwingungsstreik waren gegeben. Begonnen bei der boomenden Konjunktur, bis zur Stimmung und Mobilisierung der Mitgliedschaft – wenn die Forderung neben dem Entgelt die generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleichausgleich beinhaltet hätte. So gesehen handelt es sich bei dieser Tarifrunde um eine verpasste Chance. Ein Erzwingungsstreik hätte eine große gesellschaftliche Bedeutung gehabt. So hätte die vorhandene gesellschaftliche Lähmung und Rechtsentwicklung nachhaltig beeinflusst werden können. Eine Auseinandersetzung, von der Hunderttausende abhängig Beschäftigte betroffen gewesen wären, hätte manche krude Auffassung in deren Köpfen über die vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse zurechtgerückt. Sie hätte den Gegensatz der Interessen von abhängig Beschäftigten und Kapitalisten – kurz den Klassengegensatz – sichtbar gemacht. Doch es kam nicht so. Wie schon gesagt – eine verpasste Chance.

Nachdruck »Arbeiterstimme«, Frühjahr 2018 ■

■ DER TARIFABSCHLUSS IM ÖFFENTLICHEN DIENST UND SEINE WIDERSPRÜCHE

Kein X für ein U

Frank Bsirske sprach vom *»besten Ergebnis seit vielen Jahren«*. Soweit erkennbar, sehen das auch viele der KollegInnen im öffentlichen Dienst so. Hört man sich um, dann gehen viele davon aus, aus dem Möglichen habe Verdi das Maximum herausgeholt. Gewerkschaftsfunktionäre vertreten das auch, schon weil es ihrer Rolle im Apparat der Gewerkschaft entspricht. Umgekehrt gab es Kritik an mangelnder Kommunikation zwischen Verhandlungsführung und Basis in den Bezirken und Geschäftsstellen. Das sind üblicherweise Begleitumstände einer jeden Tarifrunde und müssen jedes Mal geklärt werden. Das diesjährige Ergebnis scheint aber insgesamt zufrieden zu stellen: Nach Auskunft von ver.di hat die Urabstimmung eine Zustimmung von 80,52% der Befragten ergeben. Doch der Reihe nach.

Gewerkschaftsforderungen: Einjährige Laufzeit und Mindestbetrag

Zunächst ist offensichtlich, dass zwei wichtige Punkte nicht durchgesetzt worden konnten: Der Tarifvertrag sollte eine einjährige Laufzeit haben – eine alte, aber schon seit vielen Jahren nicht mehr realisierte Forderung der Gewerkschaft

ver.di im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen einerseits bzw. der Länder andererseits. Seit Ersetzung des BAT, des MTArb und des BMT-G durch den TVÖD (Bund/Kommunen) bzw. den TVL (Länder) sind diese Tarifrunden aufgespalten und wechseln sich mit jeweils zweijähriger Laufzeit ab. Die Laufzeitverkürzung einer Ebene auf ein Jahr böte die Chance der »Wiedervereinigung« und damit der Konzentration der Kräfte. Am besten gewerkschaftlich organisiert sind im öffentlichen Dienst die Kommunen. Deshalb und weil sich hier eher als bei Bund und Ländern Arbeitsbereiche finden, die effektiv lahmgelegt werden können, ist hier die streikfähige Basis der Gewerkschaft zu mobilisieren. Allerdings hat gerade hier die Privatisierung der letzten Jahrzehnte besonders tiefe Spuren hinterlassen: Die früheren »Kerntruppen« in der Müllabfuhr und im kommunalen Nahverkehr sind durch Outsourcing geschrumpft und durch Einsatz von Leiharbeitskräften geschwächt. Pflegepersonal (Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime) und Kita-Beschäftigte können diesen Verlust an Mobilisierungspotenzial nur begrenzt ausgleichen.

Der zweite Punkt war die Forderung nach einem Mindestbetrag von 200 Euro. Damit wollte ver.di vor allem ihre traditionelle Basis in der Tarifauseinandersetzung stärken und die Lohnspreizung verringern, wenigstens nicht weiter auseinander driften lassen. Bekanntlich handelt es sich hier um allgemeines gewerkschaftliches Anliegen, das gerade von der Basis aus in vielen unterschiedlichen Bereichen immer mal wieder in die Diskussion um Tarifforderungen eingebracht wird. Es ist geradezu ein Gradmesser für klassenbewusstes Verhalten, weil es auf Vereinheitlichung und Stärkung der Klassenkräfte abzielt. Häufig werden aber solche Forderungen nach tabellenwirksamen Fest- oder Sockelbeträgen von »Besserverdienenden«, die sich von prozentualen Erhöhungen natürlich mehr versprechen können, zu Fall gebracht. Dazu kommt, dass Arbeitgeber ebenfalls Prozentbeträge bevorzugen, um Fach- und Leitungskräfte zu stärken. Genau letzteres passierte dann in dieser Tarifrunde. Die Art der Neuberechnung (s. u.: U-förmige Struktur) führte aber immerhin dazu, dass für alle eine deutliche Erhöhung herauskam.

Die pauschale Lohnforderung belief sich im übrigen auf 6%, hinzu kamen Forderungen zur Verbesserung der Situation von Auszubildenden und PraktikantInnen. In der Tarifrunde dieses Jahres ging es um die Beschäftigten von Bund und Kommunen, während die der Länder »Friedenspflicht« hatten und nächstes Jahr wieder dran sind.

Arbeitgeberinteressen: Fachkräfte sichern

Auf den ersten Blick schien die Situation günstig für kräftige Lohnforderungen im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, weil die Steuereinnahmen aufgrund der guten Konjunktur locker fließen. Dazu tritt eine Stimmung, dass nun auch im öffentlichen Dienst die Entgelte der allgemeinen Entwicklung angepasst werden sollten. Aber so »rosig« sieht es nur für den Bund aus. Bei den Kommunen ergibt sich ein sehr differenziertes, insgesamt aber eben schwächeres Bild. Von wohlhabenden bis armen Gemeinden ist alles dabei, und Klappern gehört zum Handwerk. Tatsächlich ist aber bei vielen Kommunen der Schuldendienst für die alten, aufgelaufenen Kredite ein immer präsentes Problem. Ein Vertreter des Thüringer Gemeindebundes sprach daher vom späteren Tarifabschluss als einem *»schmerzlichen Ergebnis«*. Städtetags-Präsident Markus Lewe äußerte, der Abschluss sei *»vor allem für strukturschwache Städte schwer zu verkraften«*. Aus solchen Auffassungen war zuvor schon eine Abwehrhaltung entstanden, die sich durch das ganze kommunale Arbeitgeberlager zog. Und da schlussendlich der Bund aus dem Tarifabschluss nur Zusatzkosten in Höhe von 2,2 Mrd. Euro schultern muss (einschließlich der höheren Gehälter für Beamte, die dann nachgezogen werden), die Kommunen aber 7,5 Mrd. Euro, ist es schon nachvollziehbar, warum diese sich querstellten.

Ein anderer zentraler Faktor, der die Haltung der Arbeitgeber verhärtete, war die Frage der Entlohnung von Fachkräften. Gemeinhin geht man in der gesamten Wirtschaft derzeit ja von einem Fachkräftemangel aus. Für den öffentlichen Dienst hatte der sich in den letzten Jahren noch zusätzlich verschlimmert. Zwar verdienen Busfahrer in privatrechtlichen Verkehrsbetrieben erheblich weniger als in kommunalen. Aber Ingenieuren und Technikern zahlt die Privatwirtschaft deutlich mehr. Für die Kommunen schlägt sich das eben in Fachkräftemangel nieder. Es gibt Schätzungen, wonach 2030 rund 800.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst unbesetzt bleiben dürften. Das ist natürlich eine sehr weite, eigentlich unwägbare Prognose. Aber damit argumentierten die Arbeitgeber, nur durch höhere Gehälter für die Fachkräfte könne man die Abwanderung zur privaten Konkurrenz verhindern und den öffentlichen Dienst leistungsfähig halten. Ließe sich das nicht gewährleisten, müsste man öffentliche Dienstleistungen zwangsläufig outsourcen.

Ebendeswegen hatten die kommunalen Arbeitgeber von Anfang an äußerst massiven Widerstand gerade gegen die Forderung nach einer 200-Euro-Mindesterhöhung für die unteren Lohngruppen signalisiert. Da sich eine sehr große Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich bewegt, wären die finanziellen Auswirkungen sehr deutlich ausgefallen. Dieses Geld müsse gespart werden, um die Gehälter für die Fachkräfte deutlich zu erhöhen.

Es war also klar: Sollte die zur Verhandlung anstehende Lohnsteigerungssumme nicht in einer Weise, die die bisherige Entgeltsystematik durcheinanderbringt, ausgedehnt werden, stand die Entscheidung zwischen den unteren und den höheren Entgeltgruppen. Aus Sicht von ver.di war das inakzeptabel. Die Gewerkschaft wollte vor allem die unteren Entgeltgruppen stärken, weil sich dort ihre Basis befindet. Um diese unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bekommen, musste der Tarifabschluss *»extrem komplex«* ausfallen (Originalton Bsirske). Es ging gerade nicht um eine simple Lohnerhöhung.

Einfach zu knacken war das Arbeitgeberlager nicht. In dem Punkt ist Bernd Riexinger (heute einer der Vorsitzenden der Partei Die Linke, früher selbst ver.di-Funktionär in Stuttgart) zuzustimmen: *»Die harte Haltung der Arbeitgeberseite hat gezeigt, dass der massive Druck der Vielen nötig ist, um bessere Löhne zu bekommen«*.

Zum Streikverlauf

Trotzdem bleibt die Frage, ob nicht doch mehr drin gewesen wäre. An und für sich hatte es an der Kampfbereitschaft sicherlich nicht gehapert. Die Beteiligung war gut. Etwa 200.000 haben gewarnstreikt. Das war mehr als bei der Tarifrunde von Bund und Kommunen vor zwei Jahren, als sich rund 150.000 beteiligt hatten. Aber reicht das, um die Arbeitgeber nachhaltig unter Druck zu setzen? Diese 200.000 machen bei 2,3 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht ganz 9% aus. Zum Vergleich der Metallbereich: Von den 3,9 Mio. Beschäftigten dort waren vor ein paar Wochen insgesamt 1,5 Millionen rausgegangen. Das waren immerhin fast 40%. Selbstverständlich handelt es sich bei beiden Statistiken um gewerkschaftsoffizielle Zahlen. Man wird also Abstriche machen müssen. Aber die Tendenz bleibt dennoch eindeutig. Außerdem weiß man, dass es in der ver.di-Mitgliedschaft einzelne Bereiche gibt,

Streikende Jugendliche in Niedersachsen

die sich nicht so gut mobilisieren lassen. Insbesondere für den Fachbereich 3 (Gesundheit und Sozialwesen) gilt das. Auch im öffentlichkeitswirksamsten Bereich – den Kindergärten – war schon mal mehr los gewesen. Man darf vermuten, auch hier ließen sich diesmal weniger Warnstreiks als in der Vergangenheit organisieren. Da dürfte nachwirken, dass gerade sie beim letzten Mal besonders engagiert zur Sache gegangen waren, das letztliche Ergebnis aber aus ihrer Sicht nur suboptimal ausfiel.

Da wird zugleich auch das zentrale Problem des öffentlichen Dienstes deutlich: Bei Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst wird keine Mehrwertproduktion lahmgelegt. Die öffentlichen Arbeitgeber tragen keinen finanziellen Schaden. Bei einem Streik in einem privaten Wirtschaftsbetrieb kommt die Mehrwertproduktion teilweise oder ganz zum Erliegen. Der Unternehmer ist je nach Auftragslage dazu gezwungen zu reagieren, um am Markt zu bleiben. Wenn ein Metaller streikt, muss er sich mit seinem Chef rumschlagen – aber den will er ja bestreiken. Wenn die Kindergärtnerin streikt, dann gibt es in erster Linie Ärger mit vielen Müttern, mit denen solch eine Erziehungskraft ansonsten gerne zusammenarbeitet. Ein, zwei Warnstreiks lassen die sich zwar gefallen. Sie wissen ja, was so eine Erzieherin leistet und wie wenig Geld sie dafür erhält. Dementsprechend fallen anfängliche Umfragen immer positiv aus. Aber wenn so ein Streik länger hält, dann wird es zunehmend schwerer, alternative Aufpasser für die Kinder zu organisieren. Und wenn dann so ein Trupp schimpfender Mütter vor der Kita auftaucht, erzeugt das mehr unmittelbaren Druck als eine Rundmail aus der Chef-Etage eines Produktionsbetriebes.

Es muss eben gelingen, die von dem Ausfall der Dienstleistungen Betroffenen politisch zu gewinnen, damit sie sich deutlich mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes im Streik solidarisieren und etwa den Bürgermeistern Druck machen. Die Problematik ist längst erkannt, und in früheren Jahren hat es in Streiks von Pflege- und Erziehungspersonal solche Bemühungen mit mehr oder weniger Erfolg gegeben. Sie bleiben ständige Aufgabe in Streiks der Dienstleistungsbetrieben im Öffentlichen Dienst.

Das Ergebnis: »U-förmige Struktur«

Der Tarifvertrag wird eine sehr lange Laufzeit haben, in der sich die wirtschaftliche Lage nachhaltig zu Lasten der Beschäftigten entwickeln könnte. Außerdem wird es keinen monatlichen Mindestlohnzuschlag in Höhe von 200 Euro für die unteren Lohngruppen geben. Damit sind also die beiden zentralen Forderungen abgeschmettert.

Erreicht hat man nun, dass Löhne und Gehälter in drei Schritten erhöht werden: Zunächst gibt es nachträglich vom 1. März 2018 an 3,19%. Am 1. April 2019 kommen noch mal 3,09% hinzu. Zum 1. März 2020 schließlich stehen weitere 1,06% an. Insgesamt macht das 7,34%, umgerechnet pro Jahr etwa 3%. Für die unteren Lohngruppen gibt es außerdem eine Einmalzahlung von 250 Euro. Die Azubis bekommen in zwei Schritten jeweils 50 Euro zusätzlich. Ihre Urlaubszeit wird von 29 auf 30 Tage aufgestockt. Insgesamt erstreckt sich der Tarifvertrag auf 30 Monate.

2017 hatten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (der Länder) inflationsbereinigt und infolge von Sozialabgaben sowie Steuern sogar noch ein Minus von 0,6 Prozent hinnehmen müssen. Jetzt wird es in diesem Jahr (für die Beschäftigten von Bund und Kommunen) ein bereinigtes Plus von 1,3% geben. 2019 dürfte man auf 3,5% kommen. Weitere Prognosen sind schwierig, weil man jetzt ja nicht wissen kann, wie sich die Inflation entwickeln wird.

Entscheidend ist aber nun, dass die Steigerung nicht über die klassische gleichmäßige Erhöhung aller Entgeltgruppen mit der gleichen Prozentzahl erfolgt, sondern über eine differenzierte Überarbeitung aller Tabellenwerte. Die Bandbreite soll sich von 6,7% bis zu 13,4% erstrecken. So erhält ein mittlerer Angestellter in einer kommunalen Datenbank ab jetzt 6,79% mehr Lohn. Für ihn macht das ein Plus von 213,56 Euro im Monat aus. Derjenige Angestellte hingegen, der gerade erst in der Poststelle angefangen hat, bekommt zwar 10,21% mehr. Aber für ihn macht das nur ein Zusatzeinkommen von 199,41 Euro aus. Vergleicht man das dann noch mit einem leitenden Angestellten einer kommunalen Einrichtung, dann erhält der mit 9,64% prozentual zwar etwas weniger als der Kollege mit der niedrigen Entgeltgruppe. Aber bei ihm ergibt das ein Plus von sage und schreibe 485,92 Euro. Die Spreizung zwischen oberen und unteren Entgeltgruppen wird den absoluten Beträgen nach nicht verringert, sondern weiterhin erhöht.

Somit kommen nicht alle Bereiche gleichermaßen in den Genuss der Erhöhung. Das Ganze ist U-förmig ausgelegt: Die unteren und die oberen Entgeltgruppen bekommen verhältnismäßig deutlich mehr. Im mittleren Einkommensbereich hält sich jedoch die Erhöhung in Grenzen. Aller-

dings hat Bsirske erklärt: Weniger als 175 Euro mehr wird keiner im Portemonnaie haben. Viele würden zwischen 200 und 300 Euro liegen.

Zu diesem Zweck wurde in der Lohntabelle eine »Rechtsverschiebung« vorgenommen. Im öffentlichen Dienst gibt es innerhalb jeder der fünfzehn Entgeltgruppen noch sogenannte Erfahrungsstufen. Das bedeutet: Das Entgelt des Leiters der Müllabfuhr z. B. fällt zwar höher aus als dasjenige des einfachen Müllwerkers. Aber ungeachtet dessen bekommt der Arbeiter mit zwanzig Jahren Betriebszugehörigkeit entsprechend dieser zusätzlichen Erfahrung genau gestaffelt mehr Geld als einer mit fünfjähriger Betriebszugehörigkeit. Von diesen Erfahrungsstufen gibt es sechs. Jetzt wurde aber die bisherige Stufe 1 eliminiert. In allen Entgeltgruppen wurde die Lohntabelle seitlich verschoben und am Ende durch eine neue Stufe 6 wieder aufgefüllt. Alle gegenwärtig Eingestuften rücken eine Stufe höher und bekommen auf dieser Basis die zusätzlichen Prozente. Umso nachhaltiger ist der Eindruck eines jeden, er bekäme anständig mehr.

Kein X für ein U: Der sozialpartnerschaftliche Kompromiss

Die Redewendung »jemandem ein X für ein U vormachen« bedeutet, dass man jemanden täuscht oder betrügt. Sie hat ihren Ursprung in den römischen Zahlen. So kann der Buchstabe V (auch als U zu lesen), welcher für die Zahl 5 steht, durch Verlängerung der Striche nach unten zum Buchstaben X (die Zahl 10) umgeschrieben werden, so dass eine (vermeintliche) Verdoppelung der Zahl entsteht.

Die »U-förmige« Gestaltung der Entgelterhöhung drückt den sozialpartnerschaftlichen Kompromiss von ver.di mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) aus. Sie erscheint als gelungene Quadratur des Kreises, als »win-win«-Abmachung. Bund und VKA gewähren die Verbesserung der unteren Entgeltgruppen, ver.di im Gegenzug die der oberen Gruppen der Fach- und Leitungskräfte. Das Gesamtvolumen des Tarifabschlusses aber soll gleichbleiben. Dabei hat der Mittelbau, darunter auch Pflege- und Erziehungskräfte, das Nachsehen.

Natürlich könnte man nun ver.di vorhalten: »*Was kümmert es uns, dass die Arbeitgeber ihren Fachkräftebereich attraktiver machen wollen? Sollen die doch sehen, wie sie das hinbekommen. Dazu müssen wir doch nicht unsere Lohnforderung für den unteren Bereich opfern.*« Doch in der Realität zählt eben die Kampfkraft, die aufgebracht werden kann. In dem Augenblick, wo die Arbeitgeberseite sich auf diese Verknüpfung versteift hatte, gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man kämpft so etwas nieder, oder man lässt sich auf Verhandlungen ein.

Wie gesehen, hätte es mit gegebenen Streikkräften nicht gar so optimal ausgesehen. Weggekämpft hat man immerhin die rote Linie der Arbeitgeber: deutliche Lohnerhöhungen allein im oberen Bereich. Aber um die eigene Maximalforderung durchzusetzen (einen hohen Mindestbetrag für die unteren Bereiche), fehlte die Streikkraft.

Das sieht die Masse der Kollegen offensichtlich ähnlich. Zumindest deuten die Stimmungsberichte darauf hin. Für die Kollegen der unteren Lohngruppen ist die Erhöhung immerhin so deutlich, dass das Ergebnis sich nur wenig von der ursprünglichen Forderung unterscheidet. Auch die Kritik an der langen Laufzeit fällt gering aus. Sie wird als notwendiger Preis für die Erhöhungen gesehen.

Das entspricht letztlich dem allgemeinen Trend: Derzeit brummt die Wirtschaft wie selten. Die Arbeitgeber wollen also ihre Leute halten und sind deswegen prinzipiell zu Zugeständnissen bereit. Also fielen in praktisch allen Tarifbereichen die Erhöhungen (für deutsche Verhältnisse) überdurchschnittlich aus. Aber gerade weil man jetzt mal wieder ordentlich mehr ins Portemonnaie bekam, ist die Masse der KollegInnen zufrieden. Für eine nachhaltige Veränderung der Tarifstrukturen zugunsten der niedrigen Lohngruppen ist die erforderliche Kampfbereitschaft nicht in Sicht.

14.5.2018 ■

Unzufriedenheit unter den Postbeschäftigten

Die Anfang April mit einem Mitgliedervotum abgeschlossene Tarifrunde zur Lohnfrage bei der Deutschen Post AG kann als ein Einschnitt in der Geschichte der Gewerkschaft bzw. des Fachbereichs gewertet werden. Erstmals überließ sie es nicht der Konzerntarifkommission, über das Tarifangebot der Post zu entscheiden, sondern den Mitgliedern. Wie konnte es dazu kommen, dass die einstmals straff organisierte Gewerkschaft nicht mehr entscheiden wollte? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns noch einmal kurz mit dem Ergebnis der Tarifrunde 2015 beschäftigen.

Tarifrunde 2015

In der Vorbereitung auf die komplexe Tarifrunde 2015, in der Abschlüsse zum Lohn, zur Sicherung des Rationalisierungsschutzvertrages und zum Schutz vor der Fremdvergabe erzielt werden mussten, stand die Gewerkschaft unvermittelt vor der Aufgabe, auch auf den Bruch einer schuldrechtlichen Vereinbarung durch die Post reagieren zu müssen, nach der maximal 990 Paketbezirke aus dem Unternehmen Post ausgegliedert werden durften. Die Post hatte noch vor Beginn der Tarifrunde auf privatrechtlicher Basis DHL Delivery Firmen gegründet. Alle neu eingestellten Paketzusteller erhielten nur noch einen Arbeitsvertrag von diesen Gesellschaften. Entlohnung und sonstige tarifliche Leistungen richteten sich nach den jeweiligen regionalen Speditions- und Logistiktarifverträgen

Da eine juristische Anfechtung des Vertragsbruches der Post sich über Monate hingezogen hätte und erst höchstrichterlich entschieden worden wäre, wenn die bestehende Vereinbarung schon nicht mehr gegolten hätte, reagierte die Gewerkschaft sofort mit einer Tarifforderung. Die Arbeitszeit für alle sollte um zwei Stunden verkürzt werden. Verdi signalisierte, dass man diese Forderungen nur dann zurückziehen würde, wenn die Post die neuen Paketunternehmen wieder schließen würde.

Ver.di musste trotz eines vierwöchigen Streikes, des längsten in ihrer Geschichte, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne eine Ausgleich dafür zu bekommen, zurücknehmen und auch bei ihren sonstigen Forderungen, etwa beim Lohn, deutliche Abstriche hinnehmen[1].

Mangelnde Aufarbeitung

Nach der Niederlage kam es in der Belegschaft zu heftigen Unmutsäußerungen über die Streikführung der Gewerk-

1 Vgl. ausführlich dazu Arpo ….'15

schaft und das Ergebnis. Diese fanden in den Gremien kaum Widerhall. Ver.di. machte keinen Versuch, die Niederlage gründlich aufzuarbeiten. Soweit wir wissen gab es weder auf der zentralen noch auf der regionalen Ebene in schriftlicher Form eine Auswertung. In einigen Gremien wurden Eckpunkte festgehalten, aber nicht gewerkschaftsöffentlich diskutiert. Auf einer Vertrauensleutekonferenz in Berlin nahm die Streikaufarbeitung einige Monate nach Ende des Tarifkonflikts eine Stunde in Anspruch. Sie war in eine Arbeitsgruppe verbannt worden, an der etwa ein Drittel der 100 Anwesenden teilnahm.

Entscheidende Faktoren für die Niederlage wie das fehlende Streikkonzept, die Festlegung von wirksamen Streikaktionen, die Zurückhaltung vieler Betriebsräte bei der Streikorganisation, die Schwäche der Gewerkschaft insbesondere in den südlichen Bezirken, die Hilflosigkeit gegenüber dem Einsatz von befristeten Kräften wie Abrufern und die komplette Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz von Beamten, die auf den Posten von streikenden KollegInnen arbeiteten, bleiben so unaufgearbeitet.

So war es denn nicht verwunderlich, dass in den folgenden Monaten auf nahezu allen Vertrauensleutesitzungen, auf Seminaren und sonstigen Besprechungen mit aktiven Gewerkschaftern der Basis sich der Unmut über die fehlende Streikaufarbeitung immer wieder Luft machte. Viele Mitglieder wollten, dass die Gewerkschaft ihre Niederlage eingestand, die Ursachen des Misserfolgs benannte und aufzeigte, welche Konsequenzen sie für zukünftigen Auseinandersetzungen gezogen hatte. Doch bis heute schweigt die Gewerkschaft zu diesen Punkten.

Tarifrunde 2018

Eine der vielen kritischen Fragen, die nach Ende des Streiks aufgekommen waren, war die, weshalb die Streikenden, die über vier Wochen bei Wind und Wetter vor dem Tor gestanden und die Gewerkschaftsfahne hochgehalten hatten, nicht über das Ende des Streiks befragt worden waren. Wenigstens in diesem Punkt kam die Gewerkschaft in der aktuellen Tarifrunde, bei der es allein um die Frage des Lohnes ging, den Forderungen der aktiven Mitglieder entgegen. Sie startete rechtzeitig vor der Festlegung durch die zuständige Tarifkommission unter den Mitgliedern eine Umfrage über Inhalt und Charakter der aufzustellenden Forderungen.

Was das Volumen der Lohnforderung betraf, stimmten die Mitglieder überwiegend den Empfehlungen des Fachbereichsvorstandes zu. Sie votierten ferner für die Option, die Lohnerhöhung individuell in Freizeitansprüche wandeln zu können. Und sie setzten sich für eine soziale Komponente ein, nicht aber für Festbeträge.

So entstand folgendes Forderungspaket: 6% Erhöhung des Tariflohnes, die in Geld oder Freizeit genommen werden kann, und als soziale Komponente die Umwandlung des variablen Entgeltes für die Lohngruppen 1-4, das es bisher nur für einen kleine Teil der Beschäftigten nach der jährlich durchzuführenden Leistungsbeurteilung gab, in feste Bestandteile der Entgeldtabelle.

Post zeigt ver.di Grenzen auf

Vorstandschef Appel hatte schon weit vor Beginn der Tarifrunde verlauten lassen, dass er wenig Spielraum für eine substantielle Lohnerhöhung sehe.

Bei den Forderungen, die nichts kosteten, zeigte sich die Post konzessionsbereit, machte aber ihre Zustimmung davon abhängig, dass ver.di auf zwei Forderungen einging: zum einen sollten die Kraftfahrer aus dem TV 37b gelöst werden, und zum anderen verlangte sie, dass zukünftig Überstunden der Zusteller mitbestimmungsfrei allein auf Antrag des Beschäftigten ausgezahlt werden können. Bisher war laut Tarifvertrag die Barabgeltung kurzfristig nur ausnahmsweise bei Vorliegen eines sozialen Grundes möglich. Die Prüfung über die Anträge oblag allein dem Betriebsrat.

In der Lohnfrage stellten sich wie angekündigt die Verhandlungen als zäh dar. Die Post wollte nach der letzten Lohnerhöhung im Oktober 2017 vor Jahresfrist keine tabellenwirksame Erhöhung zahlen. Für die Folgejahre Jahre ab Oktober 2018 weigerte sie sich beharrlich, ein Angebot vorzulegen, dass deutlich über der Inflationsrate.

Eine zusätzliche Verhandlungsrunde zu den drei vorab verabredeten führte zu keinem Ergebnis. Ver.di leitete daraufhin Warnstreiks ein. Die waren allerdings schlecht vorbereitet. Unter den Beschäftigten bestand wenig Bereitschaft, das halbherzige Vorgehen der Gewerkschaft zu unterstützen. So nahmen an den regionalen Kundgebungen nur wenige Mitglieder teil. In einem ZSP in Berlin schlossen sich von etwa 55 Zustellern nur 12 dem Aufruf der Gewerkschaft zur Arbeitsniederlegung an.

Die schwache Mobilisierungskraft der Gewerkschaft und die fehlende Bereitschaft der Beschäftigten, in dieser Tarifrunde einen ernsthaften Konflikt zu führen, entging der Post nicht. In der abschließenden Verhandlungsrunde präsentierte sie mitten in der Nacht ein Angebot, ohne dass

sich Gewerkschaft und Post, wie bisher immer üblich, vorher geeinigt hatten. Es enthielt für die Zeit bis zum Oktober 2018 lediglich eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro, ab 01.10.2018 eine 3% Lohnerhöhung und ab 01.10.2019 eine weitere um 2,1%. Die Laufzeit wurde auf 28 Monate, festgelegt

Ratlose Gewerkschaft

Die ob des robusten Vorgehens der Post sprachlose Verhandlungskommission empfahl nicht wie in den Jahren davor der großen Tarifkommission die Annahme des Angebotes. Sie plädierte aber auch nicht für die Ablehnung. Denn ein Scheitern der Verhandlungen hätte zwangsläufig zu einem Streik geführt. Da war die Gewerkschaft nicht sicher, ob die Mitglieder ihr folgen würden. Außerdem war sie darauf überhaupt nicht vorbereitet

Der Vorstand beschränkte sich darauf, das Lohnangebot für 2019 als zu gering und das gesamte Angebot des Arbeitgebers als »schwierig« zu bezeichnen. Sie schlug der Konzerntarifkommission vor, kein eigenes Votum abzugeben, sondern die Gewerkschaftsmitglieder zu befragen. So geschah es.

Mitgliederbefragung

Die Befragung zum Tarifergebnis wurde wie eine Urabstimmung organisiert. Für eine Nichtannahme des Arbeitgeberangebotes mussten 75% der Abstimmenden votieren.

Bei seinem Aufruf zur Abstimmung gab der Fachbereichsvorstand keine Empfehlung. Etwa zwei Drittel der 50.000 teilnehmenden Gewerkschaftsmitglieder stimmten für die Annahme des Tarifangebots. Dafür sind mehrere Gründe verantwortlich.

Für viele Beschäftigte war es schwierig einzuschätzen, welche Bedeutung die Lohnerhöhung von 2,1% für 2019 für sie haben werde. Aber auch diejenigen, die das Angebot als mager einschätzten, waren häufig der Meinung, dass der Punkt allein nicht konfliktfähig sei. Bei den anderen Punkten des Tarifangebots überwog die Einschätzung, dass man damit leben könne.

Entscheidendes Motiv für das Mehrheitsvotum war allerdings das Misstrauen gegenüber der Gewerkschaftsführung, einen größeren Konflikt führen zu können. Einen erneuten Streik ohne Aussicht auf Erfolg wollte die Mehrheit der Mitglieder nicht. Die akzeptablen Teile des Tarifangebots sollten nicht gefährdet werden.

Bewertung des Ergebnisses

Die Lohnerhöhungen werden in den kommenden Jahren kaum die offizielle Inflationsrate ausgleichen können.

Positiv zu sehen ist die Abschaffung des variablen Entgeltes, auch als »Nasenprämie« bezeichnet. Die Ungerechtigkeiten, die bei den bisher jährlich vorzunehmenden Leistungsbeurteilungen entstanden, fallen zukünftig für die Lohngruppen 1-4 weg. Weder Krankheitstage, individuelle Besonderheiten, noch gewerkschaftliches Engagement werden zukünftig mehr Einfluss auf die Entgeltzahlung haben. Mit der Einbeziehung des variablen Entgeltes in die Lohntabellen erhöhen sich die Tarifentgelte aller in den ersten vier Lohngruppen deutlich. Damit verringern sich die Abstände zu den sog Besitzständlern, die schon vor 2003 bei der Post beschäftigt waren und ihren alten Lohn behielten. Kritisch an dieser Vereinbarung ist, dass die Lohngruppen 5 – 9 ausgenommen wurden.

Bei der zweiten wichtigen Regelung des Tarifvertrages, der Fixierung des Rechtes, die kommenden Lohnerhöhungen in Freizeit nehmen zu können, bleibt die Frage, welche Auswirkung sie auf die zukünftige Tarifpolitik haben wird. Wird es zukünftig schwieriger, für Lohnerhöhungen zu mobilisieren, weil die Interessenlage der Beschäftigten zu unterschiedlich ist? Wer wird diese Möglichkeit in Anspruch nehmen? Nur die älteren KollegInnen in den höheren Lohngruppen oder doch jüngere, bei denen Familie und Freizeit den lebensmittelpunkt stellt? Oder vor allem diejenigen, die die höchsten Belastungen tragen?

Der Abschluss folgt in diesem Punkt dem neoliberalen Grundsatz, dass soziale Verbesserung für die Beschäftigten diese im Wesentlichen selber zu tragen haben. Diese Richtlinie hat die Tarifpolitik der letzten Jahre geprägt. Bei der Altersteilzeitregelung müssen die Postler erhebliche Vorleistungen erbringen, um in den Genuss einer Wochenarbeitszeitreduzierung und einer Ruhephase in den letzten Monaten vor Rentenbeginn zu kommen. In den 70er und 80er Jahren erkämpfte Arbeitserleichterungen, wie die bezahlten Erholungspausen, zwei freie Arbeitstage im Jahr, bezahlte Pausen für Nachtarbeiter sind in den letzten Jah-

Post will Delivery-Gesellschaften auflösen

Die Tarifrunde wurde überlagert durch die Absicht der Post, die 2015 gegründeten Delivery-Gesellschaften, die Anlass für den großen Streik von 2015 waren, aufzulösen und die Beschäftigten wieder zurück in die Post zu führen. Unternehmerisch hatte sich gezeigt, dass die Doppelstrukturen zu erheblichen Kosten führten. Die Personalstellen mussten in nahezu allen Betriebsstätten mit zwei Tarifsystemen hantieren, die sich im Aufbau und in der Struktur erheblich voneinander unterscheiden.

Die Post musste ferner zur Kenntnis nehmen, dass sie mit Billigtarifen nur bedingt einen Stamm stabiler Zusteller aufbauen konnte, der verlässlich Gewerbetreibende und Großkunden bedienen kann. Als sog. Marktführer wird von ihr verlangt, dass sie stabile Leistungen und qualifizierten Service bietet. Die Fluktuation bei DHL Delivery betrug in einigen Niederlassungen in Jahr etwa 50%.

Während die Entscheidung über die Auflösung der Delivery-Gesellschaften schon gefallen ist, bleibt noch die Frage zu klären, welche Konditionen für die Delivery Beschäftigten und die Neueinzustellenden zukünftig gelten. Auch wenn die Post es akzeptieren wird, im Kern nur ein Entlohnungssystem zu haben, so möchte sie kaum mehr bezahlen. Derzeit wird darüber mit ver.di verhandelt. Eine Lösung für die Post wäre die Einführung von Niedriglohngruppen unterhalb des bestehenden Tarifes, mindestens für die ersten Jahre der Beschäftigung. Die andere Variante wäre regional differenzierte Löhne wie sie im Ansatz schon im 2017 abgeschlossenen Technikertarifvertrag realisiert wurden.

Objektiv befindet sich ver.di bei den Verhandlungen in einer starken Position. Der Paketmarkt boomt, qualifizierte Beschäftigte für die Zustellung lassen sich kaum finden und auf Dauer nur schwer halten, wenn nicht Lohn und sonstige tarifliche Leistungen deutlich über denen von Delivery liegen. Und sicher werden auch die Beschäftigten in der Sparte Paket ver.di dabei unterstützen, das Entlohnungssystem der Post auf alle Paketbeschäftigten zu übertragen.

ren reduziert und/oder in Tarifverhandlungen, wenn auch zumeist befristet, ausgesetzt worden.

Welche Auswirkung die beiden anderen Bestandteile des Tarifvertrages haben werden, lässt sich noch nicht genau abschätzen. Bei den Kraftfahrern, die aus dem TV 37b fallen sollen, wird für die Leistung von Überstunden der relativ restriktive MTV gelten. Doch wird die Post hier sicher versuchen, mitbestimmungsfreie Korridore in Betriebsvereinbarungen zu definieren.

Auch lässt sich noch nicht abschätzen, wie sich die Möglichkeit, Überstunden in der Zustellung ohne Zustimmung der Betriebsräte auszuzahlen, auswirken wird. Trotz der Begrenzung von Überstunden durch die Betriebsvereinbarungen werden insbesondere jüngere KollegInnen versuchen, diese Option in Anspruch zu nehmen.

Unruhe im sozialdemokratischen Lager

Verdi hat in der abgelaufenen Lohntarifrunde die Nullrunde des Jahres 2015 im Tarifjahr 2018 trotz des starken Rückwindes einer guten Konjunktur und exzellenter Betriebsergebnisse der Post nicht ausgleichen können. Sie hat allenfalls einen Tarifabschluss erzielt, der die Inflationsrate ausgleichen wird.

Die Post hat mit kalter Berechnung die Mobilisierungsschwäche von ver.di ausgenutzt und ihr ein Tarifergebnis vorgesetzt, dass die Post fast nichts kostet. Allerdings hat das Unternehmen vermieden, ver.di eine vernichtende Niederlage beizubringen.

Für ver.di bedeutete diese Tarifrunde eine Zäsur. Zum ersten Mal hatte der Vorstand am Ende einer Tarifrunde keine Meinung und war nicht wie bisher immer überzeugt, das »Beste« herausgeholt zu haben. Er musste die Mitglieder befragen. Ver.di wird zukünftig kaum mehr hinter diese Entwicklung zurückfallen können.

Die Ablehnung des Tarifergebnisses durch ein Drittel der abstimmenden Mitglieder ist Ausdruck für die weit verbreitete Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Politik des Vorstandes. Allgemein interpretiert, spiegelt sie die Unruhe wieder, die derzeit im sozialdemokratischen Lager herrscht. Beim DGB-Kongress haben ca. 30% der Delegierten den Vorsitzenden Hofmann nicht gewählt. Die Abstimmung in der SPD zum Koalitionsvertrag, die Wahl von Nahles zur Parteivorsitzenden, aber auch die Wahl des Berliner Parteichefs Müller führten nur zu Zweidrittelmehrheiten. Auch wenn die Unzufriedenen noch nicht wissen, in welche Richtung sie gehen wollen, sich personelle oder inhaltliche Alternativen nicht abzeichnen, so wird doch offenbar, dass der Widerspruch zur neoliberalen Wende der SPD, zum so genannten Schröder-Kurs immer breiter wird.

H, 10.06.2018 ■

ZUR DISKUSSION:

Industrie 4.0

Der Redaktion ist bewusst, dass das Thema Digitalisierung, Industrie 4.0, zu facettenreich ist, um es in einem einzigen Artikel angemessen zu erfassen. Der folgende Beitrag soll einen Denkanstoß liefern. Außerordentlich dankbar wären wir über die Zusendung von Beiträgen über konkrete Auswirkungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt an die Redaktion.

Die Industriestaaten steuern mit der Digitalisierung der Wirtschaft auf wachsende gesellschaftliche Widersprüche zu

Die kapitalistischen Zentren sind Vorreiter der Digitalisierung der Wirtschaft. Dem steht die Verelendung in den Entwicklungsländern gegenüber. Nebenprodukt des Vorwärtsdrangs in der Wirtschaft ist ein im Bürgertum aufkommender Kulturpessimismus, der an der Wirklichkeit vorbei geht. In der Digitalisierung der Wirtschaft liegen große Chancen für die Menschen. Durch sie können z.B. mit medizinischen Geräten schnellere und genauere Erkenntnisse (Diagnosen) über Krankheiten gewonnen und Operationen durchgeführt werden. Theoretisch ermöglicht die Digitalisierung der Wirtschaft wünschenswerte Arbeitserleichterungen und Arbeitszeitverkürzung. Doch bestehen bei uns gesellschaftliche Voraussetzungen dafür, dass diese Produktivitätssteigerung für die Ausrichtung der Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen genutzt wird und nicht nur der Gewinnsteigerung dient?

Wir müssen die Digitalisierung als einen schrittweisen Prozess sehen. Am deutlichsten sichtbar sind z. Zt. die Fortschritte im Dienstleistungssektor. In Hochregallagern der Logistikbranche ersetzen Roboter menschliche Arbeit und haben zu radikalem Arbeitsplatzabbau geführt, der noch nicht abgeschlossen ist. Ebenso im Banken- und Versicherungsgewerbe. Das Auto ohne Fahrer wird erprobt – nicht ohne Unfälle. Die Supermärkte stehen vor dem Ersetzen der Kassiererin, was z. Zt. Amazon in Seattle (USA) schon vormacht. In der Produktion ist der additive 3-D-Druck von Metallen weiterentwickelt worden: Flugzeugteile, Teile für U-Boote, Bau- und Ersatzteile für Automobile, Werkzeuge, künstliche Gelenke und Sohlen für Turnschuhe können inzwischen mit dieser Technik hergestellt werden – wenn auch noch nicht in Massenproduktion. Zwar steht die große Mehrzahl der Industriebetriebe erst am Anfang der Digitalisierung, doch beim Stuttgarter Maschinenbauer Trumpf sind die produzierenden Maschinen bereits miteinander vernetzt und stimmen sich aufeinander ab. Beim Automobilbau werden bereits Türen von Robotern an ihren Platz gesetzt und dann per Hand an den Scharnieren befestigt. Und um den Rumpf des Airbus A320 fahren Roboter herum und bohren, wiederum lasergesteuert, Löcher in die Rumpfplatten.

Unternehmerziele

Die Unternehmer weisen stets darauf hin, dass diese Entwicklung den Beschäftigten Chancen bietet: interessante Arbeitszusammenhänge, zunehmende Eigenverantwortung und Selbstentfaltung; erweiterte Entscheidungs- und Beteiligungsspielräume sowie Möglichkeiten zur Belas-

tungsregulation sollen ihnen zugestanden werden. In flachen Hierarchien initiativ, flexibel und erfinderisch sein: Diese Unternehmerwünsche an die Beschäftigten sehen so positiv aus. Doch sie werden begleitet durch Leistungsvermessung, Erhöhung der Anforderungen und Einsparungen beim Personal. Zusammen mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit, also der Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes, der Abschaffung des Acht-Stunden-Tages, dienen diese Ziele dem Kapital der Durchsetzung der Optimierung des Produktionsprozesses.

Zur vom Kapital bestimmten Erfahrungswelt der Lohnabhängigen in Deutschland

Die Haltung der vom Digitalisierungsprozess betroffenen-Lohnabhängigen, ist durch ihre Erfahrungen bestimmt. Arbeitete im sogenannten Wirtschaftswunder mehr als die Hälfte der Beschäftigten in der Industrie, so ist zwischen 1990 und 2015 bei uns die Anzahl der Beschäftigten um 9 Prozentpunkte auf 26% gesunken – in den Dienstleitungsbranchen jedoch um 8 Prozentpunkte auf 43% gestiegen: Ab 1990 haben die Industrieländer verstärkt industrielle Produktion ins Ausland verlagert. Mit der Agenda 2010 der Schröder-Regierung wurde Deutschland mit billigen und unsicheren Arbeitsplätzen überflutet: Ein großer Niedriglohnsektor entstand. Nicht nur Ungelernte, auch viele Facharbeiter mussten sich mit schlechter bezahlten Dienstleistungsjobs abfinden. Der Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft wurde für nicht wenige zum Abstieg. Die schwache Kampffähigkeit von Kollegen bei Dienstleistern korreliert mit einem schwachen gewerkschaftlichen Organisierungsgrad. Heute sind nicht einmal 20 % aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert und die Gewerkschaften verhandeln nur noch für 60% der Lohnabhängigen. Dem gegenüber steht, dass nur noch halb so viele Firmen wie vor 20 Jahren Tariflohn zahlen. Seit Jahrzehnten sinkt die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten. Der Import billiger Nahrungsmittel und Konsumgüter wie Textilien aus Entwicklungs- und Schwellenländern sorgt für Kostensenkung der Ware Arbeitskraft in den Industrieländern. (Ein Grund für die bemerkenswerte Zähigkeit des Kapitalismus hängt damit zusammen, dass er in der Lage ist, sich auf immer weitere Bereiche auszudehnen, die zuvor außerhalb seines Zugriffs lagen, und sich diese einzuverleiben.)

Der weltweite Bedarf an deutschen Maschinen, Automobilen und Chemieprodukten hat hier zu Lande bislang für den Erhalt vieler Arbeitsplätze gesorgt. Seit zehn Jahren wächst die deutsche Wirtschaft wieder. Auf den bisherigen Erfahrungen mit technischen Erneuerungen beruht die noch verbreitete Zuversicht, dass die Auswirkungen der begonnenen Digitalisierung mit Aus- und Weiterbildung, besseren Sozialleistungen und höheren Exporten zu bewältigen seien. Doch die Technologie macht Individualisierung und Flexibilisierung der Produktion an vielen Standorten möglich.

Um den eigenen Arbeitsplatz zu sichern, nehmen Lohnabhängige heute unbezahlte Mehrarbeit hin, erhöhen ihre Ansprüche an die eigene Leistung: Das führt bei einer steigenden Zahl von Beschäftigten zu Überbelastung – und schließlich sind diese Kolleginnen und Kollegen ausgebrannt (Burnout). Individualisiert – gespalten in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, in Männer- und Frauenentlohnung, in gut Bezahlte der Exportbranchen und den prekär beschäftigten Zeit- und Leiharbeitern sowie Minijobbern – sind die Lohnabhängigen nicht kampferprobt. Wohl aber wird bei den Geringqualifizierten die Lohnkonkurrenz durch die Flüchtlinge und Migranten verschärft: Unternehmer nutzen dieses Potenzial, um Tarifverträgen auszuweichen, vereinbarte Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterlaufen. Arbeitnehmerentsendung und Scheinselbständigkeit ermöglichen es den Unternehmern unterschiedliche Löhne zu zahlen, den Mindestlohn und Versicherungsbeiträge zu umgehen. Die Schichtung in der Klasse der lohnabhängig Beschäftigten bringt auch differenzierte Interessen hervor.

Das löchrig gewordene Sozialnetz und die zunehmend fehlenden Tarifverträge lassen die Zufriedenheit aus der Wirtschaftswunderzeit bei einem Großteil der Lohnabhängigen Vergangenheit sein: Trotz sinkender Arbeitslosigkeit ist eine gewisse Unsicherheit festzustellen. Ängste um den Arbeitsplatz und die Sorge, gesund ins Rentenalter zu kommen, werden deutlich. Wehren sich Beschäftigte gegen Sozialdumping wie bei Ryan-Air, so ist das Echo in der Bevölkerung durchaus positiv.

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung

Unter diesen Bedingungen erfahren die Lohnabhängigen die Anfänge der Digitalisierung der Produktion und Dienstleistungen. Fast jeder hat heute ein digitales Gerät zur Hand, das nach kurzer Zeit technisch überholt ist, durch ein neues ersetzt wird, um up to date, also auf der Höhe der Zeit zu sein: Sucht wird ein negativer Effekt. Nicht wenige Lohnabhängige haben ein ungutes Gefühl in Bezug auf die Zukunft.

Mit der Digitalisierung der Wirtschaft, den Robotern, der künstlichen Intelligenz, steigert die Industrie ihren Produktionsausstoß mit (nach und nach) immer weniger Beschäftigten. Anfangs sind die Systeme noch anfällig. In dieser Phase werden mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte gebraucht, die heute gesucht werden. Dieses Bild hat die junge Generation vor Augen – nicht die längerfristige Perspektive. Und hier knüpfen bürgerliche Parteipolitiker an, wenn sie herausstellen, es sei wichtig, Jobs zu schaffen und die Digitalisierung zu fördern. Die Digitalisierung, ist also z. Zt. **noch** kein allgemeiner Jobkiller. Doch nur Unternehmen, die groß genug sind, können den Wandel der Digitalisierung der Geschäftstätigkeit stemmen. Vor uns stehen also verstärkt Unternehmensfusionen, d. h. Kapitalkonzentration. Da Arbeitskräfte für den Unternehmer Kostenfaktoren sind, zwingt ihn der Konkurrenzkampf, Beschäftigte einsparen. Die gesamtwirtschaftliche Mehrwertproduktion wird aber nur erhöht, wenn Umfang und Produktion der angewandten Lohnarbeit ausgeweitet werden.

Immer noch kann man hören, dass bei der Digitalisierung der Wirtschaft der bisherige Abbau einfacher, manueller Tätigkeiten sich fortsetzen werde. Nach neuesten Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist aber zu erwarten, dass bei jedem vierten Beschäftigten Computer mehr als 70% seiner Berufstätigkeit übernehmen können; die Hälfte der Lohnabhängigen damit rechnen muss, dass 30 – 70 Prozent ihrer Tätigkeiten ersetzbar sind. Über alle Qualifikationsniveaus hat die Ersetzbarkeit zugenommen, bei Helfertätigkeiten mehr als bei Fachkräften und bei Experten 1/5 bis 1/4 ihrer Tätigkeiten. Roboter erledigen bereits Aufgaben, die lange nicht als ersetzbar galten. 15 000 neue Arbeitsplätze in deutschen Rechenzentren, seit 2014 entstanden, sind kein Signal für einen Ausgleich der zu erwartenden Arbeitsplatzverluste.

Die Umwälzungen durch die Digitalisierung sind letztlich so radikal wie zuletzt bei der ersten industriellen Revolution. Auch wenn heute z. B. in Indien bei der Entwicklung von Software eine Schicht Beschäftigter geschaffen wird – die Digitalisierung wirkt sich aus auf die verlängerten Werkbänke im Ausland, in großem Maße in

Schwellen- und Entwicklungsländern. Denn bei der Digitalisierung der Produktion fallen die Vorteile durch Billiglöhner weg. (Auch sie fordern Lohnerhöhungen und Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen.) Wird nun Produktion zurückverlagert, so werden hier nur einige Wartungs- und Computerspezialisten gebraucht. Auch wenn inzwischen viele Großunternehmen Arbeitsplätze abbauen: Durch die Konjunktur haben in Deutschland heute so viele Menschen wie noch nie einen (wie auch immer beschaffenen) Arbeitsplatz, und während die Zahl der jungen Beschäftigten stetig abnimmt, suchen die Unternehmer qualifizierte Arbeitskräfte. Der Finanzminister hortet Überschüsse. Die Sozialkassen sind gefüllt. Da können sich die meisten Menschen eine Zukunft mit dramatischen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt kaum vorstellen.

Wird auch die Produktion im Unternehmen gründlich geplant, auf dem Weltmarkt ist das nicht der Fall; dort herrscht durch den Konkurrenzkampf Chaos. Die Unternehmen drängen auf den globalen Markt, und Deutschlands Wirtschaft hängt vom Export ab. Doch die Massenarmut der Menschen in der Dritten Welt lässt eine Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht zu. Wo sind also die Absatzmärkte dafür, wenn es schon jetzt aus Afrika und Asien eine andauernde Migrationsbewegung wegen Perspektivlosigkeit fürs Leben gibt? Die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern wächst in den Entwicklungs-und Schwellenländern nur bei Steigerung des Lebensstandards und die wird nur über Arbeitsbeschaffung für die Bevölkerung erreicht. China ist das Beispiel dafür: Die staatlich gelenkte Industrialisierung hat es möglich gemacht, dass dort durch den steigenden Lebensstandard die Bedürfnisse der Milliardenbevölkerung des Landes wachsen – und für die kapitalistischen Industriezentren, wie Deutschland, ein z. Zt. gewinnträchtiger Absatzmarkt und Produktionsstandort entstanden ist.

Bisher entstand in Krisenzeiten stets eine Reservearmee von Arbeitslosen, die bei einem anschließenden Aufschwung wieder eingestellt wurden. Künftig bleibt ihr nur die Perspektive als Lohndrücker. Unter den Bedingungen der Profitproduktion führt die Entwicklung von künstlicher Intelligenz dazu, dass der Mensch in der Logistikbranche, bei Banken, im Handel und in der Produktion weitgehend überflüssig wird. Die lohnabhängig Beschäftigten sind also elementar betroffen. Was wird aus den Überflüssigen? Die bürgerliche Süddeutsche Zeitung, die auf die soziale Marktwirtschaft setzt, stellte am 17. 1.18 Anforderungen an eine neue Regierung in Berlin: »*Es scheint, als verschließen die Parteien die Augen davor, dass immer mehr Roboter menschliche Arbeitskraft ersetzen und Wertschöpfung im Internet über die Verarbeitung von Daten entsteht. Eine Robotersteuer ist unausweichlich, will der Staat nicht zusehen, wie seine Einnahmen absehbar wegbrechen. … die Regierung muss erklären, wie sie Hunderttausende wegbrechender Jobs in vielen Berufen durch neue ersetzt werden können. … eine Studie ersetzt kein Einkommen für Siemensarbeiter oder Berufskraftfahrer, die schon ihren Job verloren haben.*«

Zur Herangehensweise von Metall-Betriebsräten …

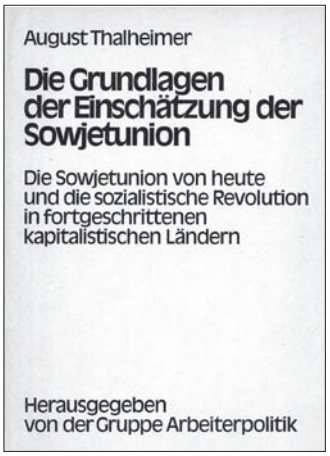
Um mittelfristig mithalten zu können, muss der deutsche Maschinen- und Anlagenbau die Digitalisierung vorantreiben. Während einerseits Fachleute das Entstehen neuer Arbeitsplätze, steigende Qualifikationen und eine verbesserte Verträglichkeit von Arbeit und Familie (Work-Life-Balance) sehen, befürchten andere weitreichende Jobverluste, das Wegfallen mittlerer Tätigkeiten und erweiterte Kontrolle. Attraktiver wird die Industriearbeit auf jeden Fall für eine kleine Minderheit der Beschäftigten.

Eingebunden in die Sichtweise, im internationalen Wettbewerb standzuhalten zu müssen, sehen Betriebsräte nur die Möglichkeit, den technologischen Fortschritt zu begleiten und für die Beschäftigten bestmögliche Betriebsvereinbarungen herauszuholen. Sie wollen dafür sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen die Veränderungen, die auf sie zukommen, annehmen und ihre Scheu vor digitaler Technik verlieren.

Wurden bisher Kostensenkungen rigoros durchgesetzt, so brauchen die Firmen für die Industrie 4.0 keine Kommandanten mehr, sondern gesprächsbereite Vorgesetzte, die die Beschäftigten in flachen Hierarchien einspannen. Betriebsräte sehen, dass von Kolleg(inn)en hohe Flexibilität gefordert wird, die nicht selten auf Mehrbelastung hinausläuft. Sicher, mit sinnvoll eingesetzten Beobachtungen könnte Kollegen geholfen werden: Für jeden

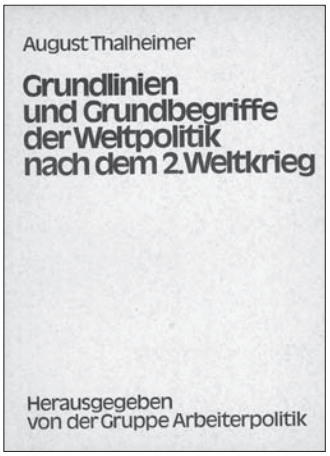
Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Mitarbeiter die Beleuchtungsstärke am Arbeitsplatz, die Muttersprache, Schriftgröße der Assistenzsysteme wie auch zukünftig die Arbeitshöhe individuell automatisch anpassen. Doch damit kommt verstärkte Leistungs- und Verhaltenskontrolle auf die Beschäftigten zu: eine Überwachung darüber, wie oft Beschäftigte beispielsweise danebengreifen und wieviel Zeit für einen Montagevorgang gebraucht wird. Leistungsmessung wird durchgeführt, um Arbeitsdruck erhöhen zu können. Kolleg(inn)en werden damit auseinanderdividiert in Leistungsträger und weniger Schnelle. Doch Betriebsräte glauben, die negativen Folgen mit der Mitbestimmung verhindern zu können. Auch die Betriebsräte in der Automobilindustrie wollen sich nicht einfach überrollen lassen. Wenn der Vorsitzende des BMW-Betriebsrates, Manfred Schoch, vom Management eine schnellere Modernisierung der Arbeitsabläufe im Betrieb fordert, so hat er die Konkurrenzfähigkeit des Konzerns im Sinn, nicht die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit. Bei Audi in Ingolstadt z. B. wird mit Fachleuten beraten, welche Berufe im Betrieb eine Zukunft haben. Die Beschäftigten kontrollieren, warten die Roboter und machen die Logistik. Sie arbeiten parallel mit dem Roboter und greifen ein, wenn er stockt. In dieser Phase nimmt der Roboter ihnen die Arbeit noch nicht weg. Sind die Roboter dann vernetzt, so arbeiten sie selbständiger. Liegt die Zukunft der Beschäftigten also im Reparieren der Roboter? Gegenwärtig kommt das Management den Kollegen noch entgegen. Doch was, wenn die Zeiten durch den globalen Konkurrenzkampf härter werden? Den Automobilarbeitern ist klar, dass durch die Automatisierung immer weniger Arbeiter pro Auto gebraucht werden. Bisher wurde dieses Problem durch die Erhöhung der Produktion aufgefangen. Im Betrieb stellen sie sich vor, so auch die durch die Digitalisierung hervorgerufenen Probleme lösen zu können. Doch auch die Probleme Individualverkehr und Warentransport per LKW wachsen.

Die Unternehmer propagieren, den Arbeitseinsatz so gestalten zu wollen, dass sowohl den Flexibilitätsbedürfnissen der Betriebe als auch den notwendigen Flexibilitätsspielräumen für den privaten Bereich Rechnung getragen werden kann. Schon jetzt wird von nicht wenigen Beschäftigten erwartet, dass sie nach Feierabend erreichbar und im Urlaub verfügbar sind. Flexibilität führt jedoch zu extremer Arbeitsverdichtung, denn sie dient der Erhöhung der Profite. Indem Arbeitszeit und Freizeit zunehmend miteinander verwoben sind, steht erfahrungsgemäß die Gesundheit der Beschäftigten auf dem Spiel: Fehlende Erholung führt zu Erschöpfung. Propagierte Selbstbestimmung führt zu Selbstausbeutung. Neu geschaffene Arbeitsstellen sind zumeist prekär. Arbeits- und Ruhezeit, Überstunden, weitere Verdichtung der Arbeit und steigende Arbeitsbelastung werden also verstärkt im Mittelpunkt der BR- und Gewerkschaftsarbeit stehen.

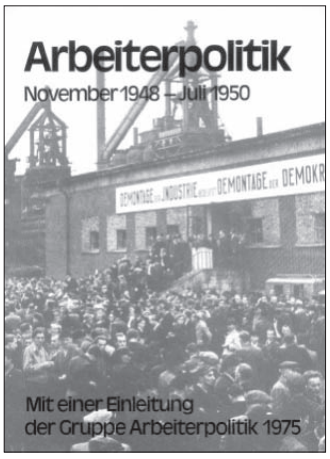
… und der Gewerkschaft

Die IG Metall fordert bei der Umsetzung der Industrie 4.0 u. a. die Beteiligung und Weiterbildung der Beschäftigten: Es solle keinen Platz für prekäre Beschäftigungsverhältnisse geben; Flexibilität, Lern- und Wandlungsfähigkeit sollten sich auf der Grundlage intelligent gestalteter Arbeitssysteme entwickeln können – mit ergonomisch orientierter, altersgerechter Arbeitsgestaltung. Allerdings stehen in der bürgerlichen Gesellschaft die Eigentumsrechte einer von der IGM gewünschten Demokratie im Betrieb diametral entgegen: Auch bei der paritätischen Mitbestimmung setzen sich die Interessen der Aktionäre durch. Ganz offensichtlich muss sich erst die brutale Wirklichkeit der Profitproduktion unter digitalem Vorzeichen deutlich zeigen, um hier die Illusionen platzen zu lassen. Die Gewerkschaften sind längst in die Defensive geraten; die Flächentarifverträge taugen nicht mehr zur Regulierung – zu viele Unternehmer haben sich davon zurückgezogen. Doch DGB-Chef Reiner Hoffmann und der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann wollen mit einem »starken Tarifsystem« und der Mitbestimmung die Probleme lösen. Hofmann am 1. Mai dieses Jahres: »Das sind die wichtigsten Hebel dafür, dass keiner unter die Räder kommt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird.« IGM- Vorstandsmitglied Urban fordert in seiner Rede bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Gewerkschaften müssten eine Verhandlungsmacht aufbauen. Geprägt durch ihre Lebenserfahrungen gibt es jedoch in den Belegschaften keine widerständige Haltung. Besonders die junge Generation muss erst erfahren, dass die Interes-

Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O
von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973

296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR

August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg
September 1945, Gr. Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint
Zeitschrift Arbeiterpolitik
November 1948 bis Juli 1950, einschl.
»Offene Worte an Kommunisten«
Gruppe Arbeiterpolitik 1975
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR

sen der lohnabhängig Beschäftigten nicht individuell, sondern nur gemeinsam erfolgreich vertreten werden können.

Der Tarifabschluss der IGM zeigt die Realität: Die Unternehmerforderung nach Abschaffung des Acht-Stunden-Tages und der Elf-Stunden-Pause wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Zwar wird der Erfolg, die Arbeitszeit bis zu einer individuell möglichen 28 Std.-Woche zu senken, hervorgehoben und von einigen Medien in Zusammenhang mit der Digitalisierung der Produktion gestellt, real wird aber gleichzeitig die Öffnung für den Rückschritt zur 40 Std.- Woche vollzogen. Die Unternehmer können damit gegensätzliche Interessen unter den Kollegen ausnutzen, um die schon stark angekratzte 35-Std.-Woche ganz auszuhöhlen. Sie wollen intelligente, kooperative, selbstorganisierte Interaktionen zwischen den Beschäftigten und den technischen Operationssystemen – zum Wohle der Profite – ermöglichen.

DGB-Chef Reiner Hoffmann demonstrierte am 1. Mai seine Unkenntnis mit der Behauptung, die Gewerkschaften ließen sich nicht durch die Digitalisierung verunsichern, sie hätten schon vor 100 Jahren den Industriekapitalismus zivilisiert. Heute würden sie das soziale Marktwirtschaft nennen. Er überging, dass die Schwerindustriellen Hitlers Organisationen und Propaganda finanziert hatten, und damit auch die Nazi-Terrorherrschaft mit dem 2. Weltkrieg – und dass sich die Gewerkschaftsführung 1933 der Naziregierung zu Tarifverhandlungen angebiedert hatte.

Was tun?

Das wirft die Frage auf, wie die aus der Digitalisierung der Wirtschaft resultierenden sozialen Probleme bewältigt werden sollen.

Die Antwort der neuen SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles auf die Problematik der massenhaften Arbeitsplatzvernichtung mit der Aussage »Recht auf Weiterbildung« ist leer, und die Bundesregierung überspielt die Problematik mit dem Ziel einer Vollbeschäftigung für 2025. Was also tun, um aus der Digitalisierung nicht nur Nutzen für die Profitwirtschaft, sondern für alle Menschen zu ziehen?

Mit der Digitalisierung der Wirtschaft ist der Kapitalismus nicht automatisch am Ende. Da in Deutschland die schon nach und nach eingeschränkte soziale Marktwirtschaft mit dem Scheitern der Sowjetunion und der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise politisch überflüssig geworden ist, gibt es zu ihr kein Zurück – auch wenn es angesichts der zu erwartenden sozialen Auswirkungen der Industrie 4.0 von so manchem gewünscht wird. Der gnadenlose weltweite Konkurrenzkampf zwingt die Unternehmer zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Fusionierungen führen zum Arbeitsplatzabbau und zur Zentralisation des Kapitals. Zulieferer sind von den großen Konzernen abhängig und haben kaum eigene Verfügungsmacht. Eine »sozialverträgliche Lösung« ist aufgrund der Gewinnerwartung der Aktionäre ausgeschlossen.

Siemens-Chef Kaeser äußerte am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz zu Betriebsschließungen: Was wir heute erleben, »das wird in fünf bis zehn Jahren im Vergleich zu den Auswirkungen der industriellen Digitalisierung eher als Randnotiz gewertet werden müssen.« (Weser Kurier 19.2.16) Bei der Aussicht, dass in der vor uns liegenden Zeit, die Arbeitsplätze massenweise wegbrechen, ist es also notwendig, sich schon heute mit dieser Perspektive auseinanderzusetzen. Werden in der Produktion und den Transportbereichen Arbeitsplätze für das Kapital massenhaft überflüssig, so entstehen andererseits nur wenige neue Arbeitsplätze. Doch schon heute gibt es im Sorgebereich einen wachsenden Bedarf an Personal und Ausrüstung: In Kindertagesstätten und Schulen können die Defizite von Kindern aus sozial schwachen Elternhäusern nicht ausgeglichen werden, Krankenhäuser und die Altenpflege sind auf Rentabilität, d.h. auf Profitsteigerung, ausgerichtet: Durch die ständige Verdichtung der Arbeit wird das Personal überfordert. Die von der Regierung in Aussicht gestellten Stellen werden für die 60 000 bundesweit fehlenden Stellen nicht ausreichen. Auch die Patienten bekommen das deutlich zu spüren.

Der Weg zur Lösung dieser Widersprüche kann nur in der Diskussion mit den klassenbewussten, aktiven Lohnabhängigen gewonnen werden, d. h. eine politische Gestaltung ist nur möglich durch das Eingreifen der Masse der Lohnabhängigen. Keine Angst vor der technischen Entwicklung zu haben ist richtig, aber die Digitalisierung muss eben zum Nutzen der Menschen eingesetzt werden. In den Gesprächen mit den Kollegen über diese Problematik gilt es sie anzuregen zu einem Blick über den Betriebszaun hinaus: die gesamtwirtschaftlichen Vorgänge sehen, die Konkurrenz unter den Unternehmen – und das weltweit. Es geht also darum, dass die Kollegen die gesellschaftlichen Zusammenhänge unter denen die Digitalisierung stattfindet, erkennen, und sich gemeinsam für ihre Interessen einsetzen. In einem Kampf der Lohnabhängigen geht es stets um konkrete Ziele: hier um menschenwürdige Arbeitsplätze für alle – d.h. also allgemeine Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitsplatzverteidigung und Abwehr von Mehrbelastung. Die Aussage von Siemens-Chef Kaeser zeigt: Die IGM-Tarifrunde 2018 kann nicht Vorbild für die kommenden Auseinandersetzungen sein.

Einer gut organisierten Kapitalherrschaft steht heute eine gespaltene Klasse der Lohnabhängigen an sich gegenüber, die Erfahrungen sammeln, ihre Lage und Erfahrungen aufarbeiten, sich also erst finden muss. Die persönlichen Erfahrungen müssen mit der allgemeinen Tendenz abgeglichen werden. Ist der Kapitalismus mit der Digitalisierung der Wirtschaft nicht automatisch am Ende, so kommt er jedoch in eine Krise – die nicht auf die Industrie 4.0 beschränkt ist. Wenn auch vielfach gesehen wird, dass »der Mensch« nicht aus der Verantwortung gegenüber der technischen Intelligenz herauskommt – diese technische Intelligenz bedarf der gesellschaftlichen Kontrolle, damit sie für eine am Bedarf der Menschen orientierte nachhaltige Wirtschaft und nicht zur Profitproduktion eingesetzt werden kann. Wir streben danach, die Kräfte zur Überwindung dieser Widersprüche im nationalen Rahmen zu stärken. So notwendig das ist, dieser beschränkte Rahmen reicht nicht aus, sie zu lösen. Die Widersprüche sind global – und damit auch die Krisenentwicklung – international müssen sie auch überwunden werden.

Bei der Frage nach einer Antwort kommen mit dem Ziel der gesellschaftlichen Kontrolle auch die bisherigen gesellschaftlichen Lösungsversuche ins Spiel: Dass bürokratische Maßnahmen keine Lösung bringen, sondern eher das Gegenteil bewirken, hat uns u. a. die Erfahrung mit der DDR gezeigt.

15.5. 2018 ■

Foto: Hinrich Schultze

■ VORSTAND SPERRT VERANSTALTUNGSRÄUME IM IGM-HAUS IN BERLIN:

»Jagdszenen aus Hamburg – der G20-Gipfel und die Folgen«

Unter diesem Titel sollte im Gewerkschaftshaus in Berlin am 23. März 2018 eine Veranstaltung stattfinden, initiiert vom Arbeitskreis Internationalismus in der IG Metall Berlin (AKI). Mitglieder des Arbeitskreises hatten selbst im Juli 2017 am Gegengipfel als auch an Demonstrationen in Hamburg teilgenommen. Sie wurden so zu Augenzeugen und zu Betroffenen der Polizeiübergriffe. Eingeladen hatten neben dem AKI auch die Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. und der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen an der HU Berlin. Als Referentin geladen war die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, Mitglied im Republikanischen Anwätinnen- und Anwälteverein.

Zwei Tage vorher meldete sich der erste Bevollmächtigter der IGM Berlin, Klaus Abel, beim AKI mit der Aufforderung, die Veranstaltung abzusagen. Die Räume im IG Metall Haus stünden nicht zur Verfügung. Die Veranstaltung ziele auf eine einseitige Verurteilung der Polizei, außerdem sei kein/e Vertreter/in der Polizeigewerkschaft (GdP) eingeladen. Die Absage kam offensichtlich von ganz oben, aus der DGB-Führung. Die Polizeigewerkschaft hatte interveniert. Die kritische Aufarbeitung von staatlicher Repression und Verfolgung soll unterbleiben, damit die GdP nicht verärgert und die »Einheit« im DGB bewahrt wird. Das erinnert an einen ähnlich gelagerten Fall vom November 2017 in München. Ein geplanter Antifa-Kongess sollte im DGB-Haus stattfinden. Nach der Intervention durch die Polizeigewerkschaften zog die DGB-Führung ihre Raumzusage zurück. Der innergewerkschaftliche Protest war jedoch so stark, dass der Antifa-Kongress dennoch in den Räumen des Gewerkschaftsbundes stattfinden konnte.

In Berlin reichte die Zeit nicht, um in den zwei Tagen bis zur geplanten Veranstaltung für den nötigen innergewerkschftlichen Druck zu sorgen. Der AKI wollte aber nicht absagen und verlegte das Treffen kurzfristig in die MedienGalerie, eine Einrichtung von ver.di Berlin. 80 Besucher*innen waren gekommen. Natürlich stand, neben dem Referat von Gabriele Heinecke, das Veranstaltungsverbot im IGM-Haus im Mittelpunkt der Diskussion. Alle empfanden es als empörend, dass die Polizeigewerkschaft (GdP) über die Intervention im DGB Einfluss darauf nehmen könne, was und wie in den Einzelgewerkschaften diskutiert werden darf. Dies wäre ein weiterer Schritt zur Entpolitisierung der Gewerkschaften, deren Vorstände der sozialdemokratischen Linie pro GroKo folgen und kontroverse Debatten in den eigenen Reihen möglichst umgehen wollen. Einig waren sich die Teilnehmer*innen deshalb, es nicht bei der Verlegung und verbalen Protetsten zu belassen. Die Versammlung beschloss, eine erneute Veranstaltung zu diesem Thema im IG Metall Haus einzufordern.

Der Vorschlag, um der Verwaltungsstelle keinen weiteren Vorwand zu liefern, könne sie ja auch einen Vertreter der GdP einladen, fand zwar eine Mehrheit; er stiess aber bei einigen auf vehemente Ablehnung. Sie wollen sich aus prinzipiellen Gründen nicht mit Vertreter*innen der GdP an einen Tisch setzen. Mal abgesehen davon, dass die GdP wahrscheinlich kneifen oder in der Diskussion den Kürzeren ziehen würde, bleibt solche moralische Herangehensweise letztendlich unpolitisch. Sie verkennt, dass wohl auch eine Mehrheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern den Darstellungen der Polizei und der bürgerlichen Medien über den G20-Gipfel glaubt. Wir müssen uns also mit diesen Ansichten und notfalls auch deren Repräsentanten auseinandersetzen, wollen wir nicht das Feld dem Gegenseite überlassen.

Wir dokumentieren im folgenden das Referat von Gabriele Heinicke. Neben einer Schilderung des Ablaufs enthält es eine zutreffende politische und juristische Bewertung der Ereignisse um den G20-Gipfel.

Gipfel der Grundrechtsverletzungen

Es gab viele Gründe, gegen die G20 und ihren Gipfel auf die Straße zu gehen. Die 20 »wichtigsten Industrie- und Schwellenländer« dieser Erde tragen Verantwortung für Hunger und Krankheit, für die Zerstörung der Umwelt, der Infrastrukturen vieler Länder und (Bürger-) Kriege. Die Intervention der reichen Länder führt in den ärmeren zu Krisen und Massenflucht. Der Reichtum Weniger und die Armut Vieler sind zwei Seiten einer Medaille. In der Woche des Gipfels haben mehr als 100.000 Menschen in Hamburg gegen diese Politik protestiert.

Nach der Ankündigung des Innensenators Andy Grote im Mai 2017 sollte der Gipfel ein »Festival der Demokratie« werden. Regierungschefs mit problematischem Demokratieverständnis sollte gezeigt werden, wie eine lebendige, demokratische, weltoffene Stadt mit »moderner Polizeiarbeit« funktioniert. Eigens für die Großen Zwanzig wurde in der Elbphilharmonie »Freude schöner Götterfunken« aufgeführt. Beethovens Neunte – auch für Diktatoren. Der Text der Sinfonie ist Schillers Gedicht »An die Freude«. Für heutige Verhältnisse ganz aktuell beginnt die siebente Strophe mit: »Unser Schuldbuch sei vernichtet, ausgesöhnt die ganze Welt.« Davon konnte in Hamburg keine Rede sein. Auch das »Festival der Demokratie« fiel aus.

Provozierte Eskalation

Der G20-Gipfel veränderte Hamburg schon im Vorfeld. Die Polizei übernahm die Stadt mit über 20.000 Polizisten und Bundespolizisten, über 3.000 Einsatzfahrzeugen, Räumpanzern, Wasserwerfern, Hubschraubergeschwadern, 62 Booten, 153 Polizeihunden, der »größten Ballung von Dienstpferden deutschlandweit«, deutschen und österreichischen Sondereinsatzkommandos. Die Schanze glich schon vor Beginn des Gipfels einem besetzen Areal. Die Gesamteinsatzleitung hatte der von »Richter Gnadenlos« (Ronald Schill) im Jahre 2001 als »harter Hund« zum Leiter der Bereitschaftspolizei erkorene Hartmut Dudde. Sein Vorgehen ist berüchtigt. Seine Einsätze sind mehrfach von Verwaltungsgerichten als rechtswidrig beurteilt worden.

Die örtliche Politik hielt sich im Hintergrund.

Entgegen den vorherigen Freiheitsversprechungen des Innensenators erging am 1. Juni 2017 eine Allgemeinverfügung der Polizei. Für die Zeit des Gipfels wurde auf einer Fläche zwischen Hafen und Flughafen in einem Stadtgebiet von 38 Quadratkilometern jede Versammlung und Demonstration verboten. Nicht mehr die Verheißungen der Demokratie, sondern ihre Gefahren wurden den Protestwilligen vorgehalten. Gewarnt wurde wahlweise vor spontanen Sitzblockaden – sie könnten das Leben kosten, weil die Karossen der ausländischen Gäste auf Blockierer keine Rücksicht nehmen könnten – und »militanten« Autonomen bzw. Linksextremisten. Deren von der Polizei öffentlich erwartete Zahl wuchs stetig. Von 4.000 potenziellen Gewalttätern war im Mai die Rede. Ende Juni erwartete die Polizei 8.000, einige Tage vor dem Gipfel 10.000 Menschen aus dem Spektrum eines »Schwarzen Blocks«, mit dessen Definition man sich nicht aufhielt.

Wie aus einer entfernten anderen Welt klingen die Worte des Bundesverfassungsgerichts der 1980er Jahre, in denen das Versammlungsrecht als Möglichkeit der freien, offenen, unreglementierten Einflussnahme auf den ständigen Prozess der politischen Meinungsbildung charakterisiert wird, die sich grundsätzlich staatsfrei vollziehen können muss. Die Respektierung der Versammlungsfreiheit als ein Stück »ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, weil sie als ein »politisches Frühwarnsystem« notwendig ist, »Kurskorrekturen der offiziellen Politik« möglich zu machen (»Brokdorf- Beschluss« 1985). Nach § 31 Bundesverfassungsgerichtsgesetz sind alle Gerichte und Behörden an diese Entscheidung gebunden. Kann es diese Freiheit geben, wenn man bei jedem zweiten Schritt über einen Polizeistiefel stolpert? Wenn polizeiliche Beobachtungs- und Dokumentationstrupps alle 50 Meter die Szenerie aufnehmen, ist das noch Demokratie?

Das Versammlungsgesetz verbietet in § 17a bei öffentlichen Versammlungen eine »Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern.« Darunter versteht die Polizei die Bedeckung des Gesichts, die »Vermummung«. Folgt man den Worten des Bundesverfassungsgericht im »Volkszählungsurteil« von 1983 handelt es sich dabei eher um eine Notmaßnahme zur Durchsetzung demokratischer Freiheiten: denn wer damit rechnet, dass die Teilnahme an einer Versammlung behördlich registriert wird und dass dadurch persönliche Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf die Ausübung der Grundrechte verzichten. Das beeinträchtigt nicht nur die individuellen Entfaltungschancen, »sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.«

In Hamburg galt anlässlich G 20 die Linie, dass eine Versammlung, in der Vermummte seien, nicht losgeht. Dudde hat anderes gelernt. Unter der Überschrift »Eine harte Linie gebiert Eskalation« schrieb Prof. Alberts am 9. Juli 2017 einen Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung: man müsse anmerken, vielleicht vorwerfen, dass die Positionen und Handlungen der polizeilichen Entscheidungsträger nicht dem Erkenntnisstand der Polizei-Wissenschaft entsprochen hätten. Jahrelang hätte man an der Hochschule der Polizei in Münster Versammlungsszenarien durchgespielt und immer wieder festgestellt, dass die harte Linie zur Eskalation führt. Er habe die Hamburger Polizeiführung 20 Jahre im Verfassungsrecht und im Versammlungsgrundrecht ausgebildet. Auch Dudde sei dabei gewesen. Doch leitende Polizeibeamte seien ergebnisorientiert und setzten sich vorsätzlich über Grundrechtspositionen hinweg.

Der Professor hat recht. Der Gesamteinsatzleiter hat mit seiner Polizeiarmee die Eskalation heraufbeschworen, hat provoziert, hat friedliche Demonstrationen aufstoppen und ihr Gesicht gegen die Polizei verdeckende Teilnehmende gewaltsam aus dem Aufzug zerren lassen. Auf der Halbinsel des Freizeitgebiets Entenwerder hat er den friedlichen und vom Hamburgischen Verwaltungsgericht bestätigten Aufbau des »Antikapitalistischen Camps« mit Knüppeleinsatz und Pfefferspray grob rechtswidrig unterbunden. Polizeibeamte in Kampfmontur und mit gezogenem Knüppel machten Jagd auf jedes kleine Igluzelt, das in Hamburg auf ein Stück Grün gesetzt wurde. Unverhältnismäßig, polizeistaatsmäßig, undemokratisch.

Foto: Hinrich Schultze

Willkommen in der Hölle

Es ist der 6. Juli 2017, ein Tag vor Beginn des Gipfels. Am Fischmarkt finden sich viele tausend junge Menschen zu einer Demonstration mit dem Motto »Welcome to Hell« ein, manche tragen schwarz, das ist hip, aber viele auch bunt. Es gibt ein paar große silberne Blockadewürfel, die durch die Luft hin- und her geschubst werden. Die angemeldete Route führt zu den Messehallen, unmittelbar zum G 20-Gipfel. Es gibt keine Auflagen. Von der Versammlungsbehörde wurde alles bestätigt wie angemeldet. Doch der Fischmarkt und die St. Pauli Hafenstraße, auf der es zu den Landungsbrücken gehen soll, ist von Einsatzhundertschaften der Polizei in schwerer Schutzkleidung gespickt. Sie säumen in doppelter Reihe stehend die Ränder der Demonstration. Dokumentationstrupps der Polizei videografieren die Menge von über 10.000 Menschen. Einen Anlass dazu gibt es nicht.

Alle wissen, dass diese Demonstration nicht weit kommen wird. Unmittelbar vor Beginn der Demonstration präsentierte Kriminaldirektor Jan Hieber ein kleines Waffenarsenal und eine Streugutkiste als angeblichen Beweis für aus Berlin anreisende Gewalttäter. Kein Mensch weiß, was diese von der Polizei der Presse präsentierten »Funde« mit der in Hamburg stattfindenden Demonstration zu tun haben könnten. Doch Polizeipräsident Meyer erklärt, Mittel dieser Art würden von den Autonomen bei der Demonstration »Welcome to Hell« zum Einsatz kommen. Er sagt: »Wir müssen davon ausgehen, dass Polizisten bei diesem Einsatz brennen werden.« Polizeisprecher Timo Zill springt ihm mit den Worten bei: »Diese Autonomen haben deutlich gemacht, dass sie z.T. schwerste Straftaten begehen wollen.« Die Anmelder der Demonstration betonen ihr friedliches Anliegen über Lautsprecher. Die Demonstration setzt sich in Bewegung, es gibt »Vermummte«. Die Polizei fordert auf, die Vermummung abzulegen. Die Veranstalter gehen durch die Reihen, reden mit den Demonstranten. Tücher werden abgelegt, nicht alle, aber viele. Kaum ist die Demonstration etwa 100 Meter gelaufen, stellen sich drei Wasserwerfer in den Weg. Es ist eine Provokation, es ist eine Falle. Die Demonstration ist eingeklemmt. Vorne Wasserwerfer und Polizei, rechts und links Polizei, außerdem der Elbhang bzw. der Elbdeich, hinten Polizei. Das Ganze sieht aus wie ein großer Gefangenentransport. Die Menge bleibt friedlich. Plötzlich ein Angriff der Polizei in die Menge. Getroffen werden viele, von Knüppeln, von Reizgas, von der Wucht des Wasserwerfers. Es entsteht Panik, viele wollen weg. Es gibt Verletzte. Willkommen in der Hölle. Jetzt fliegen Flaschen, Böller, Feuerwerk. Die Veranstalter lösen die Demonstration auf. Die Polizei behauptet später, sie seien angegriffen worden. Es ist eine Lüge.

Am 7. Juli 2017 sind immer wieder ähnliche Szenen zu sehen. An verschiedenen Orten der Stadt versammeln sich tausende von Menschen friedlich. Ohne Abwägung, ohne Respektierung der Freiheitsrechte wurden diese Versammlungen als verboten angesehen und von der Polizei aufgelöst. Schon früh am Morgen marschierte in Altona eine Gruppe von etwa 200 Demonstranten die Straße Rondenbarg in einem Gewerbegebiet entlang. Die erste Reihe trägt ein Transparent »Gegenmacht aufbauen«, eine rote Fahne weht. Für bunte Blockadeaktionen gegen G 20 ist die Demonstration auf dem Weg zu einem Treffpunkt im Hafen. Die Versammlung ist friedlich. Im Rondenbarg wird die Demonstration durch eine Polizeisperre gestoppt. Aus den ersten Reihen werden ein paar Bengalos geworfen, dann ein paar Steine, zwei Böller knallen. Es folgt ein massiver Polizeieinsatz von vorn und Wasserwerfereinsatz von hinten. Es entsteht Panik. Die Demonstrationsteilnehmer rennen auf der einen Seite in eine Böschung, auf der anderen Seite über Geländer auf einen Firmenparkplatz. Das Geländer bricht ab, Flüchtende stürzen auf den tiefer gelegenen Parkplatz. Insgesamt 15 schwer Verletzte müssen nach dem Polizeieinsatz mit dem Rettungstransportwagen ins Krankenhaus transportiert werden. Knapp 60 Personen werden festgenommen und in die Gefangenensammelstelle nach Hamburg-Neuland gebracht.

Am 8. Juli gehen in Hamburg mehr als 70.000 Menschen für »Grenzenlose Solidarität statt G20« auf die Straße. Die Route liegt weitab des Geschehens, weder in Hör- noch in Sichtweite des Treffens der Vertreter/innen der reichsten Länder dieser Erde. Die Präsenz der Polizei ist wieder massiv, die Bilddokumentation penetrant. Kontrolliert auf Schritt und Tritt statt ursprünglich und ungebändigt. Weit-

ab vom Geschehen der Politik statt unmittelbare Konfrontation als politisches Frühwarnsystem.

Neuland

Schlachthofstraße Hamburg-Harburg. Früher war es das Gelände eines Supermarktes, dann einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Zum G20-Gipfel werden die 12.000 Quadratmeter zu einer Gefangenensammelstelle für Gipfelgegner. 150 Einzelzellen à 3 qm, Sammelzellen à 9 qm für insgesamt 250 Menschen. Alles Container. Auf dem Gelände befinden sich auch zwei kleine Container für den Anwaltlichen Notdienst G20. Auf dem Gelände ist eine Außenstelle des Amtsgerichts Hamburg neu eingerichtet, auch das sind Container. 8 Verhandlungsräume, Nach dem Stadtteil heißt es »Amtsgericht Neuland«. Schon der Name erscheint wie ein Omen.

Hunderte wurden während der Tage des Gipfels in die Gefangenensammelstelle verbracht. Oft ist die Vorführung zum Gericht äußerst zögerlich. Viele der Festgenommenen berichten, sie seien an dem Zugang zu einem anwaltlichen Beistand dadurch gehindert worden, dass nicht die Telefonnummer des Anwaltlichen Notdienstes (AND G20 des RAV), sondern das Hamburger Telefonbuch mit über 10.000 Anwältinnen und Anwälten vorgelegt wurde und aufgefordert wurde, sich einen Anwalt herauszusuchen. Bis dahin nach einer körperlichen Totalkontrolle mit Sicht in alle Körperöffnungen eine quälend lange Zeit des Wartens. Schlafen geht nicht, weil alle halbe Stunde ein/e Beamte/r kommt und Lebenszeichen verlangt. Bei vielen erfolgt die Zuführung erst nach 10, 15, 20 Stunden. Es ist die Nacht auf den 8. Juli. Auf dem langen Flur des Amtsgerichts-Neuland stehen Polizeibeamte. Sie tragen Leibchen mit der Aufschrift »Polizei«. Ein/e Gefangene/r nach der/ dem anderen wird vorgeführt. Die Verhandlungssäle haben den Charme einer IKEA-Ausstellung. Es riecht nach frischer Spanplatte. Die Staatsanwaltschaft sitzt mit dem Gericht und der Protokollführerin hinter einer Balustrade. Alle drei tragen ebenfalls Leibchen, blau, Aufschrift »Justiz«. Es ist bizarr, es wirkt uniformiert. Die Verteidigerinnen und Verteidiger des Anwaltlichen Notdienstes tragen rosa, Aufschrift »Legal Team«. Die Staatsanwaltschaft stellt sowohl Haftbefehlsanträge als auch solche auf Ingewahrsamnahme als Störer/in bis zum Ende des Gipfels. Den meisten Haftbefehlsanträgen wird nicht entsprochen, überproportional häufig allerdings bei Menschen aus dem Ausland: »Es besteht Fluchtgefahr. Der Beschuldigte ist italienischer Staatsbürger.« Es ist ein Verstoß gegen das europäische Diskriminierungsverbot. Den meisten Anträgen auf Ingewahrsamnahme wird entsprochen. Dem Gericht reicht es schon, dass jemand am Rondenbarg festgenommen worden ist. Feststellungen darüber, wie und wann die Person da hingekommen ist, ob eine Beteiligung an einer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung tatsächlich stattgefunden hat, gibt es nicht. Doch es gibt ein Polizeivideo, das Aufschluss geben könnte und das auf den ersten Seiten der Akten Erwähnung findet. Es wird nicht berücksichtigt, weil es nicht da ist. Die Tiefe der rechtlichen und tatsächlichen Prüfung des Grundrechtseingriffs der Freiheitsentziehung scheint sich nach der Praktikabilität zu richten.

Bürgerkrieg?

Viel ist von bürgerkriegsähnlichen Zuständen geschrieben worden. Die gab es in Hamburg nicht. Im Schanzenviertel haben in der Nacht des 7. Juli keine politisch denkenden Menschen gewütet, sondern die Dummheit. Von der Politik und manchen Gazetten findet ein Missbrauch dieser Vorfälle statt, um einen Teil der G20-Gegner zu diskreditieren.

Was es gab, war eine paramilitärisch auftretende Polizei, die für die Tage des Gipfels im Stadtbild allgegenwärtig, beherrschend war. Was es gab, waren vielfache, massive und rechtswidrige Angriffe der Polizei auf die Grundrechte. Es gab die Demonstration eines totalen Staates im Gewande der Legalität, der den Demonstranten gegenüber nicht als Bürgerinnen und Bürgern, sondern als Feinde aufgetreten ist. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Es blitzte – um Georg Benz auf dem Kongress »Notstand der Demokratie« im Jahre 1966 zu zitieren – »die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie« hervor. Diese Entwicklung müssen wir bekämpfen.

Foto: Hinrich Schultze

Foto: Hinrich Schultze

■ ERKLÄRUNG GEWERKSCHAFTLICHER AKTIVIST*INNEN ZU DEN G20-PROTESTEN:

Wir müssen reden!

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und haben an den verschiedenen Aktivitäten gegen den G20-Gipfel in Hamburg teilgenommen. Wir haben uns an den Demonstrationen beteiligt, haben auf dem Gegengipfel diskutiert, zivilen Ungehorsam erprobt oder Menschen untergebracht, die zu den Hamburger Gegenaktivitäten angereist waren, haben vor Ort in den Betrieben mit Kolleginnen und Kollegen kritisch über den Gipfel diskutiert und vieles mehr. Auch als Gewerkschafter*innen sehen wir die Notwendigkeit einer persönlichen, organisationsinternen, institutionellen und politischen Aufarbeitung der Geschehnisse um den G20 in Hamburg als unerlässlich an; sie hat gerade erst begonnen. Einen Beitrag hierzu haben wir im Rahmen einer gewerkschaftlichen Auswertungsveranstaltung geleistet, in der die folgenden Positionen entstanden sind.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich aktiv in die Proteste eingebracht haben, fordern wir:

- Einschränkungen von Grundrechten vehement zurückweisen! Die Geschehnisse rund um den Gipfel müssen aufgeklärt werden, auch staatliches Handeln muss kritisch hinterfragt werden. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist alternativlos, sowie eine unabhängige Untersuchung der G20-Geschehnisse. Wir fordern darüberhinaus als Konsequenz aus den Ereignissen, dass in Hamburg eine unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung von polizeilichem Fehlverhalten und Vergehen eingerichtet wird.

- Wir verurteilen die politische Hetze und die kollektive Kriminalisierung der Gegenproteste. Die populistisch und postfaktisch begründeten Forderungen nach weiteren Einschränkungen unserer Grundrechte sind ein Angriff auf uns Alle. Sie widersprechen unseren gewerkschaftspolitischen Grundsätzen.

- Ziviler Ungehorsam zur Durchsetzung unserer politischen Ziele bleibt Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Praxis! In der Geschichte der Gewerkschaften gehörte ziviler Ungehorsam schon immer zur politischen Praxis: Ohne kollektiven Regelübertritt gäbe es heute kein Streikrecht. Im Rahmen der Proteste gegen den G20 gab es z.B. die Blockade von Regierungskonvois oder den Bildungsstreik. Daher sind wir solidarisch mit allen Kolleg*innen, die in Folge ihrer Beteiligung an den Protesten von Repression betroffen sind.

- Als Gewerkschaften müssen wir unseren gesellschaftspolitischen Handlungsauftrag wahrnehmen. Hierzu gehört auch die bundesweite Mobilisierung zu den Gegenprotesten eines G20-Gipfels und die damit verbundene, breit angelegte Bündnisarbeit mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. Gesellschaftliche Gestaltung findet nicht ausschließlich in politischen Kamingesprächen (bspw. L20) statt, sie gehört ebenfalls auf die Straße getragen. Eine Beteiligung und (Mit-) Gestaltung dieser muss wieder zu unserem Selbstverständnis gehören!

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden wir uns an der Verteidigung unserer demokratischen Grundrechte beteiligen!

https://auf-recht.net/2017/11/09/
wir-muessen-reden-erklaerung-gewerkschaftlicher-aktivistinnen-zu-den-g20-protesten/

Ein Beispiel aus der Provinz

»Wir werden die Macht bekommen und dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist (…).«

Diese Drohung von Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, sollte angesichts der Erfahrungen mit deutscher Geschichte sehr ernst genommen werden. Der Höcke-Flügel ist inzwischen in der Führung der Rechtsaußen Partei so stark verankert, dass ihn auch ein Parteiausschlussverfahren kaum noch beeindrucken können. Einer der rührigsten Propagandisten des Höcke-Flügels ist Hans-Jörg Müller, MdB aus dem Wahlkreis Traunstein (Oberbayern), Gründer des »AfD-Mittelstandsforum e.V.« und mittlerweile einer der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. Dass gerade dieser Müller für die erste öffentliche Veranstaltung am 2. Mai 2018 in der 60 km östlich von München gelegenen Kleinstadt Dorfen (14000 Einw.) ausgewählt worden war, konnte kein Zufall sein, eher eine geplante Provokation.

Dorfen ein rotes Tuch

Dorfen ist für die extreme Rechte ein rotes Tuch. Das hat historische Gründe. Im April 1919 schloss sich Dorfen der Bayerischen Räterepublik an. In der Weimarer Republik gab es hier eine aktive Ortsgruppe der KPD, die der örtlichen NSDAP das Leben schwer machte und u.a. zusammen mit der Bayerischen Volkspartei (BVP) noch 1932 eine Veranstaltung im Gasthaus Jakobmayer umfunktionierte. Außerdem versenkte man in einer Nacht- und Nebelaktion eine Hakenkreuzfahne in der Isen. Nach der Machtübergabe sperrte man aktive Antifaschisten zur Abschreckung ins örtliche Gefängnis. Nicht wenige Dorfener machten leidvolle Erfahrungen mit dem KZ Dachau. Aber es gelang den Nazis letztlich nicht, den Widerstand zu brechen. Der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe, Andreas Ostermeier, konnte durch seine berufliche Tätigkeit als Hausierer die Verbindungen aufrecht erhalten[1]. Bei der Entnazifizierung spielten er und die überlebenden Dorfener Antifaschist*innen eine wichtige Rolle. Die bleiernen Jahre der Adenauerzeit hinterließen auch in Dorfen ihre Spuren. Erst die Studierenden- und Schüler*innenbewegung der späten 60er Jahre brachten neue Bewegung in die dröge Behäbigkeit des 1954 zur Stadt erhobenen Marktes. Ein autonomes Jugendzentrum entstand und sorgte immer wieder für Schlagzeilen. In den 90er Jahren versuchte die CSU-Abspaltung des früheren SS-Mannes Franz Schönhuber (»Ich war dabei«)in Dorfen durch vielfältige Aktivitäten Strukturen zu entwickeln. Nach zum Teil heftigen Scharmützeln mit antifaschistischen Kräften in Dorfen und Umgebung gaben die sog. Republikaner (Reps) entnervt auf. Einige der damaligen Rep-Aktivisten segeln heute munter unter der Flagge der AfD. Nach einem Brandanschlag durch eine Gruppe jugendlicher Neonazis im Jahr 2000 auf das Gemeindehaus, bei dem es nur durch einen glücklichen Umstand nicht zu Todesopfern gekommen war, spitzte sich die Auseinandersetzung erneut zu. Die Existenz eines autonomen Jugendzentrums war für die Nazis wie auch für Teile des Bürgertums nicht hinnehmbar. Monatliche Demos ließen eine Zermürbungstaktik erkennen. Die bürgerlichen Parteien wollten die Naziaufmärsche ignorieren. Die örtliche Linke, die Arbeitsgemeinschaft International, organisierte ein »Bündnis gegen Nazis« und rief dazu auf, den Nazis die Straße nicht zu überlassen. Dieses Konzept setzte sich durch. Die bürgerlichen Kräfte organisierten sich in einem eigenen Bündnis »Dorfen ist Bunt«.[2] Heute existieren Formen der Zusammenarbeit, die damals nicht vorstellbar gewesen wären. Die Nazis mussten klein beigeben, das Jugendzentrum gibt es weiterhin als autonomes. Heute ist es die AfD, die sich auch in Dorfen festsetzen will, hat sie doch bei der Bundestagswahl ähnlich wie anderswo zu gut abgeschnitten.

Mit der CSU gegen die AfD, geht das?

Im Vorfeld der ersten AfD-Veranstaltung initiierte ein Stadtrat der SPD eine eigene Veranstaltung, die u.a. alle örtlichen Parteien unterstützten, und bei der der CSU- Bürgermeister ein Grußwort sprechen sollte. Wegen der Teilnahme der CSU kam für die linken Gruppen (AG International und Forum Links) eine Teilnahme als Mitveranstalter nicht in Frage. Viele AfD Funktionäre kommen aus den Reihen der christsozialen Parteien. Es gibt nicht unerhebliche inhaltliche Überschneidungen zwischen CSU und AfD. Das zu ignorieren, wäre fatal. Die Nichtteilnahme der Linken als Unterstützer sollte aber den Müller später nicht daran hindern, zu behaupten, die CSU mache »mit der extremen Linken gemeinsame Sache«. Fürwahr eine absurde Behauptung. Einer der beiden Referenten war Thies Marsen vom Bayerischen Rundfunk. Seine Äußerungen wurden während des Referats von den etwa 20 anwesenden AfD-Funktionären und Sympathisanten (von insgesamt 100 Teilnehmer*innen) mit lautstarken Unmutsäußerungen begleitet. Der zweite Referent war Schorsch Wiesmaier, ehemaliger Landesvorsitzender der GEW und Mitinitiator der Dorfener Geschichtswerkstatt. Anhand einer umfangreichen Sammlung von Äußerungen Müllers belegte er anschaulich dessen »bizarre Wahnvorstellungen«. So behaupte der MdB, es gebe einen gesteuerten »Bevölkerungsaustausch«, man würde »das eigene Volk abschaffen und durch Eindringliche ersetzen«. Dazu würde Müller mit Zahlen hantieren, die man nur als »platte Lügen« bezeichnen könne. Der Verlauf dieser Veranstaltung, die anschließenden Presseberichte und AfD-Äußerungen dazu auf Facebook deuteten schon im Vorfeld der AfD-Veranstaltung am 2. Mai darauf hin, dass der Abend ungemütlich werden könnte.

Dorfens erste AfD-Veranstaltung mit Überraschungen

Schon während des Nachmittags versammelte sich zunehmend Polizei vor dem Gasthaus am Markt, dem Versammlungslokal. Als dann etwa eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn immer mehr Gäste eintrafen, mussten die anwesenden Ordner bald mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Gaststube, die etwa 75 Sitzplätze an den Tischen umfasst, mit Leuten füllte, die kaum als AfD nah einzuordnen waren.

Versuche, einen Teil davon mit Hilfe der Polizeikräfte am Zutritt zu hindern, misslangen, da der Wirt sein Hausrecht nicht an die Veranstalter abgeben wollte. Dazu war

1 s. auch »Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand«, Arbeiterstimme Nr. 198, S.12

2 mehr dazu in »Dorfen: Auf dem Marktplatz flogen nur noch die Fetzen«, Arbeiterpolitik Nr. 1/2 2005, S.23

Eine Besetzung der besonderen Art

schon vorher mit ihm ein Gespräch geführt worden. Der anwesende Journalist der Süddeutschen Zeitung beschrieb die Situation wie folgt: *»Die Dorfener Bürgerschaft hat der AfD mit einer beeindruckenden Demonstration zu verstehen gegeben, dass ihre Ideologie in der Stadt nicht erwünscht ist. In einem strategischen Schachzug haben zahlreiche Dorfener frühzeitig die Plätze im Veranstaltungslokal besetzt, wodurch für Anhänger der AfD zu Veranstaltungsbeginn kaum noch Stühle frei waren. Ohne groß zu pöbeln oder die Veranstaltung zu stören, zückten sie mitgebrachte rote Karten, wenn die Redner mit ihren Parolen den Unmut der Dorfener erweckten.«* Und weiter hieß es: *»75 bis 80 Prozent der Plätze waren von Einheimischen besetzt, die nichts mit der AfD am Hut hatten. Sie orderten Schnitzel und Getränke, packten die Schafkopfkarten aus und machten es sich gemütlich. Unter den Tischen wanderten die roten Karten hin und her, bis jeder eine in der Tasche hatte. Vom 20 – bis 70-Jährigen, repräsentierten sie einen Querschnitt der Dorfener Bevölkerung, darunter auch Stadträte.«* Die Reden der beiden Kandidaten für die anstehenden Wahlen zum Bezirkstag und Landtag boten noch wenig Anlass für den Einsatz der roten Karten. Umso mehr aber dann das Gegeifere des Hauptredners, der sich fast gänzlich auf das Referat von Schorsch Wiesmaier bezog und ihn als Vertreter der Dorfener »Geschichtsfälscherwerkstatt« bezeichnete. Dies, obwohl er die von Wiesmaier erwähnten Zitate nicht infrage stellen, sondern nur als »aus dem Zusammenhang gerissen« sehen wollte. Müllers Referat, inhaltlich kaum der Rede wert, doch vom Duktus her durchaus geeignet, den »rote Karten zückenden Gutmenschen« (Müller) eine Ahnung zu vermitteln, wozu diese Politiker der äußersten Rechten fähig sein könnten, wenn sie erst einmal an der Macht sind.

AfD gegen Pressefreiheit

Der Artikel der Süddeutschen Zeitung(SZ) über die Veranstaltung in Dorfen erregte bundesweit Aufmerksamkeit. Aus AfD-Kreisen wurde mit Empörung reagiert. Der Kreisvorsitzende erteilte der SZ mit »demokratischen Grüßen« ein Hausverbot der schärfsten Art: *»Dieses Hausverbot impliziert selbstverständlich ein Fotografierverbot. Sollten Sie sich an dieses Hausverbot nicht halten werden wir juristische Schritte gegen Sie einleiten. Wir werden auf kommunaler Ebene nicht zulassen, dass Ihre praktizierte hetzerische Denunzierung und Diffamierung weitere Blüten trägt. Auch möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie weder mich noch irgendwelche Funktionäre der AfD im Landkreis Erding zu befragen haben. Wir stehen Ihnen für keinerlei Anfragen und Interviews zur Verfügung. Dies gilt insbesondere auch für Kommentare nach Wahlen. Ganz sicher wird die AfD in Ihrem Hetzblatt keine Anzeigen zur Landtagswahl schalten.«* (W. Kellermann). Der Erdinger/Dorfener Anzeiger, die Lokalausgabe des Münchner Merkurs, nannte den Vorgang »unerträglich und nicht zu akzeptieren" und solidarisierte sich mit den Kollegen der SZ : *»Wir beziehen das Verbot auch auf uns«*, man werde deshalb keine Veranstaltungen der AfD mehr besuchen und über sie berichten. Der Bayerische Journalistenverband begrüßte diese Ankündigung und hofft, dass die Aktion Nachahmer finde. Somit hatte sich der Kreisvorsitzende der AfD mit seiner vollmundigen Ankündigung einen Schuss ins eigene Knie verpasst. Ob die Solidarisierung des Merkur auch so weit geht, dass die AfD bei der geplanten Podiumsdiskussion des Erdinger Anzeigers zur Landtagswahl nicht eingeladen wird, bleibt abzuwarten. Als dann noch das Erdinger Landratsamt die Rechtslage erläuterte, und im Falle einer tatsächlichen Aussperrung ein Ordnungsgeld von bis zu 3000 Euro in Aussicht stellte, musste Herr Kellermann ganz schnell und weit zurückrudern. Das liest sich dann so: *»Selbstverständlich betrifft das Verbot nicht die Fälle, in denen sich ein Pressevertreter bei öffentlichen Veranstaltungen ordnungsgemäß akkreditiert. Ich dachte, das nicht eigens betonen zu müssen.«* Dass der Widerstand des demokratischen Spektrums in Dorfen auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt, zeigte sich, als wenige Wochen später die AfD-Truppe mit einem Infostand Präsenz zeigen wollte.

Zwar mit einem Dutzend Leuten angerückt, waren die mit einem blauen Anti- Islam T-Shirt ausstaffierten Rechten schnell von etwa 70 Einheimischen eingekreist. Diese hatten vorher vereinbart, sich z. B. durch rote T-Shirts oder andere rote Gegenstände kenntlich zu machen und damit an die rote Karten Aktion anzuknüpfen. Die Farbe Blau der AfD hatte keine Chance, sich gegen das Rot der übergroßen Mehrheit durchzusetzen. Die Dorfener Aktivist*innen haben sich vorgenommen, jede Aktion der AfD in Dorfen mit einer jeweils angemessenen kreativen Aktion zu beantworten. Ziel ist es, die AfD zu isolieren, den Aufbau einer kommunalen Struktur zu verhindern und die rechten Kräfte (also nicht nur die AfD)durch eine breite Mobilisierung zu schwächen. Nach der Landtagswahl im Herbst ist eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Nachdruck »Arbeiterstimme«, Sommer 2018 ■

Beginn der Umzingelungsaktion

Zu einem wichtigen Aspekt der russischen Revolution im Frühjahr/Sommer 1917 in Petrograd

Anita Friedetzky und Rainer Thomann haben hier ein umfassendes Buch zur russischen Revolution vorgelegt, aus dem man viel lernen kann. Auch wer mit der Materie vertraut ist, wird eine Reihe neuer Gesichtspunkte finden, vor allem weil die Autoren die Arbeiterbasis in den Mittelpunkt stellen. Dem eigenen Anspruch nach wollen sie den »Maschinenraum« der Revolution betrachten, im Gegensatz zu den verbreiteten Darstellungen von der Warte der politischen Organisationen aus. Das ist ihnen – wenn auch mit einigen Abstrichen – durchaus gut gelungen.

Die Protokolle des Fabrikkomitees der Putilow-Werke, des mit 40.000 Arbeitern größten Betriebs Russlands zur Zeit der Revolution, noch in der Hand von Aktionären, hat Anita Friedetzky aus dem Russischen übersetzt. Sie sind in der Zeit von April bis Oktober 1917 entstanden und liegen nun zum ersten Mal in deutscher Sprache vor. Wer Betriebsversammlungen, Betriebsratssitzungen oder Streikversammlungen kennt, fühlt sich beim Lesen etwas vertraut, auch wenn einen die behandelten Probleme in das revolutionäre Russland von 1917 versetzen und eine viel größere Dimension haben. Es ist hochinteressant, die Entwicklung der einzelnen Konfliktfelder über die Sitzungen hinweg zu verfolgen. Dabei zeigt sich, dass neben sozialen, Ernährungs- und Lohnfragen solche Probleme im Mittelpunkt stehen, die sich einerseits aus der in der Februarrevolution errungenen Stärkeposition der Arbeiterklasse, andererseits aus der kriegs- und sabotagebedingten Zerrüttung ergeben. Die Arbeiter befinden sich bereits in einer Art Doppelherrschaft im Betrieb mit Anfängen von Arbeiterkontrolle: Sie müssen sich kümmern um die Organisation der Produktion, um Nachschub an Stahl und Heizmaterial und auch um den optimalen Einsatz der Arbeitskräfte, die mitunter zwischen den Abteilungen verschoben werden müssen. Die Aufgabenfelder bedingen die Organisationsform, es werden viele Unterkommissionen ins Leben gerufen, sogar eine zur Bildung. Überbetriebliche Fragen werden in überbetrieblichen Versammlungen mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates verhandelt: Wie sollen die Arbeitermilizen, die die Ordnung in der Stadt aufrechterhalten und die Arbeitermacht gegen die Konterrevolution verteidigen, bezahlt werden; kann man dazu die Hausbesitzer heranziehen? Wie setzt man gegen die Betriebsleitung durch, dass landwirtschaftliche Geräte hergestellt werden, damit die Bauern Getreide hergeben? Im letzten Punkt kommt es zu einem Kompromiss: Die Arbeiter fahren Sonderschichten und die Betriebsleitung stellt Eisenspäne zum Einschmelzen zur Verfügung.

Dass die kapitalistische Herrschaft zwar angetastet, aber noch ungebrochen ist, zeigt sich auch in den Diskussionen, wieweit das Fabrikkomitee Verantwortung übernehmen soll, solange sich der Betrieb noch im kapitalistischen Eigentum befindet. Die Eigentümerseite versucht, die Verantwortung für Entlassungen (5.000 Arbeiter) dem Fabrikkomitee aufzubürden, es ergeben sich heftige Diskussionen, ob und wieweit man sich darauf einlassen soll, mit welchem Kompromiss die sozialverträglichste Variante mit den wenigsten Entlassungen durchzusetzen wäre. Die Arbeiterkontrolle über das Finanzwesen des Betriebes wird abgeblockt: Die Arbeiter müssten dann auch die Verantwortung für finanzbedingte Konsequenzen der Betriebsführung mittragen.

Nun kann man nicht schlussfolgern, dass die Entwicklung in allen Betrieben gleichermaßen wie in den Putilow-Werken verlaufen ist, aber ähnlich muss es schon gewesen sein; kleinere Betriebe hatten wahrscheinlich noch größere Probleme. Deutlich wird aus den Protokollen, dass die Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiter sich herumschlagen, nur auf einer überbetrieblichen Ebene zu lösen sind. Leider brechen die Protokolle Anfang Oktober 1917 ab und die anschließenden sind wohl auch auf Russisch nicht zu finden. Interessant wäre es gewesen, zu beobachten, wie sich die Lösungswege entwickeln nach der Machtübernahme der Räte, mit der Legalisierung der Arbeiterkontrolle und schließlich mit der Inbesitznahme des Betriebes. Hier liegt der Schlüssel zur Antwort, warum die Arbeiteravantgarde dann – nach heftigen Diskussionen – ihre Fabrikkomitees als Basisorganisationen in die übergeordneten Strukturen der Gewerkschaften einbringt und sich schließlich dem neuen Obersten Volkswirtschaftsrat fügt.

Zur historischen Einordnung der Protokolle beschreibt Rainer Thomann mit seinem ausführlichen Kommentar, der sich zu einer eigenen Geschichtsdarstellung ausgeweitet hat, eindrücklich die Voraussetzungen und das Erstarken der russischen Arbeiterbewegung von der Zarendespotie über die 05er Revolution bis zur Zeit nach der Oktoberrevolution. Auch bei dieser umfangreichen Fleißarbeit steht die Basisentwicklung im Mittelpunkt. Belegt wird die Entwicklung durch zahlreiche Zitate der handelnden Personen, die einen direkten Einblick in die Zeit gewähren. Dass dabei etwas die Stringenz der Darstellung verloren geht und an einigen Punkten nicht die wirkliche Bewegung erfasst

wird, lässt sich leicht verkraften. Man bekommt einen guten Überblick über die Ursachen des historischen Ablaufs, so vom rapiden Anwachsen der Zustimmung der Arbeiterklasse zum Bolschewismus, bedingt durch das Aufbrechen der gegensätzlichen Klasseninteressen (Festhalten der Bourgeoisie am Krieg, Kornilow-Putsch, Hinausschieben aller Lösungen durch Kerenski).

Thomanns Darstellung der Entwicklung der Arbeiterbewegung wird etwas einseitig dadurch, dass er nur die städtische Entwicklung verfolgt und nicht die immensen Schwierigkeiten einbezieht, die aus der marginalen Industrialisierung Russlands erwachsen mit seiner überwältigenden Zahl von Bauern, die in der rückständigen Landwirtschaft leben. Auch die Zwänge, für den beginnenden Bürgerkrieg zu produzieren, die Rote Armee zu versorgen, dem konterrevolutionären Terror und der allgemeinen Zerrüttung zu begegnen, kommen nur am Rande vor. Bei der Interpretation des geschichtlichen Verlaufs folgt Thomann offensichtlich einer vorgefassten Meinung: er fasst die gewachsene »Arbeitermacht« als ein imaginäres Subjekt, das einer von Intellektuellen beherrschten bolschewistischen Partei gegenübersteht, von der man den Eindruck gewinnt, sie sei etwas Statisches, von Lenin Beherrschtes. Die Bolschewiki waren aber in Wirklichkeit schon vor 1917 eine Partei von Arbeitern, ihre intellektuelle Führungsschicht war so schmal, dass sie später große Schwierigkeiten hatten, die Posten mit qualifiziertem Personal zu besetzen – und die Mitgliederzahl der Bolschewiki hat sich im Laufe des Jahres 1917 auf 240.000 verzehnfacht, natürlich vor allem in den Städten. Die Arbeiter traten der Partei massenhaft bei, weil sie die einzige war, die rückhaltlos die Machtübernahme der Räte anstrebte und damit einen glaubhaften Lösungsweg zeigte für die Probleme der Massen, für Hunger, Krieg, Kapitalistenwillkür und Landzuteilung. Die Arbeiter haben die bolschewistische Partei zu ihrer Vorhut gemacht, unterstützt von Lenin, gegen die Mehrheit ihrer zögerlichen Führungsschicht.

Thomann macht recht willkürlich das autoritäre Verhalten Lenins und seine Herrschsucht zur Ursache der Entmachtung der Arbeiterräte und des Weges in die Parteidiktatur, und sucht das durch zahlreiche Zitate zu belegen. Dass die Schwäche der zerrütteten Industrie, die alle Versuche der Fabrikkomitees zur selbständigen Organisation der gesellschaftlichen Produktion scheitern ließ, zu einer zentralen Organisation der Wirtschaft »von oben« drängte, wird in der Argumentation ebensowenig berücksichtigt wie die Auseinandersetzungen um Belegschaftsegoismen. In Wirklichkeit haben diese Schwäche der Arbeiterklasse und der Druck des Kampfes auf Leben und Tod, in dem die Arbeiter und Bauern ihre Revolution verteidigten, zur Parteidiktatur geführt – und die Bedingungen nicht geschafften, dass Lenin und Trotzki ihren Hang zu autoritärem Vorgehen vertieften und sich damit bei der Arbeiteravantgarde durchsetzen konnten.

Rainer Thomanns Gründlichkeit tritt immer wieder mit seinen gewollt wirkenden Schlussfolgerungen in Widerspruch. So wird gezeigt, wie die Menschewiki durch ihr monatelanges Festhalten an der Stützung der Bourgeoisie politisch abgewirtschaftet und fast allen Anhang verloren haben – und andererseits wird die menschewistische Zentrale der Eisenbahner hochgelobt, die durch Streik die Aufnahme der Menschewiki in eine gemeinsame Räteregierung, die diese doch hintertrieben hatten, erzwingen wollen – bis sie von bolschewistischen Eisenbahnern verprügelt und abgesetzt werden.

Auch methodisch macht sich Thomann angreifbar, indem er willkürlich ausgesuchte Einzelereignisse so behandelt, als hätten sie Allgemeingültigkeit: dass in einem Betrieb Arbeiter gewaltsam aufeinanderlosgehen im Streit um die von den Bolschewiki organisierte Machtergreifung der Räte, und die Einheit der Arbeiterparteien fordern, wird so dargestellt, als ob das die vorherrschende Stimmung in der Arbeiterklasse gewesen wäre. Dass im allgemeinen Durcheinander im Januar 1918 irgendwelche Milizionäre in einer Vorstadt streikende Arbeiter erschießen, verallgemeinert Thomann zum Beweis, dass die Bolschewiki bereits alle militärischen Machtmittel okkupiert hätten und die Gesellschaft sich nur noch fügen kann – was in Wirklichkeit erst im Verlauf des Bürgerkrieges bis Ende 1920 so wird.

Wenn man »Arbeitermacht« einzig definiert als Fähigkeit, bessere Lohn-, Arbeits- und Mitsprachebedingungen durchzusetzen, kann man die gesellschaftliche Bedeutung der Vorgänge nicht erfassen. So bewertet Thomann die Vorbereitungen im Juni 1918 zum dann gescheiterten Generalstreik, mit dem die Menschewiki die Unzufriedenheit bündeln und das neue Regime stürzen wollten, als vergebliches Aufbäumen der imaginären »Arbeitermacht« statt als Angriff auf die Macht der Arbeiterklasse – obwohl er durch Zitate belegt, dass die Arbeiter den Rat der Volkskommissare als »ihre Regierung« ansehen. Thomann müsste sich schon entscheiden, ob die Arbeiterklasse nun die Macht erobern soll oder nicht.

Es ist unbestritten, dass Lenin – bedingt durch die russischen Verhältnisse – stark autoritäre Einstellungen hatte.

Demonstration von Arbeiterinnen der Petersburger Putilow-Werke Februar 1917

Betriebsversammlung im Petrograder Putilowwerk,

Schon sein Parteikonzept vom Anfang des 20. Jahrhunderts belegt das deutlich. Lenin hatte allerdings die Fähigkeit, sich flexibel an neue Entwicklungen anzupassen – so entwickelt er angesichts der Massenbewegung im Laufe des Jahres 1917 seine Vorstellung vom Aufstand der ideologisch gefestigten Partei weiter zum »Alle Macht den Räten«. Diese Fähigkeit zum Erfassen der Klassenbewegung und zur taktischen Anpassung von Theorie und Praxis an die sich entwickelnden Klassenbedürfnisse und Machtverhältnisse machen gerade seine Führerrolle in der Revolution aus. An Knotenpunkten der Entwicklung droht er mit Austritt aus dem ZK und direktem Appellieren an die Massen. Lenins Durchsetzungskraft beruht auf dieser Fähigkeit und bringt in den Auseinandersetzungen objektiv notwendige Tendenzen zum Durchbruch, beispielhaft bei den Aprilthesen, beim Umsturz und bei der Anerkennung von Brest-Litowsk.

Gerade Lenins Durchsetzung der Zustimmung zum imperialistischen Raubfrieden von Brest-Litowsk stellt Rainer Thomann nun dar als Bruchpunkt hin zur Diktatur, anscheinend weil er einen anderen nicht finden kann. Gerade hier hat sich besonders deutlich Lenins Realismus gezeigt in der Auseinandersetzung mit den radikalen Intellektuellen seiner eigenen und der Linken Sozialrevolutionären Partei – Lenin sieht die Basis, die Massen der Bauern, die mit den Füßen abstimmen und eine Verteidigung gegen die vorrückenden deutschen Truppen unmöglich – und die Vorstellung eines »revolutionären Krieges« in der gegebenen Situation zur Phantasterei machen.

In Konsequenz dieses konstruierten Bruchpunktes geht Rainer Thomann weiter zur kritiklosen Zustimmung zur Politik der Partei der Linken Sozialrevolutionäre, die sich an der Regierung angeblich vor allem beteiligt haben, weil sie das Abgleiten in die Diktatur verhindern wollten – und nicht etwa, weil sie die Landnahme der Bauern vertreten haben, weil sie dafür die revolutionäre Politik des Rats der Volkskommissare für notwendig hielten, und weil sie auch Eigeninteressen vertreten. Am Punkt Brest-Litowsk treten die Linken Sozialrevolutionäre aus der Regierung aus. Thomann kommt nicht auf die Idee, dies könne etwas damit zu tun haben, dass sie im Machtkampf mit der bolschewistischen Partei die nationale Empörung über die mit dem Friedensabkommen verbundenen Gebiets-, Bevölkerungs- und Industrieverluste politisch auf ihre Mühlen leiten wollen, selbstverständlich ohne dies zu sagen – gesprochen wird von der Notwendigkeit des »Revolutionären Krieges«. In Thomanns Beurteilung der Juliereignisse 1918 wird dann die Ermordung des deutschen Botschafters durch die Linken Sozialrevolutionäre, nachdem sie sich auf dem Sowjetkongress mit ihrem Antrag auf Kriegserklärung an Deutschland nicht hatten durchsetzen können, heruntergespielt und ebenso ihr propagandistischer Putschversuch zwecks Aufrüttelung der Massen. Die Gegenmaßnahmen der Bolschewiki dann zum Putsch zu erklären, wie Thomann es tut, stellt die Geschichte auf den Kopf.

Rainer Thomann will seine These belegen, dass die russische Revolution sich wegen der autoritären Struktur der Bolschewiki zur Diktatur entwickelt hat. Wir meinen, dies war durch die Verhältnisse bedingt, vor allem durch die objektiven Zwänge des Bürgerkrieges, die bei Thomann fast gar nicht vorkommen, und liegt keineswegs im Marxismus begründet. Hinter Thomanns Darstellung steht die Idealvorstellung, dass in einer sozialistischen Demokratie alle sozialistischen Kräfte doch zusammenarbeiten sollten. Dem würden wir insofern zustimmen, als sozialistische Kräfte dann natürlich jene sind, die für die Machtübernahme der Arbeiterklasse arbeiten und nicht dagegen. Die russischen Menschewiki haben diesem Kriterium nicht genügt. In einem revolutionären Prozess können sich Knotenpunkte herauskristallisieren, denen mit pluralistischen Lösungen nicht mehr beizukommen ist, so wie es im Oktober 1917 hieß »Machtübernahme der Räte oder nicht« – wobei die positive Entscheidung dann immer noch von zwei Parteien, den Bolschwiki und den Linken Sozialrevolutionären getragen wurde. Den Anspruch, dass die Arbeiterklasse nach den Erfahrungen mit dem ersten Versuch einen künftigen Sozialismus als Räteherrschaft so demokratisch gestaltet, wie nur irgend möglich, teilen wir mit Rainer Thomann. Die heutigen hochentwickelten Produktivkräfte sind dafür eine völlig neue Voraussetzung.

Wer an der wirklichen Geschichte der russischen Revolution interessiert ist, sollte dieses Buch lesen, gerade weil es reichlich Diskussionsstoff bietet.

Friedetzky/Thomann,
Aufstieg und Fall der Arbeitermacht in Russland
Berlin 2017,
Verlag Buchmacherei